KURDISTAN REPORT

Für ein freies Kurdistan in einem demokratischen Mittleren Osten



Nr. 166 März/April 2013 3,– €

Kurdistan Report | Ausgabe 166 März/April 2013



Liebe Leserinnen und Leser,

das neue Jahr begann brutal mit den Morden an den drei Genossinnen und Freundinnen Sakine Cansız (Sara), Fidan Doğan (Rojbîn) und Leyla Şaylemez (Ronahî) in Paris. Sie wurden am 9. Januar in den Räumen des Informationszentrums Kurdistan aus nächster Nähe erschossen, hingerichtet. Millionen Kurd_innen und Freund_innen auf der ganzen Welt gingen daraufhin auf die Straße, um ihrer Trauer und Wut Ausdruck zu verleihen.

Dabei waren zu Beginn des Jahres erneute Gesprächskontakte zwischen Abdullah Öcalan und türkischem Staat auf der Gefängnisinsel Imralı vielfach als Hoffnungszeichen gewertet worden. Zwar durfte am 3. Januar erstmals eine BDP-Delegation Öcalan besuchen, doch sind mittlerweile über 50 Tage vergangen und außer Andeutungen hat sich bisher in Sachen Folgebesuch auf Imralı nichts getan. Seinen Anwält_innen wird nach wie vor der Kontakt zu Öcalan verwehrt.

Allerdings hat die AKP-Regierung in ihrer Praxis die massive und systematische Repressionspolitik gegen die kurdische Bewegung und Bevölkerung in der Türkei und Nordkurdistan sowie die Militäroperationen gegen die Volksverteidigungskräfte HPG unvermindert fortgesetzt. So auch zuletzt zum Jahrestag des internationalen Komplotts, der Entführung A. Öcalans. Fast überall in Nordkurdistan kam es zu massiven Auseinandersetzungen zwischen Bevölkerung und türkischen Sicherheitskräften. Vor, während und nach den Protesten am 15.02. gab es über 60 Festnahmen – in Amed wurde der kurdische Jugendliche Şahin Öner durch die Polizei ermordet.

All dies sind Belege für die zweigleisige Taktik der AKP: auf der einen Seite die Hoffnungen auf eine Lösung wahren und damit die Bevölkerung beruhigen, auf der anderen Seite die Angriffe auf die kurdische Bevölkerung auf allen Ebenen fortsetzen. Nicht umsonst sprach Vizepremier Beşir Atalay von der »integrativen Strategie«.

Parallel dazu nahm auch die Repression in Europa wieder deutlich zu. Während in Berlin gegen den Kurden Vezir T. der nächste § 129b-Prozess anlief, nahmen französische und spanische Polizei bei zeitgleichen Razzien insgesamt 21 Kurd_innen fest. In Hamburg fand unterdessen der § 129b-Prozess gegen Ali Ihsan K. sein Ende, das Gericht verurteilte ihn zu zweieinhalb Jahren Haft. Es handelte sich bei diesem Prozess um ein politisch motiviertes Pilotverfahren, denn neben dem Fall von Vezir T. stehen noch drei weitere § 129b-Verfahren gegen kurdische Aktivist_innen an. Ali Ihsan wurde jedenfalls bis zur Entscheidung über die Revision erst mal gegen Kaution aus der Haft entlassen.

In dieser kritischen Phase nun lagen die Morde an den drei Freiheitskämpferinnen Sara, Rojbîn und Ronahî und harren ihrer Aufklärung sowie der Entlarvung der Täter und ihrer Auftraggeber. Auf der Großdemonstration in Paris am Samstag, dem 12. Januar, an der etwa 100 000 Menschen teilnahmen, rief die jüngere Schwester der 25-jährigen Ronahî in ihrer bewegenden Rede: »Euch zum Trotz werden wir Kurdistan befreien!«

In diesem Sinne: Şehîd namirin – die Gefallenen sind unsterblich!

Ihre Redaktion

Aktuelle Bewertung

Dialog oder Monologe? Lösung oder ...

Songül Karabulut

Einige Tage vor dem Jahreswechsel, am 28. Dezember 2012, verkündete der türkische Ministerpräsident Erdoğan während eines Fernsehauftritts, dass die seit Juli 2011 unterbrochene Dialogphase zwischen dem türkischen Staat und dem kurdischen Volksvertreter Abdullah Öcalan auf der Gefängnisinsel Imralı erneut aufgenommen worden sei. Am 3. Januar fuhren der Kovorsitzende des Kongresses für eine Demokratische Gesellschaft (DTK) Ahmet Türk sowie die Abgeordnete der Partei für Frieden und Demokratie (BDP) Ayla Ata mit Genehmigung der türkischen Regierung auf die Gefängnisinsel Imralı. Zum ersten Mal seit seiner Inhaftierung am 15. Februar 1999 konnte außer den Anwälten und Familienangehörigen eine Delegation in dieser Form Abdullah Öcalan treffen. Seinen Anwälten ist dagegen der Besuch bei ihrem Mandanten seit dem 27. Juli 2011 versagt.

Während des Gesprächs bestätigte Öcalan die Wiederaufnahme des Dialogs, ging aber nicht weiter auf die Details ein. Er rief dazu auf, umfassende Debatten über diese Phase sowie über den Rahmen einer politischen Lösung der kurdischen Frage zu führen, über deren Ergebnisse ihn dann die Delegationsmitglieder weiter informieren sollen. Er wolle dann der nächsten Delegation, die ursprünglich Mitte Januar zu ihm sollte, drei Briefe zu dieser Phase, adressiert an die PKK, die BDP und die türkische Regierung, mitgeben.

Seit Ende Dezember ist die Tagesordnung bestimmt von dieser Dialogphase. Sie wird regelrecht über die Medien geführt und gelenkt. Dieses indirekte Kommunikationsmittel wird bewusst zur Manipulation und Verbreitung von Fehlinformation missbraucht. Wenn mensch nach der türkischen Presse geht, so ist bereits eine Übereinkunft über die Entwaffnung der Freiheitsbewegung erfolgt, nach der türkischen Presse hat auch schon vor einigen Wochen der Abzug bestimmter Guerillaeinheiten nach außerhalb der Türkei begonnen. Dass dies nicht der Realität entspricht, zeigt die Realität. Tatsache aber ist, dass die Dialogphase, kaum dass sie begonnen hat, ins Stocken geraten ist.

Am 12. Januar wurde über die Medien veröffentlicht, dass Öcalan nach 14 Jahren Haftzeit ein Fernsehgerät in seine Zelle bekommen habe; dann, am 17. Januar, war in der Presse zu lesen, dass sich das Antifolterkomitee des Europarates (CPT) zu Untersuchungen der Haftbedingungen auf der Gefängnisinsel befinde.[1]

Um eine objektive Analyse der gegenwärtigen Situation vornehmen zu können, ist ein Rückblick auf die Hintergründe dieser Phase wichtig.

Rückblick auf 2012 – Grundlagen für die Wiederaufnahme des Dialogs

Es ist wichtig sich die Frage zu stellen, welche Entwicklungen haben stattgefunden, die zur Wiederaufnahme der Gespräche mit Abdullah Öcalan geführt haben könnten. Es ist klar, dass diese Phase kein Selbstläufer ist.

Sehr schnell nach dem Ende der Oslo-Gespräche, die im Juli 2011 scheiterten, weil der AKP-Staat sie nicht mit der notwendigen Lösungsmentalität geführt hatte, wurde erneut das Programm zur Schwächung der kurdischen Seite auf der Grundlage eines »Sicherheitskonzeptes« eingeführt. Dieser Plan hielt bis Ende 2012 in vollem Umfang an, ohne jedoch ernsthafte Erfolge zu verzeichnen. Denn der kurdische Widerstand – sowohl militärisch als auch politisch und gesellschaftlich – konnte sich behaupten und weiterentwickeln.

1) Das CPT hatte sich in der gesamten Zeit der totalen Isolation, in der weder Anwälte noch Familienangehörige auf die Insel durften, trotz unterschiedlicher Protestaktionen des kurdischen Volkes, geweigert, auf die Insel Imralı zu fahren. Die Frage nach der Unabhängigkeit des CPT ist legitimer als je zuvor. Lässt es sich instrumentalisieren oder welche Rolle spielt es?

Şemzînan ein historischer Erfolg

Die AKP hatte, um militärische Erfolge gegen die Guerilla der Volksverteidigungskräfte (HPG) verzeichnen zu können, neben Soldaten der türkischen Armee, zusätzlich die speziell für den Krieg in Kurdistan ausgebildeten professionellen Spezialeinheiten eingesetzt. Doch auch dies war wenig hilfreich gegenüber der Schlagkraft und der Schlagfertigkeit der Guerilla. So hatte diese auf türkischem Staatsterritorium für mehrere Monate die Region Şemzînan (Şemdinli) unter ihre Kontrolle gebracht. Und das, wo Şemzînan doch das Gebiet mit dem höchsten Aufgebot an Polizei, Militär, Spezialeinheiten und Dorfschützern ist. Zudem wird die Region 24 Stunden täglich von Drohnen aus der Luft überwacht und galt bislang als absolute sichere Zone. Für die türkische Armee jedoch war es 2012 nicht möglich, sich in einigen Regionen mit Bodentruppen zu bewegen. Der Luftweg wurde bevorzugt. So kann 2012 für die türkische Armee als Niederlage, wie nach der Zap-Offensive 2007, bewertet werden.

Hungerstreik von 10 000 politischen Gefangenen

Der Widerstand und die Erfolge in Şemzînan entfachten einen politischen Wirbel unter den Kurden und Kurdinnen, um sich noch intensiver für eine Lösung starkzumachen. Kurz darauf begann dann am 12. September ein Hungerstreik, an dem sich zum Ende hin 10 000 politische Gefangene beteiligten. Er war ein neuer Ausgangspunkt für eine politische und gesellschaftliche Entwicklung weit über Kurdistan hinaus, die auch in der Türkei und auf internationaler Ebene eine breite Öffentlichkeit erreichte. Eine der Hauptforderungen war, den Weg für eine politische Lösung der kurdischen Frage durch die Dialogaufnahme mit Abdullah Öcalan zu öffnen.

An die internationale Öffentlichkeit

Vor den Augen der Weltöffentlichkeit werden weiterhin Massaker an Kurdinnen und Kurden begangen. Die Genossin Sakine Cansız, beispiellose Vertreterin des Frauenwiderstandes, führende Kraft der kurdischen Freiheitsbewegung und des Kampfes für die Befreiung der Frau und Symbol für den Aufstand und die Rebellion in der Geschichte Kurdistans, wurde in einem hinterhältigen Angriff zusammen mit den Genossinnen Fidan Doğan und Leyla Şaylemez in Paris ermordet. Zunächst möchten wir dem kurdischen Volksführer Abdullah Öcalan, der kurdischen Freiheitsbewegung, den kurdischen Frauen und dem gesamten kurdischen Volk unser tiefstes Beileid bekunden. Als kurdischen Frauen sind uns die hinter diesem Massaker stehenden Kräfte und die Gründe dafür völlig bewusst. Die Verantwortung für diese Morde trägt die türkische Regierung, deren Ansatz offen besagt, dass »sowohl Sicherheitsoperationen als auch Verhandlungen fortgesetzt werden«. Diese Verschwörung wurde nicht unabhängig von der türkischen Regierungspartei AKP und auch nicht unabhängig von Europa und dem französischen Staat entwickelt. Falls das Gegenteil behauptet wird, sollten die Täter und Verantwortlichen unverzüglich gestellt und vor dem kurdischen Volk zur Rechenschaft gezogen werden.

Wir möchten betonen, dass die Übereinkunft, die der türkische Staat und internationale Kräfte in der Kurdenfrage in der Türkei dem kurdischen Volk aufdrängen wollen, für uns klar und offensichtlich ist. Das Attentat auf die Frauen Cansız, Doğan und Şaylemez ist zugleich ein Attentat auf das kurdische Volk und auf kurdische Frauen, ebenso wie auf den Frieden und den Freiheitskampf. Wir, als die kurdische Frauenbewegung (Demokratische Freie Frauenbewegung DÖKH), versprechen, dass uns die inspirierende Praxis des Widerstands der Genossin Sakine Cansız als ein Vorbild in unserem Freiheitskampf dienen wird. Mit ihr gemeinsam werden die Genossinnen Fidan Doğan und Leyla Şaylemez und die Erinnerungen an sie in unserem Kampf weiterleben. Wir empfinden endlose Trauer, aber diese Trauer und dieser Schmerz werden uns nicht aufhalten. Im Gegenteil, sie werden den Willen und die Entschlossenheit, die uns zum Sieg führen sollen, stärken. Vor diesem Hintergrund rufen wir, als kurdische Frauen und als kurdisches Volk: »Unsere Geduld ist am Ende! Es reicht!« Niemand soll jemals wieder wagen, den nationalen Willen und die Werte des kurdischen Volkes anzugreifen. Das kurdische Volk und kurdische Frauen spielen mit ihrem gerechten Kampf eine entscheidende Rolle in der Geschichte der sozialen Bewegungen in der Welt. Diese Tatsache muss gebührend anerkannt und respektiert werden.

Wir verneigen uns mit Respekt im Gedenken an die Genossinnen Sakine Cansız, Fidan Doğan und Leyla Şaylemez und rufen dazu auf, diese Morde zu verurteilen, indem jeder Ort so lange in eine Stätte des Widerstands verwandelt wird, bis die Täter und Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen werden. Aus diesem Grund rufen wir alle Frauen auf der ganzen Welt, sowie die Unterstützer des Kampfes für die Befreiung der Frau, dazu auf, diesen hinterhältigen Angriff zu verurteilen und uns mit Aktivitäten in Solidarität beizustehen.

Demokratische Freie Frauenbewegung (DÖKH), 11.01.2013

Erfolge in Westkurdistan

In Syrien, das politisch in ein schiitisches (unterstützt durch den Iran, Syrien, Irak, Russland, China) und ein sunnitisches Lager (unterstützt durch die Türkei, USA und EU-Staaten) geteilt ist, stellen die Kurden eine eigenständige Kraft dar. Der Aufbau eigenständiger basisdemokratischer Strukturen in Westkurdistan (Nordsyrien) ist der AKP ein Dorn im Auge. In diesem Teil Kurdistans gibt es eine Entwicklung, mit der niemand gerechnet hatte. Der türkische Staat ist regelrecht geschockt, weil er diese Entwicklung nicht verhindern konnte. So versucht er seit einiger Zeit, bandenartige radikal-islamistische Gruppierungen, die der al-Qaida und den Salafisten angehören, gegen die Entwicklung in Westkurdistan aufzuhetzen. Angelehnt an diese arabisch-sunnitischen Kräfte versucht die Türkei, kurdisch-arabische Auseinandersetzungen zu erreichen, um so die revolutionären Entwicklungen einzudämmen. Auf der anderen Seite versucht sie mit allen Mitteln, die Einheit unter den Kurdinnen und Kurden zu zerstören. Nicht nur Armenier und Assyrer, auch weite Teile der arabischen Stämme verfolgen die Politik der Kurden mit großer Sympathie. Viele Araber haben sich mittlerweile den Volksverteidigungseinheiten (YPG) angeschlossen. Auch bietet Westkurdistan bereits Zuflucht für Kriegsflüchtlinge aus dem arabischen Teil Syriens. Auf der anderen Seite soll über die arabische Opposition in Syrien die politische Kraft nach Assad beeinflusst werden, um die Entwicklungen in Westkurdistan nach eigenen Interessen kontrollieren zu können.

Partnerwechsel der AKP

Während die AKP bis 2011 ihren Schwerpunkt auf die Partnerschaft mit Syrien und Iran im Anti-Kurden-Bündnis setzte, hat sich dies nach dem Sturz in Libyen auf die verstärkte Zusammenarbeit mit den USA und den EU-Staaten verlagert. 2011 versuchte die Türkei im Rahmen ihrer Anti-Kurden-Politik, sowohl mit den USA und der NATO als auch mit Regionalkräften wie Iran und Syrien zu kooperieren. Als in der Region die Veränderungen an Geschwindigkeit zunahmen und eine Intervention der NATO in Libyen auf die Tagesordnung gesetzt wurde, war die Türkei gezwungen, ihre außenpolitischen Bündnisse zu überdenken. Würde sie weiter darauf beharren, ihre Strategie künftig auch auf beide Kräfte – Iran/Syrien und USA/NATO – zu stützen, könnte sie in Widerspruch zur NATO-Politik geraten und so die Kontrolle und ihre Einflussmöglichkeit in Bezug auf die Entwicklungen in der Region verlieren. Um dies zu verhindern, hat sie sich ganz und gar dem Konzept der NATO gewidmet und die ihr zugeteilte Rolle übernommen. Im Gegenzug hat sie freie Hand bei der Bekämpfung der kurdischen Befreiungsbewegung erhalten. Hierbei scheint sie auch Zugeständnisse von den USA, der EU und den NATO-Kräften erhalten zu haben. Ohne entsprechende Zugeständnisse würde die Türkei Syrien und den Iran nicht in der jetzigen Weise angreifen. Es scheint, dass die USA und die NATO die kurdische Frage unter der Voraussetzung, dass die Türkei sich mit der südkurdischen PDK einigt, der Türkei überlassen hat.

Verstärkte Verfolgung der Kurden in Europa als Dankeschön

Die westlichen Kräfte, vor allem die USA und die EU, benötigen die AKP-Regierung bei der Neugestaltung des Mittleren Ostens entsprechend dem Greater Middle East Project. 2012 wurden neben Patriot-Raketen und AWACS-Flugzeugen deutsche und holländische Soldaten in die kurdischen Regionen geschickt. Das dänische Parlament hat ebenso die Entsendung von Soldaten befürwortet. Als Gegenleistung wurde die Repression gegen Kurden und kurdische Organisationen in Europa verstärkt. In diesem Zusammenhang sind die Verhaftungen in Dänemark, Holland, Frankreich, Spanien und Deutschland zu sehen.

Das 21. Jahrhundert, eine Chance für die Kurden

Die Kurden sind sich der historischen Möglichkeiten in der Phase, in der sich der Mittlere Osten befindet, bewusst. Sie bietet der kurdischen Befreiungsbewegung den Raum, ihren Kampf zum Erfolg zu führen. Es besteht die Möglichkeit, die Verleugnung und Aufteilung Kurdistans nach dem Ersten Weltkrieg aufzuheben. Seit einigen Jahren ist dieser Status quo des letzten Jahrhunderts ins Wanken geraten. Das kurdische Volk, das sich seit Beginn der Unterdrückung bis heute im Widerstand gegen dieses Verleugnungssystem befindet, stellt heute die stärkste Dynamik in der Region dar. Es besitzt, wie wir heute sowohl im Irak, wie in Syrien und der Türkei sehen können, die Stärke, sich aktiv an diesem Umwandlungsprozess mit einem eigenen Projekt, dem Demokratischen Konföderalismus, zu beteiligen. Die Kurden haben sowohl in der Theorie wie auch in der Praxis bewiesen, dass sie aus dieser Umbruchphase als befreites und anerkanntes Volk herausgehen werden. Aber genau das sieht die Türkei als ihren größten Alptraum an. Um jeden Preis will sie verhindern, dass die Kurden diese historische Chance zu ihren Gunsten nutzen.

2012 war sowohl aus Sicht der militärischen als auch der politischen Auseinandersetzungen das intensivste Jahr des seit 30 Jahren anhaltenden Krieges.

Ende 2012 ist deutlich geworden, dass das Konzept der Türkei vollkommen gescheitert ist. Weder innenpolitisch noch

außenpolitisch konnte die Regierung mit ihrer Politik Erfolge verzeichnen. Im Gegenteil die AKP geriet immer mehr in Bedrängnis. Ihre Beziehungen zu den Nachbarländern sind zerstört. Während noch vor einiger Zeit Erdoğan unter den Arabern als Retter gefeiert wurde, hat er diese Position längst verloren. Das Zentrum der syrischen Opposition wurde von Istanbul nach Kairo verlagert. Auch die westlichen Länder fühlen sich von der Syrien-Politik der Türkei gestört.

Der dreifache Mord in Paris überschattet die Dialogphase

Sowohl die Erklärungen des türkischen Ministerpräsidenten Erdoğan Anfang 2013 als auch der Besuch der beiden Abgeordneten bei Abdullah Öcalan auf Imralı weckten erneut die Hoffnung auf eine politische Lösung der kurdischen Frage. Während die Öffentlichkeit damit beschäftigt war, wie konkret diese Phase aussieht und wie sie weiterentwickelt werden kann, wurde die Tagesordnung durch den dreifachen politischen Mord in Paris an Sakine Cansız, Fidan Doğan und Leyla Şaylemez am 9. Januar 2013 erschüttert. Nach diesen schrecklichen Hinrichtungen scheint die Dialogphase – kaum dass sie begonnen wurde – ins Stocken geraten zu sein. Auch wenn die Regierung erklärt, die Phase sei nicht unterbrochen, Gespräche würden weiterhin geführt werden, ist bis zum heutigen Tag (18. Februar) weder die geplante zweite BDP-Delegation nach Imralı zugelassen worden, noch gibt es konkrete erfolgversprechende Entwicklungen. Es ist vielmehr anzunehmen, dass Abdullah Öcalan auf die Aufklärung der Morde in Paris wartet. Auch die Gemeinschaft der Gesellschaften Kurdistans (KCK) sieht dies als eine wichtige Voraussetzung. Denn solange diese Morde nicht aufgeklärt worden sind, werden die Gespräche von Misstrauen überschattet sein. Daher liegt jetzt bei der französischen Regierung eine große Verantwortung, schnellstmöglich die eigentlichen Akteure, die hinter diesem Attentat stecken, aufzudecken.

Eine größere Verantwortung aber fällt der türkischen Regierung zu. Inzwischen ist – auch wenn die Morde noch lange nicht aufgeklärt sind – deutlich geworden, dass sie die Handschrift der Türkei tragen. Recherchen haben ergeben, dass der inhaftierte Hauptverdächtige Ömer Güney in den letzten zwei Jahren zehnmal in die Türkei nach Ankara gereist ist, zuletzt am 18. Dezember, 19 Tage vor den Morden. Die AKP-Regierung muss ebenso zur Aufklärung beitragen, auch wenn dieses Attentat ohne ihr Wissen und Auftrag erfolgt sein sollte. Ansonsten wird die ohnehin bestehende Vertrauenskrise noch stärker als zuvor die Dialogphase begleiten.

Die neue Dialogphase und die integrative Strategie

Zweifellos ist die Wiederaufnahme der Gespräche eine sehr positive Entwicklung. Sie entspricht den Forderungen des kurdischen Volkes sowie der demokratischen Öffentlichkeit.

Um ihre Rolle in der Region wahrnehmen zu können, muss die Türkei ihr Haupthindernis – die kurdische Frage – angehen. Auch die westlichen Verbündeten erkennen diese ausweglose Lage der Türkei an und eilen ihr mit Angriffen gegen kurdische Institutionen und Personen in Europa zur Hilfe.

Die kurdische Frage hat eine regionale und eine internationale Dimension. Daher betrifft sie auch internationale Kräfte. Sowie der Ausgangspunkt der kurdischen Frage auf die Politik der internationalen Mächte zurückzuführen ist, wird sich auch die Lösung der kurdischen Frage auf die Kräfteverhältnisse auswirken. Vor diesem Hintergrund ist zu vermuten, dass hinter diesem neuen Dialogvorstoß der AKP diese internationalen Kräfte zu finden sind oder zumindest fördernd eingewirkt



Hunderttausende Menschen kamen in vielen Städten weltweit zusammen, um von Sakine Cansız, Leyla Doğan und Leyla Şaylemez Abschied zu nehmen. Foto: DIHA

Über den Tatverdächtigen Ömer Güney

Am 18. Januar nahmen die französischen Sicherheitsbehörden wegen der Morde von Paris zwei Verdächtige fest. Während einer der beiden wieder freigelassen wird, erhärtet sich der Verdacht gegen den 31-jährigen Ömer Güney. Er war nach Sichtung der Kameraaufnahmen vermutlich die letzte Person, die sich vor dem Mord im Kurdistan-Informationszentrum aufgehalten hat, und an seiner Jacke seien Spuren von Munitionspulver festgestellt worden. Doch um wen handelt es sich bei dem Tatverdächtigen?

Ömer Güney soll vor einem Jahr und zwei Monaten zum ersten Mal mit der kurdischen Community in Paris in Kontakt getreten sein. Damals füllte er einen Mitgliedsantrag für den kurdischen Verein in Villiers-le-Bel aus. Seitdem begann er sich im Verein aufzuhalten. Einige türkische Medien vermeldeten, er gehöre seit zwei Jahren der PKK an. Das wurde vom Vorsitzenden des Exekutivrats der Gemeinschaft der Gesellschaften Kurdistans (KCK), Murat Karayılan, bestritten, Güney soll zu keiner Zeit Mitglied bzw. Aktivist der PKK gewesen sein.

Mitglied des türkischen Geheimdienstes?

Stattdessen tauchten Behauptungen auf, bei Güney könne es sich um einen Agenten des türkischen Geheimdienstes MIT handeln, zur Ausführung des Mordes eingeschleust in die kurdischen Strukturen. MIT-Agent Murat Şahin erklärte im Gespräch mit der Tageszeitung Yeni Özgür Politika, Güney sei ebenfalls MIT-Mitglied: »Die Verantwortliche unserer Einheit in Ankara, wir nannten sie nur Teyze (türk. für Tante), zeigte mir das Bild von Ömer und sagte mir: Das ist unser Mann in Paris. Hast Du ihn je gesehen oder kennengelernt? Er wird zu einem Heval (kurd. für Genosse).› Dieser Pariser Heval ist Ömer Güney gewesen«, so Şahin. Die Tatsache, dass Güney allein im letzten Jahr zehn Mal in die Türkei ein- und ausgereist ist, erhärtet diesen Verdacht.

Zwischenzeitlich wohnhaft in Deutschland

Der ANF-Deutschland-Korrespondent Perwer Yaş konnte zudem ausfindig machen, dass Güney zwischen 2003 und 2009 in einer Fabrik im bayerischen Waakirchen-Marienstein beschäftigt war. Einem ehemaligen Mitarbeiter zufolge war Güney nach 2009 im Verein Türkspor als Kellner tätig. Bis 2010 lebte er im 50 Kilometer von München entfernten Bad Tölz, anschließend im 28 Kilometer weiter liegenden Schliersee. Schliersee ist für die starke Organisierung türkischer Nationalisten bekannt.

haben. Das Konzept der AKP von Juli 2011 bis Ende 2012 war ein Konzept, das mit Unterstützung der USA und NATO vornehmlich auf militärischen Methoden beruhte.

Vizepremier Besir Atalay erklärte die umfassende »integrative Strategie«, die auf zwei Pfeilern basiert. Sie hat nicht direkt die Entwaffnung und die Vernichtung der Bewegung zum Ziel, obwohl dies weiterhin das Endziel ist. Diese Strategie sieht vor, mit allen Machtinstrumenten des Staates und der internationalen Absicherung, die kurdische Seite so weit wie möglich zu schwächen. Dazu gehören auch Morde wie die in Paris. Alle erdenklichen Mittel – auch der Dialog – sollen genutzt werden, ohne jedoch die Politik der Repression und Unterdrückung gegen die Bevölkerung und die Guerilla zu lockern. Ziel dieser Strategie ist, die kurdische Seite so weit wie möglich zu schwächen, um sie in das vorgesehene Konzept der AKP-Regierung einzupassen. Die Methode bedeutet, mit Öcalan zu reden, aber seine Genossen zu töten. Während mit Öcalan geredet wurde, wurde das Gründungsmitglied der PKK, Sakine Cansız, die seit 37 Jahren in der PKK an der Seite Öcalans für den Frieden in Kurdistan kämpfte, ermordet. Die Morde in Paris, vor allem die Ermordung von Sakine Cansız, waren und sind eine eindeutige Botschaft an Öcalan. Sie sind eine Drohung gegen ihn, um ihn durch die Tötung seiner Genossen unter Druck zu setzen. Sie sind auch eine Drohung an alle führenden Mitglieder der PKK. Sie sind ein Warnsignal an diejenigen, die eine politische Lösung befürworten und Öcalan hierbei eine wichtige Rolle beimessen.

In dieser Phase sind auch einige kleine Schritte des »Entgegenkommens« vorgesehen, wie z. B der Fernsehapparat auf Imralı, die Gesetzesänderung für die juristische Verteidigung in der Muttersprache und Ähnliches. Doch die bisher gemachten kleinen Schritte reichen bei

weitem nicht aus, um eine Lösung zu erreichen. Ein notwendiger Schritt in Richtung Lösung wird die verfassungsrechtliche Anerkennung der Kurden sein.

Skepsis gegenüber der neuen Phase

Die AKP erklärt zwar, die Dialogphase halte weiter an und es würden Fortschritte erreicht werden, aber eine entsprechende Verlautbarung ist bislang seitens der kurdischen Befreiungsbewegung sowie ihres Vorsitzenden Abdullah Öcalan ausgeblieben. Die türkischen Medien berichten in einer Art und Weise, dass mensch glauben könnte, der Friedensprozess hätte längst begonnen. Es wird in einer Form berichtet, als wenn die türkische Seite die notwendigen Voraussetzungen erfüllt habe, aber die kurdische Seite das Hindernis darstellt. Die Türkei führt diese Dialogphase als Teil der psychologischen Kriegsführung. Diese momentane Phase ist kontraproduktiv. Die Öffentlichkeit wird nur einseitig informiert. Über die Medien wird eine starke Manipulation betrieben. Szenarien wie die, es gebe Unstimmigkeiten zwischen Abdullah Öcalan, der Parteiführung in Qandil, der Europaführung und der BDP, werden aufgebaut und verbreitet. Die AKP-Regierung instrumentalisiert diese Dialogphase zur Erpressung der Kurden. Wenn z. B ein kurdischer Abgeordneter sich nicht nach den Vorstellungen Erdoğans verhält, wird ihm die Teilnahme an der Delegation nach Imralı von Erdoğan selbst verweigert.

Und auch die Militäroperationen der türkischen Armee halten trotz Verlautbarungen über die laufenden Gespräche weiterhin an. Seit dem 28. Dezember 2012 bis heute haben annähernd 40 Guerillakämpfer bei Gefechten ihr Leben verloren. Mitten im Winter werden die Berge Kurdistans bombardiert. Für die bevorstehende Frühjahrsoffensive des Militärs werden ununterbrochen Militärkräfte an der Grenze zum Irak/Südkurdistan stationiert. Zudem hat der türkische Ministerpräsident Erdoğan damit begonnen, die kampferfahrenen Generäle, die er einst im Rahmen der Ergenekon-Verfahren inhaftieren ließ, wieder freizulassen. Mit General Ergin Saygun hat er begonnen, es ist auf die Freilassung weitere Generäle zu achten.

Ein neues äußerst umstrittenes Gesetz, welches das Eigentumsrecht angreift, wurde kürzlich verabschiedet. Das Gesetz sieht vor, dass Personen oder Organisationen wie Vereinen, Stiftungen etc., die verdächtigt werden, den Terrorismus zu unterstützen, das Vermögen eingefroren werden kann. Die BDP zog einen Vergleich mit dem 1942 eingeführten Eigentumssteuergesetz.[2]

Des Weiteren erklärte der türkische Ministerpräsident in dieser Phase, dass es keine kurdische Frage gebe, sondern nur Probleme seiner kurdischen Bürger. Wenn es keine kurdische Frage gibt, was soll denn in dieser Dialogphase debattiert, verhandelt und gelöst werden? Und Erdoğan soll bitteschön erklären, um welche Probleme es sich bei seinen kurdischen Bürgern handelt. Auch davor scheut er sich.

Bei all diesen Gegebenheiten ist es legitim zu vermuten, dass diese Dialogphase von der AKP-Regierung erneut als taktischer Schritt gesehen wird, mit dem zum einen die Kommunalwahlen 2013 und 2015 die Parlamentswahlen gerettet werden sollen und zugleich diese Zeit dazu genutzt wird, das Vernichtungskonzept gegen die kurdische Freiheitsbewegung weiter zu perfektionieren. Auch wenn gegenwärtig Gespräche mit Abdullah Öcalan geführt werden, so erinnert die AKP-Herrschaftspolitik doch vielmehr an einen Monolog. Denn sie will bestimmen, wer wann was zu sagen hat.

Ich räume ein, dass ich einen äußerst pessimistischen Rahmen aufgezeigt habe. Ich hätte mir auch nichts mehr gewünscht, als Euch/Ihnen darzustellen, wie diese Dialogphase in Verhandlungen gemündet ist und welche wichtigen positiven Schritte bereits unternommen werden konnten. Ich wünschte mir auch sehr, die gute Botschaft vermitteln zu können, dass wir uns dem so ersehnten Frieden weit angenähert haben.

Noch etwas Positives ist zu verzeichnen. Zum ersten Mal hat die Europäische Union mit ihren Organen eine klare positive Position eingenommen. Am 6. Februar wurde eine zweistündige Debatte über die begonnene Dialogphase zwischen der Türkei und Abdullah Öcalan durchgeführt. Die Teilnehmer sagten klar ihre Unterstützung zu und begrüßten diese Entwicklung. *[s. S. 53]*

Auch US-Präsident Obama erklärte gegenüber der türkischen Tageszeitung Milliyet seine Unterstützung. Das ist zweifellos zu begrüßen. Aber die Unterstützung des Westens ähnelt in gewisser Weise der Annäherung der AKP an den Dialog, was ungefähr so formuliert werden kann: »Ich will eine Lösung ohne eine Korrektur meiner bisherigen Politik.« Der Westen »unterstützt« ebenso eine politische Lösung der kurdischen Frage, ohne jedoch die Terrorliste in Frage zu stellen. Wie soll mit einer Organisation, die als terroristisch eingestuft wird, hin zu einer Lösung verhandelt werden können? Ist die vermeintliche Ausweglosigkeit bei der Lösung der kurdischen Frage nicht selbst ein Produkt all dieser paradoxen Politik? ♦

---

2) Das Eigentumssteuergesetz wurde am 11. November 1942 als Teil der »Türkisierungsbewegung« erlassen. Ziel dieses Gesetzes war, in Großstädten nichtmoslemische Händler vom Markt zu verdrängen. Viele mussten ihre Häuser, Unternehmen etc. verkaufen, um die hohen Steuern bezahlen zu können.

Die kurdische Revolution ist eine Frauenrevolution

Sakine, Fidan, Leyla ...

Şervîn Nûdem, Januar 2013

»Wir haben die kurdische Revolution immer auch als eine Frauenrevolution bezeichnet und gesagt, dass die Befreiung der Frau mit der Befreiung des Landes einhergeht. Dabei sind wir nicht der Auffassung, dass es ein Automatismus ist, sondern dass vielmehr durch die Frauenrevolution auch die Nation befreit wird. Das sind zwei einander ergänzende Dynamiken«, hatte Hevala Sara (Sakine Cansız) in einem Interview 2010 gesagt.[1]

Diese Analyse stellt zugleich den Ausgangspunkt der Kampagnen dar, die die kurdische Frauenbewegung in den letzten Jahren durchgeführt hat. »NEIN zum Feminizid!« und »Schluss mit dem Genozid – Freiheit für Abdullah Öcalan!« lauten die Forderungen der aktuellen Kampagnen mit denen Millionen von Frauen in Kurdistan, in Ländern des Mittleren Ostens und Europa immer wieder demonstriert haben, dass die Frauenbefreiung, die Befreiung Kurdistans und die Freiheit Abdullah Öcalans untrennbar miteinander verbunden sind. Neben dem Widerstand gegen sexistische und nationale Unterdrückung haben kurdische Frauen im Rahmen dieser Kampagnen nicht nur ihre Organisierung gestärkt, sondern zugleich auch ihre politischen und gesellschaftlichen Alternativen immer konkreter gestaltet. Dies ist insbesondere in den Prozessen zum Aufbau der Demokratischen Autonomie in Nord- und West-Kurdistan deutlich geworden. Über ihre Organisierungs- und Bildungsarbeit ist es der kurdischen Frauenbewegung gelungen, wichtige Voraussetzungen für die Interessenvertretung von Frauen und die Überwindung patriarchaler Gesellschafts- und Gewaltstrukturen zu schaffen. Zugleich hat die kurdische Frauenbewegung klare Positionen gegen den nationalistischen und religiösen Chauvinismus der Regierungen im Mittleren Osten sowie gegen die militaristische Kriegspolitik imperialistischer Staaten bezogen und gemeinsame Plattformen mit Frauen unterschiedlicher Kulturen und Nationalitäten im Mittleren Osten aufgebaut.

Unter der Losung »An Azadî, an Azadî – entweder Freiheit oder Freiheit!« haben kurdische Frauen im Jahr 2012 in allen Bereichen des Freiheitskampfes als organisierte Kraft eine treibende Rolle gespielt: Durch den entschlossenen politischen Kampf und Manifestationen der Bevölkerung, durch Hungerstreiks und Widerstand in den Gefängnissen sowie durch die Ausweitung der von der Guerilla kontrollierten Gebiete sah sich die AKP-Regierung Ende des Jahres 2012 gezwungen, mit Abdullah Öcalan erneut den Dialog zu suchen. Nur wenige Tage nach dem Bekanntwerden dieser Gespräche auf Imralı wurden die drei kurdischen Politikerinnen und Frauenaktivistinnen Sakine Cansız, Fidan Doğan und Leyla Şaylemez am 9. Januar 2013 im Kurdistan Informationszentrum in Paris heimtückisch durch Kopfschüsse ermordet. Weder Zeitpunkt und Ort dieser politischen Morde noch die Opfer waren »zufällig« oder »willkürlich«.

Morde in Paris = Genozid + Feminizid

Während die Ermittlungen über die in den Mord involvierten Kräfte und weitere Täter andauern, kristallisiert sich immer mehr heraus, dass türkische Regierungsstellen und Geheimdienstkreise – möglicherweise durch führende NATO-Staaten koordinierte Gladio-Kräfte – in den dreifachen Mord involviert sind. AKP-Politiker ließen selbst nach den Morden wiederholt verlauten, dass sie im Rahmen ihres »Lösungskonzepts« beabsichtigten, Gründungsmitglieder und führende Kader der kurdischen Befreiungsbewegung auszuschalten, wenn europäische Staaten diese nicht verhaften und ausliefern würden. Verschiedene Medien und PolitikerInnen kommentieren die Hinrichtung der kurdischen Aktivistinnen in Paris derzeit auf unterschiedliche Art und Weise zumeist als eine »Provokation angesichts laufender Friedensverhandlungen«. Jedoch kann derzeit von einer »Friedensphase« noch nicht die Rede sein. Auch wenn es begrüßenswert ist, dass nach über anderthalb Jahren totaler Isolationshaft wieder eine Delegation des türkischen Staates mit dem PKK-Vorsitzenden Abdullah Öcalan auf Imralı den Dialog gesucht hat. Solange jedoch Öcalan weiterhin auf der Gefängnisinsel Imralı gefangen gehalten wird und der tagtägliche Kriegszustand gegen Kurdinnen und Kurden

1) Interview im Herbst 2010 in den Medya-Verteidigungsgebieten (vgl. »Widerstand und gelebte Utopien«, S. 67)

mit Methoden des politischen, kulturellen und physischen Genozids fortgesetzt wird, sind »Entspannung« und »Frieden« noch weit entfernt. Die Morde in Paris stehen vielmehr in der Kontinuität der AKP-Politik von Genozid und Feminizid, gegen die die kurdische Frauenbewegung seit Jahren Widerstand leistet.

Sakine Cansız, Fidan Doğan und Leyla Şaylemez waren drei kurdische Frauen, die in den verschiedenen Bereichen der kurdischen Frauenbewegung eine bedeutende Rolle spielten. Der Kampf für die Freiheit des kurdischen Volkes durch eine politische Lösung der kurdischen Frage war für sie eng verbunden mit ihrem Kampf für ihre Selbstbestimmung und Freiheit als Frauen. Die Entführung Abdullah Öcalans im Rahmen eines internationalen Komplottes 1999 und seine fortgesetzte Inhaftierung bewerteten sie nicht nur als einen Angriff gegen das kurdische Volk, sondern auch als einen Angriff gegen die Linie der Frauenbefreiung, die durch Abdullah Öcalan entwickelt wurde. Es ist naheliegend, dass die Kräfte, die für die Morde an Sakine Cansız, Fidan Doğan und Leyla Şaylemez verantwortlich sind, mit diesem Massaker die gleiche dreifache Intention verfolgten.

»Erschießt zuerst die Frauen« hatte eine Anweisung an »Antiterroreinheiten« im Rahmen der Aufstandsbekämpfungsprogramme in den 1970er und 1980er Jahren in Europa gelautet. Diese These wurde u. a. durch den Leiter des Hamburger Verfassungsschutzes Christian Lochte vertreten, da er meinte, dass Frauen »gefährlicher und gnadenloser« seien als ihre männlichen Mitstreiter. Obwohl die drei ermordeten kurdischen Politikerinnen unbewaffnet waren und mit friedlichen Mitteln öffentlich politisch agierten, scheinen sich die Mörder durch die gleichen sexistischen Denkmuster auszuzeichnen. Auch in der Regierungspolitik der AKP und bei Feminiziden in anderen Ländern reproduziert sich diese Logik: Frauen, die aus den Rollenstereotypen des patriarchalen Systems ausbrechen, die sich nicht passiv dem Schicksal beugen oder für die Mittäterschaft in patriarchalen militaristischen Institutionen oder kapitalistischen Konzernen gewinnen lassen, sind für das System »unberechenbar und gefährlich«! Deshalb verpflichtet die türkische AKP-Regierung nun Frauen mittels Abtreibungs- und Kaiserschnittverbot zum Gebärzwang, propagiert das 5-Kinder-Familien-Modell und inhaftiert Tausende von Aktivistinnen der Frauenbewegung. In Mexiko geraten zunehmend Frauen, die sich für die Aufklärung der Feminizide und die Bestrafung der Täter einsetzen, in das Fadenkreuz der staatlich gedeckten Mörderbanden. Jedoch haben die Morde in Paris zugleich eine weitere politische Dimension. Wie eingangs bereits beschrieben, durchkreuzen die kurdische Frauenbewegung und die Dynamiken des Freiheitskampfes des kurdischen Volkes, die sich auf die Werte der Arbeiterpartei Kurdistans PKK und das Lösungskonzept des Demokratischen Konföderalismus von Abdullah Öcalan beziehen, die Profit- und Hegemonialinteressen der türkischen, US-amerikanischen und europäischer Regierungen im Mittleren Osten.

Der Prozess des Übergangs zu einer demokratischen, ökologischen und geschlechterbefreiten Gesellschaft nimmt mit dem Aufbau autonomer Selbstverwaltungsstrukturen in Nordkurdistan (Türkei) und Westkurdistan (Syrien) immer konkretere Formen an. Durch die langjährige Arbeit der kurdischen Freiheitsbewegung und die treibende Kraft der Frauenbewegung ist die kurdische Gesellschaft zu einer unabhängigen, organisierten und politischen Kraft und damit zu einem wichtigen politischen Akteur im Mittleren Osten geworden. Auch für andere Völker im Mittleren Osten stellt dieses Modell der demokratischen Selbstverwaltung eine Inspirationsquelle dar. Dieses Gesellschaftsmodell bildet aus Sicht der Kolonial- und Hegemonialmächte hingegen eine reale Gefahr.

Sakine Cansız, Fidan Doğan und Leyla Şaylemez repräsentierten drei Generationen kurdischer Frauen, die ihr Leben dem Kampf für die Verwirklichung dieses Gesellschaftsmodells widmeten. Um als Frauen und als Kurdinnen frei, mit ihrer eigenen Identität in einer freien Gesellschaft leben zu


DIHA

Drei unsterbliche Revolutionärinnen

Revolutionärin zu sein, heißt für die Revolution zu leben und zu kämpfen. Egal wo ...
den Funken zu spüren und auszubreiten
den Aufstand gegen die Ausbeutung und den Zwang,
mit dem Frauen und Völker ihrer Identität und ihres Willens beraubt werden
den Aufstand gegen Konformität und Kompromisse,
mit denen die Herrschenden den Widerstand brechen wollen
den Aufstand gegen die Bevormundung,
die uns das Wort raubt
den Aufstand gegen den Schein der Wahrheit,
der die Lügen der Herrschenden umhüllt
den Aufstand gegen den Schein der Freiheit,
mit dem uns unsere Versklavung schmackhaft gemacht werden soll
diesen Aufstand anzuführen und auszuweiten

Den Funken spüren und das Feuer in den erfrorenen Herzen anfachen
die Sehnsucht nach einem Leben in Freiheit lebendig halten
die Sehnsucht nach Solidarität über alle Grenzen hinweg in Bündnisse des Kampfes verwandeln
das Leuchten in den Augen nie zu verlieren und dem Unterdrücker ins Gesicht zu spucken
das alles haben wir von Euch gelernt.

Ein schwerer Abschied
eine jede verabschiedet sich auf ihre Weise
und ein jeder auf seine Art:

Kurdische Frauen und Männer allen Alters verneigen sich vor Euren Särgen
Eure Mütter, Väter, Schwestern, Brüder, Freundinnen und Freunde weigern sich Euch loszulassen, spüren Eure Anwesenheit und unbezwingbare Stärke
weinende Mädchen küssen und streicheln Eure Särge und Bilder, obwohl sie doch eigentlich Euch selbst lebendig in die Arme schließen wollen
ein alter Mann kniet vor Euch nieder
ein alevitischer Dede trägt Euch klagend ein Gedicht vor
yezidische Frauen und Männer mit tiefer Trauer in den Augen sagen, dass Ihr unsterblich seid
muslimische Männer und Frauen öffnen ihre Hände zum Gebet
eine Gruppe von Tamilen trauert um Euch genauso wie um ihren Genossen Parithi, den sie erst vor zwei Monaten durch ein hinterlistiges Attentat in Paris verloren hatten – genauso wie Euch
heute stellen sie für Euch einen Blumenkranz mit einer Widmung in tamilischer Sprache in eine Reihe mit den Trauerkränzen kurdischer Parteien und Organisationen
Aktivistinnen der antirassistischen Bewegung mit rot-gelb-grünen Tüchern um den Hals weichen nicht von Eurer Seite
französische Abgeordnete und Feministinnen stehen schweigend im Halbkreis vor Euch
antifaschistische Widerstandskämpfer der Résistance senken ihre Fahne zum Salut
junge Frauen küssen in ihre Hand und winken Euch zum Abschied zu
türkische SozialistInnen grüßen Euch mit geballter Faust
andere erheben ihre Finger zum Victory-Zeichen und versprechen: Wir werden Euren Kampf weiterführen – bis zum Sieg!

Ein Abschied, der uns allen so unbeschreiblich schwer fällt
obwohl Ihr auf dem Weg in Eure geliebte Heimat seid
will niemand Euch gehen lassen
denn den Zeitpunkt und die Umstände habt nicht Ihr gewählt.

Doch der Funken Eures Aufstandes und Eurer Sehnsucht ist lebendig
wir tragen ihn in unseren Herzen
wir werden ihn anfachen und weitertragen
indem wir als Revolutionärinnen für die Revolution leben und kämpfen. Egal wo ...

können, hatten sie sich bewusst entschieden, sich den Zwängen und der Fremdbestimmung durch das herrschende System zu entziehen.

Als Gründungsmitglied der Arbeiterpartei Kurdistans PKK und führende Persönlichkeit der kurdischen Frauenbewegung hat Sakine Cansız mit ihrem Wissen, mit ihrer ideologischen Genauigkeit und politischen Fähigkeiten über 40 Jahre hinweg eine wegweisende Rolle in diesem revolutionären Prozess gespielt. Hierbei waren insbesondere die Dialoge mit Abdullah Öcalan und seine Perspektiven eine wichtige Inspirations- und Kraftquelle für sie gewesen, wie sie immer wieder betonte. Durch ihren Gefängniswiderstand gegen die faschistische Militärdiktatur in der Türkei, durch ihr Leben und Wirken als Revolutionärin wurde sie schon zu Lebzeiten zu einer Symbolfigur für die kurdische Frauenbewegung. Ihre Entschlossenheit gab der Bevölkerung Vertrauen in die eigene Kraft. Ihr gelang es unterschiedliche politische Gruppierungen und Bevölkerungsteile zu einer gemeinsamen Kraft zu vereinen.

Fidan Doğan war Vertreterin des Kurdistan-Nationalkongresses (KNK) in Paris. Trotz ihres jungen Alters verfügte sie über große Erfahrung in der politischen und diplomatischen Arbeit. Sie stellte das Lösungsmodell des Demokratischen Konföderalismus auf verschiedenen Plattformen vor und engagierte sich hierbei für die Freilassung Abdullah Öcalans. Auf internationalen Konferenzen und in Gesprächen mit verschiedenen Parteien und Organisationen vertrat sie die Interessen der kurdischen Bevölkerung und kurdischer Frauen. Durch ihre engagierte Öffentlichkeitsarbeit gelang es ihr, ein breites Solidaritätsnetzwerk für die kurdische Bewegung in Frankreich aufzubauen.

Die 25-jährige Leyla Şaylemez hatte sich als junge Aktivistin an den Arbeiten der kurdischen Frauen- und Jugendbewegung in Europa beteiligt. Sie setzte sich insbesondere für die Belange junger kurdischer Frauen ein und ermutigte viele von ihnen dabei, ihren eigenen Lebensweg zu finden, selbstbewusst zu denken und sich politisch zu engagieren. Mit ihrem Interesse und ihren Anstrengungen gelang es ihr, die eigenständige Organisierung der Jugendlichen und der jungen Frauen zu stärken. Sie hatte es sich zum Ziel gesetzt, gemeinsam mit den Jugendlichen Perspektiven aufzubauen, mit denen sie die Leere und Sinnlosigkeit der kapitalistischen Konsumgesellschaft überwinden, Gewalt gegen Frauen wirkungs-

voll bekämpfen, die Freiheit Abdullah Öcalans und Kurdistans erreichen können.

Januar 1919 – Januar 2013

Wenn ich mir die gegenwärtigen politischen Bedingungen im Mittleren Osten vor Augen halte, die einerseits von den Bedingungen imperialistischer Verteilungskriege, nationalistischem Chauvinismus und Repressionen eines totalitären AKP-Regimes andererseits von Aufbrüchen und Demokratiebestrebungen der Völker – einhergehend mit dem Aufbau von Räte- und Selbstverwaltungsstrukturen in Kurdistan – gekennzeichnet sind, ruft diese Epoche bei mir eine Assoziationskette hervor, die mich zu der Ermordung Rosa Luxemburgs und Karl Liebknechts führt. Nicht nur, dass diese Morde im Jahr 1919 sich auch im Januar ereigneten und durch konterrevolutionäre militärische Spezialeinheiten mit Rückendeckung der Regierung begangen wurden. Auch diese Morde an zwei wichtigen revolutionären Führungspersönlichkeiten, die gegenüber der nationalistischen Kriegshetze eine internationalistische sozialistische Perspektive und die Interessen der Ausgebeuteten verteidigten, wurden in einer Zeit der Kämpfe und der Hoffnung auf neue Aufbrüche nach der Novemberrevolution in Deutschland verübt. Auch Ziele und Absichten dieser Morde weisen Parallelen zu den Morden an den kurdischen Revolutionärinnen in Paris auf. Rosa Luxemburg wurde ermordet, weil sie laut Generalstabsoffizier Waldemar Pabst »gefährlicher *[war]* als alle anderen, auch die mit der Waffe«. Erklärtes Ziel der Morde an Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht war es damals gewesen, die Arbeiterbewegung ihrer revolutionären Führungskräfte zu berauben und sie damit geschwächt zu zerschlagen bzw. in das bürgerliche System zu »integrieren«. Bei einem Besuchstermin seines Bruders am 14. Januar 2013 hatte Abdullah Öcalan die Morde an den drei kurdischen Frauen in Paris als ein »zweites Dêrsim-Massaker« bezeichnet. Der physische Genozid, der von der türkischen Regierung 1937/38 in Dêrsim verübt wurde, ging mit einer Auslöschung jeglichen Widerstandes und der vollständigen Assimilation und Selbstverleugnung weiter Teile der kurdischen Bevölkerung in der Türkei und Nordkurdistan einher.

Auch die Haltung Rosa Luxemburgs nach ihrer Verhaftung am Abend des 15. Januar 1919 und die Haltung von Sakine Cansız nach ihrer Verhaftung 1979 sind von dem gleichen revolutionären Selbstbewusstsein und Selbstrespekt geprägt, von dem sich sogar ihre Folterer beeindruckt zeigten. Der Folterer in Berlin sprach mit Verwunderung von der Unbeugsamkeit Rosa Luxemburgs und gab zu Protokoll: »Fräulein Luxemburg sagte, sie sei nicht Fräulein Luxemburg, sondern Frau Luxemburg.« Auch die Folterer im Gefängnis von Amed (Diyarbakır) waren letztendlich durch den unnachgiebigen Widerstand von Sakine Cansız gegenüber der grausamsten Folter, durch ihre Solidarität mit Mitgefangenen und ihre politische Verteidigung gezwungen geworden, ihr mit Respekt zu begegnen.

Die Freiheit wird gewinnen!

Vor seiner Verhaftung am 15. Januar 1919 hatte Karl Liebknecht noch in der letzten Ausgabe der »Roten Fahne« geschrieben: »Und ob wir dann noch leben werden, wenn das Ziel erreicht wird – leben wird unser Programm.« Heute besteht kein Zweifel daran, dass das Programm und die Gedanken Rosa Luxemburgs und Karl Liebknechts in den Freiheitskämpfen der Völker weiterleben. Auch die 40-jährige Geschichte des revolutionären Kampfes in Kurdistan, die Sakine Cansız aktiv mitgestaltet und mitgeschrieben hat, ist ein Beweis dafür. Auf die Frage hin, wie sie persönlich die Geschichte des kurdischen Befreiungskampfes und seine Weiterentwicklungen erlebt habe, antwortete Sakine Cansız: »Erst einmal bin ich sehr glücklich, das alles erleben zu können und zu sehen, wie viel sich entwickelt hat. Zu Anfang hatten wir nichts, wir hatten nur unseren Glauben, den Glauben daran, dass etwas falsch ist, und dass wir etwas Richtiges wollen. Unsere Einstellung war: **›Egal, auch wenn wir in diesem Kampf fallen, die Freiheit wird irgendwann gewinnen.‹**

(…) im Kern dieser Bewegung hat immer das gestanden, auf Erfahrungsschätze zurückzugreifen und sie zu bewerten. Das konnten die Erfahrungen von irgendwelchen Frauenorganisationen oder von Rosa Luxemburg und Clara Zetkin sein, feministische Bewegungen oder andere Befreiungsansätze. Allerdings haben wir nie alles so übernommen, wie es andere gemacht haben, sondern wir haben immer geguckt, wie können wir das auf unsere eigenen Bedingungen beziehen. Wie können wir daran anknüpfen und zusammen mit unseren eigenen Erfahrungen selber etwas Neues darauf aufbauen? Wir haben uns nie dem Sozialismus sehr utopisch angenähert. Das war für uns nie irgendetwas ganz weit Entferntes. Wir haben eher geguckt, wie lassen sich Sozialismus, Freiheit und Gleichheit verwirklichen. Wie können wir selbst zumindest bei uns anfangen, diese Grundsätze in unserem Leben umsetzen? Wir haben immer Hoffnungen und Utopien gehabt, die wir nicht auf zukünftige Generationen projizieren wollten. Stattdessen haben wir angefangen, unsere Utopien und Hoffnungen im Hier und Jetzt umzusetzen.«[2]

Dank dessen, dass wir wertvolle Genossinnen wie Sakine, Fidan und Leyla kennenlernen durften und die internationale Solidarität, die gemeinsame Wut und Trauer erlebt haben, die ihre Ermordung in allen Teilen der Welt ausgelöst hat, besteht auch für uns heute kein Zweifel: Die Freiheit wird gewinnen! ♦

2) vgl. »Widerstand und gelebte Utopien«, S. 75

Die Kugeln auf Sakine, Rojbîn und Leyla trafen uns alle!

Drei wunderschöne Rosen in Paris

Dilar Dirik

Sakine Cansız ist Geschichte. Sie ist die Verkörperung des feministischen Gesichts der kurdischen Freiheitsbewegung. Sie ist die Frau, die ihrem Folterer im Gefängnis ins Gesicht spuckte. Sie ist die Frau, die nicht schrie, als sie ihre Brüste verstümmelten. »Als eine Militante einer gerechten Bewegung, schämte ich mich, ›Ah‹ zu sagen«, sagte sie. Sie ist die Frau, die ihre Freunde nicht einmal unter der schlimmsten Folter verriet. Sie ist die Frau mit dem scharlachroten Haar. Sie sprudelte vor Lebendigkeit, ein Brunnen der Liebe. Sie trieb jeden Morgen Sport, sie war ethische Vegetarierin. Sie ist die Frau, die trotz all den Steinen, die ihr in den Weg gelegt wurden, als überzeugte Anhängerin der kurdischen Bewegung, als eine Person, die ihren Freiheitswillen nie abgelegt hat, in die Geschichte eingeht. Sie ist keine Terroristin. Sie ist eine Heldin. Sie ist die Frau, die sogar von ihren Feinden respektiert wurde. Ihre sanften Augen und ihr schönes Lächeln trotz all der Schrecken, die sie durchlebte, waren eine Quelle der Ermutigung und Kraft für eine ganze Nation. Ihr Tod ist ein Verlust für die Menschheit. Wie traurig, dass die Welt sie erst nach ihrem Tod kennt. Unsere letzte Begegnung fühlte sich wie ein Abschied an. Ich bin stolz, ein Stück Geschichte gekannt zu haben, und ich werde die letzten Worte, die sie an mich richtete, niemals vergessen ...

Ich kannte Fidan Doğan nicht, denn für mich war sie Rojbîn. Ich lernte sie kennen, als ich in der Grundschule war. Meine Familie und ich verliebten uns sofort in sie! Sie war so lebhaft, immer am Lächeln. Ihre Stimme klingt mir immer noch in den Ohren. Wir nannten sie »Troptischa Heval«, weil sie meiner Schwester und mir ein französisches Kinderlied namens »Trois petits chats«, Drei kleine Katzen, beigebracht hatte. Wir wussten nicht, was die Worte bedeuteten, aber es war jedes Mal, wenn sie mit uns spielte, der größte Spaß, in die Hände zu klatschen und hysterisch über den witzigen Klang des Wortes »somnambule« zu lachen. Mein Herz schlug jedes Mal schneller, wenn ich sie sah. Das letzte Mal trafen wir uns während des Hungerstreiks in Straßburg im April 2012. Sie war immer so energiegeladen, unglaublich intelligent, und natürlich war ihr Lächeln ansteckend. Ich hätte sie fester umarmt, noch einmal geküsst und ihr gesagt, dass ich ihr Lächeln nie vergessen werde, hätte ich gewusst, was ihr in dieser Stadt, die sie so liebte, passieren würde. Sie wurde an ihrem Geburtstag beerdigt. Aber das bedeutet nur, dass ihr Tod Tausende von Rojbîns gebar, die zu ihr hochschauen und sie am Leben erhalten werden. Sie ist keine Terroristin. Sie ist brillant. Sie ist unsere Rojbîn ...

Es tut mir leid, dass ich Leyla, oder Axin, wie ihre Freunde sie nennen, nicht gekannt habe. Sie war nur ein paar Jahre älter als ich, und jede einzelne Person, die ich aus ihrem Bekanntenkreis kenne, spricht nur Gutes von ihr. Auch sie ist keine Terroristin. Sie ist eine von uns. Ich bin traurig, dass wir keine Erinnerungen teilen konnten, und es tut mir so leid, dass sie so jung gestorben ist ...

Am Morgen nach dem Attentat wachte ich zu der fürchterlichen Nachricht auf, dass diese drei erstaunlichen Frauen, mutige Aktivistinnen für das kurdische Volk, Revolutionärinnen, kaltblütig ermordet worden waren. Über Nacht fuhren wir nach Paris und zurück, wo Hunderte, wenn nicht Tausende von Menschen zusammen trauerten. Sakines und Rojbîns Eltern waren aus der Türkei eingeflogen. Sie waren nicht mehr im Gemeindezentrum, als ich ankam, doch meine Mutter erzählte mir, wie Sakines Mutter trauerte: »Meine schöne Tochter, du hast dein Volk so sehr geliebt – darum bist du gestorben ...«

Am Samstag gingen wir als Kurden, Türken, Armenier, Tamilen, Basken, Palästinenser, Deutsche, Franzosen, Sozialisten, Kommunisten, Demokraten, Gewerkschafter, Feministen, Humanisten, Mütter, Väter, Schwestern, Brüder und Freunde, als Menschen, vereint auf die Straßen von Paris. So eine Menge muss man sich verdienen und das hatten sie auch, unsere schönen Heldinnen! Dieses Mal belagerten wir die Hauptstadt dieses Landes, das uns einst kolonisierte. Blumen, Flaggen, Bilder und Kerzen schmücken nun die Rue Lafayette, ein Ort, der auf ewig durch das Versprechen, das wir unseren Kameradinnen gegeben haben, heimgesucht werden wird. Ich brach förmlich

zusammen, als wir am Tatort ankamen. Ich hatte mir versprochen, stark zu bleiben, weil unsere Freundinnen uns so nicht hätten sehen wollen, doch es ging nicht anders. Ich möchte immer noch glauben, dass dieses Verbrechen ein Alptraum ist, immer noch glauben, dass diese Grausamkeit nicht geschehen ist.

Die widerwärtigen Gesichter hinter diesem Mord nahmen uns nicht »nur« drei einzigartige Persönlichkeiten und kostbare Aktivistinnen der kurdischen Bewegung; die Tötung von Frauen bedeutet immer mehr. In einem Krieg wie dem zwischen dem türkischen Staat und der PKK (Arbeiterpartei Kurdistans) muss die geplante Ermordung von drei unabhängigen und freien Frauen unbedingt im Rahmen von Gewalt an Frauen verstanden werden. Die Hinrichtung von Frauen wie Sakine Cansız, Rojbîn und Leyla, die sich für ihr Volk und für Frauen einsetzten, ist nicht nur ein politisches Zeichen, sondern auch ein patriarchalischer Mord: Feminizid!

Diese Welt gratuliert Mördern mit weissem Kragen zu ihren neuesten Blutvergiessen, wenn diese ihre Podien, die aus den Rücken der Armen bestehen, besteigen, während sie Dissidenten mit Gefängnis, Folter und Tod abschrecken.

Sie, vor allem Sakine Cansız, verdienten es am meisten, einen Frieden in Kurdistan mitzuerleben. Sakine Cansız widmete ihre Existenz einem gerechten Kampf, den sie in seiner Schönheit repräsentierte. Sie ertrug jahrelange Folter im Gefängnis, doch sie gab den Frieden und die Gerechtigkeit niemals auf, und wenn sie es nicht tat, dann hat niemand das Recht dazu. Niemand zwang sie, sie wählte das Leben als Freiheitskämpferin aus freien Stücken. Sie hätte ein durchschnittliches Leben führen, ein Feigling sein können, doch das wollte sie nicht. Das wollte sie nicht, denn sie war großartig. Obwohl ich das für gewöhnlich nicht sage, macht sie mich sehr stolz eine Kurdin sein, denn sie verdeutlichte mir wieder einmal, welchen Kampf, welche Verantwortung und welche Pflicht ich von meinen Eltern und von allen Menschen geerbt habe, die leiden und sterben, damit ich ein selbstbestimmtes Leben, ein freies Leben führen kann. Ich bin stolz, zwei dieser unsterblichen, mutigen Frauen gekannt zu haben. Und in jedem Schritt, den ich im Leben mache, werde ich sie ewig am Leben erhalten ...

Dies ist das Schicksal unserer Nation. Unsere Herzen haben sich kaum von dem Trauma des Massakers von Roboskî erholt, als Paris uns eine neue Wunde zufügte. Und jedes Mal, egal wie tief unsere Schmerzen sind, sind wir die »Terroristen«. Wie kann es irgendwer wagen, diese erstaunlichen, freien Persönlichkeiten, bewundernswert in jeder Hinsicht, als Terroristen zu bezeichnen?

Vor einigen Jahren veranstaltete die Polizei eine Razzia bei einer kurdischen Zeitung in Deutschland. Die Polizisten leerten den Ort, beschlagnahmten sogar Blumen und Pflanzen. Wütend fragte mein Vater einen der Beamten: »Ist diese Blume etwa auch ein Terrorist?«

Wir leben in einem beängstigenden System. Es ist ein blutiges, rücksichtsloses System, das unsere wertvollsten Freunde, unsere furchtlosesten Kämpfer, und mit ihnen, unsere Hoffnungen hinrichtet. In diesem System sind Recht und Unrecht künstlich konstruiert, während wir wirtschaftliche Henker und ihre korrupten Festungen aus Gold als Vorbilder loben, und die, die ihr Leben der Gerechtigkeit, Freiheit und Wahrheit widmen, umbringen. Personen und Institutionen, die für die größten Kriege in der Welt verantwortlich sind, entweder durch aktive Beteiligung oder durch Schweigen, erhalten Friedenspreise. Diese Welt gratuliert Mördern mit weißem Kragen zu ihren neuesten Blutvergießen, wenn diese ihre Podien, die aus den Rücken der Armen bestehen, besteigen, während sie Dissidenten mit Gefängnis, Folter und Tod abschrecken. Als neun Schüsse in Paris, der Wiege der Revolution, fielen, wurde der jüngste Angriff auf unsere Bewegung gestartet, aber unser Schmerz wird unseren Kampf nur stärken. Das haben wir versprochen.

Die Menschheit sieht die Ordnung des Nahen Ostens gefährdet und die Kurden, die ehemals größten Verlierer der künstlichen, anorganischen Struktur des Nahen Ostens, gehen nun als Gewinner hervor. Natürlich fühlen sich diejenigen, die vom Status quo profitieren, bedroht. Um es zusammenzufassen, die Türkei ist gezwungen, mit den Kurden zu verhandeln, während die Kurden in West-Kurdistan (Syrisch-Kurdistan) auf dem Vormarsch sind, die autonome kurdische Region im Nordirak glänzt mit weitaus mehr Wohlstand und Demokratie als jeder andere Teil des Iraks und sogar kurdische Parteien im Iran beginnen sich zu vereinigen. Aber die gleichen kolonialen Kräfte aus dem letzten Jahrhundert wollen die Geschichte wiederholen. Während ich diesen Text schreibe, liegt die Stadt Kerkûk unter Beschuss der irakischen Armee. West-Kurdistan wird von durch die Türkei finanzierten Dschihadisten angegriffen. Kurdische Aktivisten in Iran werden regelmäßig hingerichtet. Der Westen ist der beste Kumpel der Türkei, finanziert sie mit Waffen und blickt unbeschwert in die andere Richtung, während die Türkei die Weltmeisterin in der »Journalisten im Gefängnis«-Disziplin ist, kurdische Kinder lebenslange Haftstrafen fürs Steinewerfen erhalten, amerikanische Drohnen

eingesetzt werden, um 34 unschuldige kurdische Dorfbewohner zu massakrieren, und so weiter und so weiter und so weiter. Daran sind wir schon gewöhnt.

Wir leben in einem beängstigenden System. Die Menschen haben idealisierte Vorstellungen von Amerika und Europa und ihren hübschen kleinen Institutionen, aber schauen weg, wenn es um den Waffenhandel mit einem der gefährlichsten Länder der Welt geht. Während Kurden in der Türkei getötet, gefoltert und eingesperrt werden, werden alle ihre Schritte in Europa, wo die Staaten Waffen an ihren Busenfreund verkaufen und ihn decken, kriminalisiert. Die Polizei in verschiedenen europäischen Ländern rekrutiert Spione unter Kurden. Was sollen die lächerlichen Vereinten Nationen überhaupt bedeuten, wenn das gleiche Muster der Unterdrückung immer und immer wieder auftaucht? Anders aufgebaut, neu verziert, modernisiert und mit neuem Namen verkauft? Es ist keine marxistische Romantik und kein Zufall, wenn immer die gleichen Kräfte von Konflikten profitieren und die gleichen Menschen unterdrückt werden. Wir seufzen zynisch, wenn Frankreich verspricht, die Mörder von Paris zu fassen. In einem Zeitalter der Sicherheit, in dem diese Frauen von der Polizei jederzeit beobachtet wurden, sind sie professionell ermordet worden. Wir haben keine neurotischen Verschwörungsfantasien. Wir haben nur schon vor langer Zeit aufgehört, an das System zu glauben.

Wir wollen keine Rache, wir verlangen unsere Menschenrechte, wir wollen, dass Frieden einkehrt. Kurden sind nicht die bösen »Terroristen«, die die Welt von ihnen zu sein verlangt. Unsere Bewegung ist legitim, unsere Forderungen gerecht. In den letzten Jahren wurden in der Türkei die wahren Gesichter hinter den zivilen Morden, für die die PKK verantwortlich gemacht wurde, bekannt und es wurde offenbart, dass der »tiefe Staat« der Türkei verantwortlich für diese Attentate war. Mein Vater wurde im Gefängnis gefoltert, seine Freunde wurden entführt und zu Tode gefoltert. Er hat sein Dorf seit über 18 Jahren nicht mehr gesehen. Er hat noch nie eine Waffe in der Hand gehalten, aber sie nennen ihn einen »Terroristen«. Dies sind keine Hollywood-Geschichten, dies sind reale Tragödien, von denen jeder Kurde in jedem Teil Kurdistans individuelle und einzigartige Geschichten erzählen kann. Wir sind die Nation, die auf ihren Beerdigungen Parolen ruft. Wir sind das Volk, dessen Menschen, männlich, weiblich, jung, alt, auf persönlichen Erfahrungen basierend, eine präzise Definition des Wortes »Faschismus« abgeben können. Wir sind die Nation, die mehrere Staaten dazu gebracht hat, sich endlich auf etwas zu einigen: nämlich dass, egal was, die Kurden den Kürzeren ziehen müssen. Wir sind Şeyh Said, Helebce, Sêwas, Gurgum, Zîlan, Dêrsim. Roboskî. Wir sind unzählige Tote. Ich bin gegen den Krieg, aber die PKK ist die Selbstverteidigung der Kurden, sie ist eine natürliche Reaktion, ein Resultat von all dem Schmerz, den die Kurden erlitten haben. Sie ist das Ergebnis der internationalen Politik, die jeden Schritt der Kurden kriminalisiert. Sie ist eine Antwort der Solidarität auf kulturellen und physischen Genozid, für faszinierende Menschen in Folterkellern, eingesperrte Parlamentarier, geschlagene Mütter bei Friedensprotesten, ermordete Journalisten, furchtlose Hungerstreikende. Unsere Existenz wurde durch die imperialistischen Kräfte gefährdet, die mit ihren Panzern, Bomben und Foltererköpfen das Blut unserer Bevölkerung vergossen haben, sich aber beschweren, wenn die Kurden es nur fair finden, eine Guerilla-Armee aufzustellen, um sich gegen sie zu verteidigen, um weitere nationale Traumata zu verhindern. Das Wort »Terror« hat viel damit zu tun, wer an der Macht ist und wer den Status quo, von dem immer die gleichen Mächte profitieren, in Frage stellt. Ein Monopol auf den »Terrorismus«-Begriff ist ein unzureichendes und leeres Konzept, vor allem, wenn die größten Anti-Terror-Akteure



Abschied von den drei Freundinnen und Genossinnen in Paris Foto: ANF

die schmutzigsten Hände besitzen. Wie schnell die Menschen die spektakulären Bündnisse zwischen den USA und Diktatoren erster Klasse vergessen, wenn es ihnen passt. Wie schnell die Leute vergessen, wie viele Personen auf mysteriöse Art und Weise starben, weil sie vom türkischen Staat entführt und getötet wurden. Wie schnell die Menschen in Europa vergessen, dass der Grund, weswegen ihre Länder so viele asylsuchende Kurden beherbergen, auf die Tatsache zurückzuführen ist, dass ihre Regierungen Waffen an die Türkei verkaufen, während ihre Politiker diesen Verbündeten, den sie am meisten wertschätzen, oberflächlich kritisieren. Wie zerbrechlich ist das Erinnerungsvermögen der Geschichte. Organisationen, die als terroristisch eingestuft werden, können mit nur einer Unterschrift von der Terror-Liste gestrichen werden, wenn es zur neuen politischen Situation der großen Mächte passt. Als Kurde in der Türkei können gedankliche Verbrechen einen als Terroristen entlarven. Ein steinewerfendes Grundschulkind ist Terrorist. Uğur Kaymaz, ein zwölf Jahre alter Junge, der mit seinem Vater einkaufen ging und hinterhältig ermordet wurde, war Terrorist. Terror. So viel Terror. Das muss ein kurdisches Gen sein! Schauen Sie sich diese terroristischen Frauen in Paris an, wie frei, selbstbewusst, intellektuell, weltoffen und hinreißend sie waren – so von ihrem Volk geliebt, müssen sie schrecklich gewesen sein – echte Ungeheuer! Wenn diese Medien-Marionetten, die Sakine, Rojbîn und Leyla Terroristen nennen, diese wunderbaren Frauen getroffen hätten, würden sie sich ihre Köpfe darüber zerbrechen, wie diese starken, unabhängigen, barmherzigen Menschen, die sich nach all den Qualen, die sie ertrugen, so optimistisch für den Frieden einsetzten und dennoch Terroristen sein konnten, ja, Terroristen, auf die gleiche Weise, wie »al-Qaida« definiert wird. So erbärmlich. In der Tat würden diese eingeschränkten Menschen, die den Tod dieser Frauen für ihre eigenen Zwecke ausbeuten, sich ihrer eigenen kläglichen Existenz schämen, während diese Frauen in ihrem Kampf für Gerechtigkeit einen Sinn in ihrem Leben fanden. Sie würden sich über ihre Angewohnheit, die kleinen Dinge in ihrem luxuriösen Leben zu beklagen, schämen, wo doch Sakine Heval, nachdem ihr unvorstellbar schreckliche Dinge angetan worden waren, noch stärker wurde und an eine friedliche Lösung glaubte, anstatt Hass zu hegen. Aber ich glaube fest daran, dass diesen Frauen eines Tages der gebührende Respekt in der Welt entgegengebracht werden wird. Unsere Nation und die wunderbaren Leute, die sich mit uns in diesen dunklen Zeiten solidarisieren, sind sich der Größe unseres jüngsten Verlustes mehr als bewusst. Sakine Cansız wurde gefoltert, eingesperrt, sie kämpfte in den Bergen für ein selbstbestimmtes Leben, für mein Recht, frei zu sein. Es ist unglaublich, dass eine Kugel in Paris ihr Leben nahm. Es ist nicht der Tod, den eine so große Persönlichkeit verdient. Niemand verdient einen solchen Tod, aber sie sollte doch den Frieden miterleben, nach all den Opfern, die sie gebracht hat. Sie blickte der Zukunft so optimistisch entgegen ...

Es ist nicht die Zeit, sich zu fürchten. Die Zeiten der eingeschüchterten Kurden sind vorbei. Menschen, die bis heute bequem und feige zu Hause gesessen haben, müssen nun die Straßen besetzen. Ich erinnere mich, wie all diese Türken in Deutschland plötzlich zugaben, dass sie eigentlich Kurden sind. Jetzt ist die Zeit gekommen, diese ängstliche, zurückhaltende Identitätsfindung einen Schritt weiterzuführen und die kurdische Freiheitsbewegung als das gerechte Anliegen, das es ist, zu verteidigen. Wie können wir, vor allem als Frauen, im Angesicht eines Massakers gegen unsere Identität stillstehen? Die Kugeln auf Sakine, Rojbîn und Leyla trafen uns alle! Die Bomben von Roboskî regneten auf uns alle. Wir können keinen weiteren Verlust hinnehmen. Unsere Wut und unseren Schmerz müssen wir in friedlichen Aktivismus umwandeln. Es ist die Zeit zu erkennen, dass der Kampf fortgesetzt werden muss und dass es unserer Verantwortung obliegt, durch den Tod dieser Frauen unsere Anstrengungen zu verstärken, damit unsere Freundinnen nicht umsonst gestorben sind. Sakine. Rojbîn. Leyla. Sie werden ewig leben. Sie widmeten ihr Leben unserer Freiheit und dem Frieden in Kurdistan.

Es ist nicht die Zeit, sich zu fürchten. Die Zeiten der eingeschüchterten Kurden sind vorbei. Menschen, die bis heute bequem und feige zu Hause gesessen haben, müssen nun die Strassen besetzen.

Trotz allem haben wir Hoffnung. Nach der Abschiedsfeier am Dienstag in Paris übernahmen wir als Frauen die Führung, um unseren Respekt und unser Verlangen nach Gerechtigkeit für diesen großen Verlust unserer Nation und unserer Menschlichkeit auszudrücken, als wir im Klang unserer Parolen »Jin, Jiyan, Azadî« (Frau, Leben, Freiheit) realisierten, dass Tausende von Sakines, Rojbîns, Leylas geboren waren. Als ihre Eltern den Trauersaal verließen, sagte Sakines Vater: »Ihr werdet meine Tochter nicht vergessen!« Eine gute Freundin von mir und den gefallenen Frauen, nennen wir sie Zelal, gab mir eine feste Umarmung, nachdem wir unsere drei wunderschönen Rosen in Paris verabschiedet hatten. Auch sie ist eine Heldin. Sie umarmte mich, wischte meine Tränen weg und sagte: »Unser Kampf muss weitergehen.«

Sehîd namirin. ♦

Dilar Dirik, geboren 1991, hat Geschichts- und Politikwissenschaften studiert und den Master in Internationalen Studien. Das Thema ihrer Masterarbeit lautet »Die Rolle der Frau in der Ideologie und Organisation der PKK«. Sie schreibt regelmäßig für die »Kurdistan Tribune« und »Your Middle East«. Auf ihrem Blog »Peace in, peace out« finden sich weitere Texte: http://dilar91.blogspot.co.uk/

Interview mit Hevala Sakine Cansız, September 2005 und Januar 2006

»Befreiung kennt keine Grenzen, sondern bedeutet eine ständige Suche, ein ständiges Streben nach Schönheit«

Anja Flach, Ethnologin, Mitarbeiterin des Frauenzentrums Nûjiyan, Hamburg

Sakine Cansız (Hevala Sara) war nicht nur für AnhängerInnen der PKK ein Symbol des Widerstandes. Nach dem Militärputsch 1980 wurde sie verhaftet und im berüchtigten Gefängnis von Amed (Diyarbakır) eingekerkert. Dort erlebte sie unbeschreibliche Gräueltaten. Sie wurde misshandelt, erniedrigt, gefoltert. Dennoch hielt Sakine Cansız an ihrer revolutionären Haltung fest, sie erweiterte ihr Wissen, organisierte sich im Gefängnis und schloss sich nach ihrer Haft der Guerilla an. 1998 erhielt sie in Frankreich politisches Asyl. Unermüdlich stellte sie in Europa Kontakte zu PolitikerInnen und UnterstützerInnen der Bewegung her, um eine Lösung der kurdischen Frage voranzutreiben. 2002 wurde auf Betreiben des türkischen Staates ein internationaler Haftbefehl gegen sie erlassen, auf dessen Basis sie im März 2007 in Hamburg verhaftet wurde. Doch nach massiven Protesten ließ man sie wieder frei.

Das folgende Interview wurde 2005 und 2006 mit Sakine Cansız in Hamburg für das Buch »Frauen in der kurdischen Guerilla« geführt. Übersetzt und transkribiert hat es Agnes von Alvensleben. Zu einem späteren Zeitpunkt sollte noch ein Interview über die Gefängniszeit während der Militärdiktatur geführt werden, dazu kam es aufgrund der Verhaftung von Sakine Cansız in Hamburg im März 2007 nicht mehr, auch später ergab sich keine Gelegenheit mehr, das Interview zu führen. Mit der Ermordung von Hevala Sara wurde auch eine Zeitzeugin der Geschichte des Frauenkampfes ermordet. Sie war die einzige noch aktive Überlebende des Gefängniswiderstandes der Militärdiktatur.

Bitte erzähle uns, woher Du kommst, wie Du zur PKK gekommen bist? Wie hast Du vorher gelebt? Hast Du politisch gearbeitet, wie war Dein familiärer Hintergrund?

Ich komme aus Dêrsim, bin 1957 geboren und habe die ersten Kontakte zu der Partei 1975 aufgenommen. Meine Familie gehörte zur Mittelschicht. Mein Vater war Sekretär im Yapi-Sanat-Institut in Dêrsim. Er hat zehn Jahre als Beamter gearbeitet. 1969 ist er als Arbeiter nach Deutschland gegangen. Unsere Familie war groß, wir sind acht Geschwister. Wir wohnten zur Miete. Er ist aus wirtschaftlichen Gründen nach Europa gegangen. Wir waren eine normale Arbeiterfamilie.

In den siebziger Jahren gab es auch in der Türkei eine revolutionäre Welle, es war die Zeit der revolutionären Bewegung von Deniz *[Gezmiş]*, Mahir *[Cayan]* usw. Wir beschäftigten uns mit der Revolution in Vietnam, lasen Bücher dazu. Allgemein waren die Menschen in Dêrsim mehr der CHP *[Republikanische Volkspartei]* zugeneigt. Die Weltanschauung schwankte zwischen der Linken und der CHP-Linken. Was die kurdische Frage betrifft oder unsere eigene kurdische Herkunft, hatten wir kein Bewusstsein. Ganz im Gegenteil war diese Frage von einer tief gehenden Verleugnung geprägt. Dêrsim ist ein Gebiet, in dem die Assimilation sehr intensiv stattgefunden hat. Mit dem Massaker von 1938[1] hat sich das System der Koloni-

1) Dêrsim bilde das wichtigste innenpolitische Problem, erklärte Atatürk anlässlich der Parlamentseröffnung 1936. Dêrsim sollte nur assimiliert existieren oder gar nicht. Als das Gerücht auftauchte, einige Stämme würden einen Aufstand vorbereiten, fasste die türkische Zentralmacht am 4. Mai 1937 den Beschluss zur Durchführung der Operation »Züchtigung und Deportation«. Alevitische Quellen sprechen von 80 000 Toten.

alisierung und damit der Verleugnung in Dêrsim etabliert. Es bestand eine kulturelle Verbundenheit mit dem Alevitentum, aber kein historisches Bewusstsein über die kurdische Frage.

Und wie war das bei Dir persönlich?

Ich war allgemein links eingestellt. Ein Bewusstsein über Kurdistan, die kurdische Geschichte und den kurdischen Entwicklungsprozess entstand bei mir erst, als ich erstmalig mit den FreundInnen im Namen Kurdistans, der kurdischen Bewegung, in Kontakt kam und eine Beziehung zu ihnen ideologisch und organisatorisch aufgenommen habe.

Ich las viel. In Dêrsim gab es auch andere linke Organisationen und es bestand eine gewisse Grundlage, auf der diskutiert wurde, aber diese Organisationen haben mich nicht überzeugt. Das lag nicht daran, dass ich ideologisch so stark gefestigt war, aber an bestimmten grundlegenden Punkten war ich einfach nicht überzeugt. Die PKK hatte sowohl eine psychologische Wirkung auf mich – als ob ich das gefunden hätte, wonach ich gesucht habe – als auch ihre Sichtweise auf bestimmte Themen wie die Revolution, die kurdische Frage waren überzeugend.

Wie hast Du die PKK kennengelernt?

In Dêrsim, als ich auf das Gymnasium ging.

Was waren Deine ersten Eindrücke von der Bewegung? Gab es Schwierigkeiten und wie hat Deine Familie reagiert?

Schwierigkeiten gab es unendlich viele. Auf der einen Seite gab es den Druck meiner Familie, die das Massaker von Dêrsim erlebt hat und allein aus diesem Grund schon dagegen war, dass ihre Tochter irgendwas mit Politik zu tun hat. Die ganze Umgebung war feindlich – Schule, Bekanntenkreis, Gesellschaft, staatliche Institutionen, alles war gegen mich.

Wie hat die Arbeit für Dich ausgesehen, als Du begonnen hast, für die PKK aktiv zu sein?

Die erste Aktivität der PKK bestand aus Lernen – allgemein Philosophie, Dialektik, Materialismus usw. Wir lasen das »ABC des Sozialismus« und »Theorie und Praxis«. Wir beschäftigten uns vor allem mit dem Sozialismus und damit einhergehend auch mit der kurdischen Frage. Meine erste Tätigkeit bei der PKK lag im Bereich der Information und Schulung. Wichtig war uns vor allem, alles, was wir lernten, auch zu verbreiten. Alles, was wir lasen, diskutierten und als richtig befanden, verbreiteten wir sofort in der Schule und dem Bekanntenkreis. »Kurdistan ist eine Kolonie« – diese These war neu und niemand wusste genau, was damit gemeint ist und wo dieses Kurdistan überhaupt liegt, aber alle diskutierten darüber. Das hat uns angesprochen.

Als Du zur Bewegung kamst, gab es da auch schon andere Frauen?

Mein Anschluss an die Bewegung fand zunächst auf ideologischer Ebene statt. Ich bin also nicht sofort von zuhause weggegangen und war irgendwo für die Partei aktiv. Ich hatte Kontakt, aber ich habe noch bei meiner Familie gelebt und ging zur Schule. In meiner Umgebung in Dêrsim gab es natürlich auch Frauen. Wir hatten auch von Fatma[2] gehört, die in Ankara war. Besonders viele Frauen gab es nicht, aber in Dêrsim waren wir eine Gruppe von Freundinnen.

Was ist Deine Erinnerung an Fatma?

Fatma erscheint allen als eine sehr geheimnisumwitterte Person. Sie studierte damals an der Universität. Sie war älter als ich und verfügte über einen anderen Bewusstseinsstand. Sie war mit Abdullah Öcalan in der ersten Gruppe und auch vorher schon in einer linken Gruppe. Sie stammte aus Dêrsim und gab sich geheimnisvoll. Beispielsweise redete sie nicht überall gleich los. Sie hatte sich auf bestimmte Ziele programmiert. Wir anderen waren sehr aufgeregt, unerfahren und redeten ständig über alles und nichts. Sie war das genaue Gegenteil. Sie war viel reifer. Als ich sie das erste Mal traf, wusste ich nur, dass sie die Freundin von Abdullah Öcalan war. Für uns war jeder Genosse und jede Genossin wertvoll. Natürlich weckte Fatma auch mein Interesse, weil sie eine Frau war und eine emotionale Beziehung mit Abdullah Öcalan hatte. Ich wollte sie kennenlernen. 1976 sah ich sie das erste Mal. Als ich dann aus Izmir nach Ankara zurückkehrte, lebten wir eine Weile zusammen. Natürlich sah ich die Sachen damals auch nicht so kritisch. Deshalb waren ihre Eigenschaften für mich erstrebenswert. Zum Beispiel ihre Art, wenig und gezielt zu reden und sich immer einen offiziellen Anschein zu geben. Alle sag-

2) Fatma, Kesire Yıldırım, war eine der ersten Frauen in der sich neu formierenden PKK. Sie ist alevitische Kurdin aus Depê (Karakoçan). 1977 schloss sie die Medienhochschule in Ankara ab und heiratete Abdullah Öcalan. 1980 trennten sie sich. Yıldırım ging nach Schweden. Die Ehe dauerte aber noch bis 1987 an.

ten über sie, dass sie eiskalt sei. Aber in unserem Alltagsleben war sie nicht so. Sie hatte eine bestimmt Haltung und ging geplant vor, aber im Inneren war sie gar nicht so. Ich brachte sie manchmal so zum Lachen, dass ihr die Tränen kamen. Sie war also gar nicht eiskalt, aber sie achtete sehr auf ihre Wirkung nach außen. Das ist natürlich auch eine interessante Sache. Sie verfügte über Autorität in der Gruppe. Aber beispielsweise legten Abdullah Öcalan und andere in der Gruppe immer viel Wert darauf, mit allen zu diskutieren und zu teilen. Bei Fatma war das nicht so. Sie war dermaßen verschlossen, dass man bei ihr praktisch immer nach einer offenen Tür suchen musste, über die man mit ihr in Kontakt treten konnte.

In der englisch- und deutschsprachigen Literatur über die PKK wird immer behauptet, am Anfang seien keine Frauen dabei gewesen. Vielleicht kannst Du einfach mal ein bisschen über die Frauen vom Beginn erzählen. Wie haben sie sich als Frauen innerhalb der Bewegung eingelebt?

Ganz im Gegenteil wurde von Anfang an innerhalb der Bewegung sehr viel Gewicht auf den Gedanken gelegt, mit den Frauen zu teilen. Auch in der ersten Gruppe, die nach Dêrsim kam, waren Frauen. Frauen waren auch unter den Ersten, die als Kader weiter in andere kurdische Gebiete (Hilvan, Siverek) gegangen sind. Frauen waren auch in verantwortlichen Positionen in den ersten Aktivitäten der Organisation. Es wurde kein Unterschied gemacht. Die Arbeit wurde in Komitees organisiert und es gab auch ein Frauenkomitee.

Handelte es sich bei diesen Frauen überwiegend um gebildete Frauen?

Ja, es waren Intellektuelle, die zumeist von den Universitäten kamen. Ohnehin ist die Organisation aus der Studierendenbewegung heraus entstanden.

Du kennst die Partei schon sehr lange. Haben sich Deiner Meinung nach die Gründe geändert, aus denen sich Frauen der Organisation anschließen?

Bei der Organisation handelte es sich zu Anfang um eine Gruppe, die für den Sozialismus eintrat. Anders als andere Organisationen ging es uns darum, den Sozialismus in kreativer Form auf Kurdistan anzuwenden oder auch Kurdistan im Aufbau des Sozialismus zu verwerten. Das war ein neuer Gedanke, der ein gewisses intellektuelles Niveau erforderte. Auf der ganzen Welt entstanden revolutionäre Organisationen aus den Jugend- und Studierendenbewegungen heraus. Die intellektuelle Jugend stellte dabei die Avantgarde. Mit dem Anwachsen der Bewegung verbreitete sich dieser Gedanke auf weitere Kreise, so dass sich die individuellen Gründe für einen Anschluss natürlich auch geändert haben. Dabei handelt es sich um eine natürliche Entwicklung.

Gab es in der ersten Gruppenphase schon den Gedanken der Frauenbefreiung oder der Überwindung des Feudalismus?

Natürlich, zu den Zielen der Bewegung gehörten neben Sozialismus und Unabhängigkeit auch Geschlechtergleichheit und Frauenbefreiung. Die These, dass es ohne Frauenbefreiung keine nationale Befreiung geben kann, gab es schon und ihr wurde Wert beigemessen. Es bestand ein gewisses Bewusstsein darüber, dass Frauen eine Rolle nicht als Ersatz, sondern als eine grundlegende Kraft spielen müssten. Aber die tiefen Widersprüche in der Gesellschaft waren noch nicht klar benannt – weder das feudale Verständnis von Männern noch das Sklavinnendenken von Frauen. Das Ziel war es, ein nationales Bewusstsein zu erwecken. Die anderen Ziele waren darin eingebettet. Es gab einen besonderen Blick auf die Frauenfrage, aber das heute bestehende Bewusstsein gab es damals natürlich noch nicht.

In der ersten Kerngruppe wurde die Frauenfrage ernst genommen. Bei Einzelnen war das nicht so, aber das hatte nicht so viel Gewicht. In der Gruppe waren Frauen und Männer gleichberechtigt.

Kannst Du die Praxis aus der ersten Zeit beschreiben?

Die erste Praxis bestand darin, der Ideologie Bedeutung beizumessen, sich als Individuum ideologisch auszurüsten, das eigene Bildungs- und Bewusstseinsniveau weiter zu entwickeln. Damit einhergehend ging es darum, die Ideologie zu verbreiten und dabei offen, aufrichtig und selbstlos zu sein und alles für die Sache zu geben. Konspirativität war wichtig, Disziplin, eine entschlossene Haltung in Theorie und Praxis, eine bescheidene Lebensweise. Das waren auch die Dinge, die mich an der Gruppe am stärksten beeindruckten. Die FreundInnen gingen zur Universität oder bildeten sich selbst und arbeiteten gleichzeitig für ihren Lebensunterhalt. Alles an ihnen war anders und etwas Besonderes. Es waren Persönlichkeiten, die ihr Leben der Revolution widmeten. Es gab viele linke Orga-

nisationen, aber diese Gruppe war anders. Das war das Bild, das in der Bevölkerung bestand.

Zunehmend wurde auch Frauenarbeit gemacht. Es gab verschiedene Komitees, Frauen, Propaganda und Agitation, Organisierung, Bildung.

Wie ging Deine persönliche Geschichte dann weiter?

In dieser Zeit bekam ich viel Druck von meiner Familie und lief von zuhause weg.



Sakine Cansız in der Mahsum-Korkmaz-Akademie in der Bekaa-Ebene Foto: ANF

Ich war gerade 18 geworden. Ich ging nach Ankara und Izmir. In Ankara sah ich 1978 das erste Mal Abdullah Öcalan und auch Fatma und einen Teil der Gruppe. In Izmir habe ich in einer Fabrik gearbeitet, auch um meine Familie zu beruhigen. Das Buch »Erinnerungen einer bulgarischen Partisanin« der Revolutionärin Mitka Grabceva beeindruckte mich sehr. Es gab auch einen gewerkschaftlichen Kampf.

Von 1976 bis Anfang 77 war ich in Izmir. Dort wurde ich auch das erste Mal verhaftet. In der Zeit in Izmir stellten wir uns als Revolutionäre Kurdistans vor. Es war die Zeit der ideologischen Gruppe, die Kurdistan als eine Kolonie bezeichnete und daran glaubte, dass ein Kampf für Demokratie in Kurdistan geführt werden muss. Wir waren als SympathisantInnen dieser Idee dort.

Wir arbeiteten alle, um unseren Lebensunterhalt zu sichern. Bei der Arbeit in der Fabrik ging es vor allem um den gewerkschaftlichen Kampf. Weil wir sehr unerfahren waren, wurden wir häufig entlassen. Ich hätte auch woanders arbeiten können, aber ich zog die Fabrik vor. In der Fabrik arbeitete ich mit daran, die Arbeiterinnen zu organisieren. Es ging darum, als Alternative zu den dem Staat, den Arbeitgebern nahestehenden Gewerkschaften neue Organisationsformen aufzubauen. Damals gab es schon den Gewerkschaftsverband DİSK und die Gewerkschaft Tekstil-Iş. Wir wollten in diese Gewerkschaften gehen, aber dabei strebten wir an, unsere Vertreterinnen selbst zu wählen. In der Fabrik, in der wir arbeiteten, machten wir Propaganda in diese Richtung. Deshalb wurden wir aus vielen Fabriken hinausgeworfen. Wir waren sehr unerfahren in den Bereichen Propaganda und Organisierung. Deshalb wurden wir schnell aufgedeckt. In der letzten Fabrik, die in Anteilen auch Deutschen gehörte, traten wir in den Widerstand und wurden mit 75 ArbeiterInnen entlassen. Daraufhin machten wir einen Hungerstreik und wurden schließlich verhaftet. Ich blieb dreieinhalb Monate im Gefängnis. Direkt nach meiner Haftentlassung ging ich über Ankara nach Kurdistan, nach Elazîz (Elazığ), wo ich weiter arbeitete. In Elazîz (Elazığ) war ich in der Gebietsleitung. Wir arbeiteten wieder in Komitees, Frauen, Propaganda und Agitation, Organisierung, Jugend, Gewerbetreibende. Wir weiteten unsere Kontakte aus. Einzelne von uns waren für bestimmte Gesellschaftsgruppen zuständig. Es war noch nicht so wie heute, wo es für alles eine eigene Organisierung gibt. Innerhalb der Gruppe gab es eine Arbeitsteilung.

Sind von den Frauen, die damals mit dabei waren, immer noch welche aktiv?

Aus unserer Frauengruppe damals in Dêrsim leben beispielsweise welche hier in Europa. Sie sind inzwischen verheiratet und haben Kinder, aber sie arbeiten immer noch in den Orten, in denen sie leben, in Komitees etc. Die meisten haben in der Zeit nach dem Militärputsch vom 12. September 1980 den Kontakt zur Organisation verloren. Manche sind ins Gefängnis gekommen und haben geheiratet, als sie wieder rausge-

kommen sind. Die Beziehung zur Organisation hat sich damit verändert.

Unsere erste Frauenversammlung, die Abdullah Öcalan geleitet hat, hat 1977 in Dêrsim stattgefunden. 1978 haben wir in Elazîz eine Frauenversammlung mit 75–80 jungen Mädchen abgehalten. Es waren Sympathisantinnen, die ein Interesse an der Bewegung hatten. Wir haben Schulungen mit ihnen gemacht.

Dein Weg war für die damalige Zeit für eine junge kurdische Frau recht ungewöhnlich. Wie haben Deine Umgebung, Dein Heimatdorf und die Familie reagiert?

Sie hatten Angst. Die Entschlossenheit und Überzeugung in der ersten Gruppe hat bei den Familien den Wunsch hervorgerufen, ihre Kinder hätten sich doch lieber einer anderen Organisation anschließen mögen und nicht dieser, die eine so beharrliche Entschlossenheit zeigte. Andererseits fingen die Menschen trotz ihrer Angst an, an diese Gruppe zu glauben. Sie hatte eine magische Anziehungskraft. Es war wirklich sehr schwer in jener Zeit. Ich möchte ein Beispiel geben. Wenn wir unsere Schulungen gemacht haben, konnten wir das nur abends oder nachts machen. Tagsüber ging das nicht, weil der Druck so groß war. Wir zogen uns wie Jungen an, setzten Mützen auf und benutzten nur Nebenstraßen. Wir wechselten ständig den Ort und trafen uns nur für zwei Stunden. Die ganze Zeit hatten wir Herzklopfen, weil wir Angst hatten, dass uns jemand sehen könnte oder dass unsere Eltern uns bei der Rückkehr erwischen könnten. Ich kletterte durch ein Fenster oder über den Balkon wieder ins Haus und legte mich ins Bett, und morgens stand ich wieder auf und ging zur Schule. Aber darin lag auch ein besonderer Reiz. Ich habe mich niemals darüber beklagt. Gleichzeitig entstand Selbstvertrauen dadurch, dass ich etwas tat, was meine Familie als sehr bedenklich ansah. Ich lernte dadurch, auf eigenen Füßen zu stehen. Etwas zu tun, was niemand sich traute, schuf Selbstvertrauen. So war das auch in den Familien. Sie begriffen, dass wir nichts Schlechtes taten, sondern etwas Gefährliches. Diesen Unterschied konnten sie sehen.

Wenn wir politische Bücher lasen, dann legten wir sie in Schulbücher, damit unsere Familien nichts bemerkten. Denn wenn sie uns dabei erwischt haben, warfen sie die Bücher in den Ofen und verbrannten sie. Auf der einen Seite gab es den Druck von Staat und Polizei und auf der anderen Seite den der Familie.

Gab es in der ersten Gruppe ausschließlich kurdische Frauen oder waren damals auch schon türkische oder andere Frauen dabei?

1978 waren schon Meral Kıdır und auch andere türkische Frauen dabei. Sie schlossen sich aus den Universitäten der Organisation an.

Mit welchen Zielen haben sich die türkischen Frauen damals angeschlossen?

Bereits in der ersten Gruppenphase hatte die Organisation einen internationalistischen Charakter. Haki Karer, Kemal Pir waren als Internationalisten von Anfang an dabei. Es war klar, dass eine Freiheit des türkischen Volkes ohne die Befreiung des kurdischen Volkes nicht möglich sei. Die Bewegung war allen offen, die revolutionär für Freiheit kämpfen wollten. So war der ideologische und organisatorische Aufbau. Es gehörte zu den grundlegenden ideologischen Prinzipien, gegen den Vulgärnationalismus zu kämpfen. Da wurde kein Unterschied bei der ethnischen Zugehörigkeit gemacht. Wir kämpften ideologisch gegen andere prokurdische Gruppen wie KUK[3] und DDKD[4], die wir als vulgärnationalistisch betrachteten. Die DDKD hängte beispielsweise in ihrem Verein ein Schild auf, auf dem stand: Eintritt verboten für Personen, die kein Kurdisch sprechen. Das war 1976. Also konnten auch keine KurdInnen dort rein, die kein Kurdisch konnten. TürkInnen konnten sowieso nicht rein. Durch ihren primitiven Nationalismus hielten sie ihre Organisationen von Anfang an begrenzt. Bei uns spielte natürlich auch der Sozialismus eine große Rolle.

Dann würde ich jetzt gerne zurück zu Deiner persönlichen Geschichte kommen. Wie ging es für Dich weiter?

Ende 77 ging ich nach Elazîz, dann war ich in Cewlig (Bingöl) aktiv. Von dort aus bin ich wieder nach Elazîz gegangen. Manchmal fuhr ich auch nach Dêrsim.

---

3) Die KUK (Kurdistan Ulusal Kurtuluşçulari, Partisanen der Nationalen Befreiung Kurdistans) ging aus einer abgespaltenen Gruppe der PDK 1977 hervor, die der PDK Konservativität und zu enge Beziehungen zur Barzani-Familie vorwarf. Ihre ideologische Haltung war marxistsch-leninistisch und prosowjetisch, sie kritisierte die türkische Linke sowie den Kemalismus stark. Auch sie spaltete sich nach einer Zeit in zwei Lager auf. (Quelle: Kuridica)

4) DDKD (Devrimci Doğu Kültür Dernekleri, Revolutionäre Ost-Kulturvereine) reformistische kurdische Organisation in den 1970er Jahren.

1978 nahm ich am Gründungskongress *[der PKK]* in Elazîz teil. Unsere Arbeitsweise veränderte sich langsam von einer amateurhaften zu einer professionellen. Die Organisation wuchs quantitativ an. Die Arbeit verbesserte sich qualitativ. Zunehmend wurde aus der Jugendbewegung eine Massenbewegung. Die Bewegung wurde immer mehr zu einer politischen Kraft, die sowohl die Aufmerksamkeit der Massen als auch die des Staates auf sich zog. In Elazîz, Cewlig und später in Gurgum (Maraş) kam es zu gewalttätigen Konflikten mit faschistischen Gruppierungen. Damit wurde die organisationsinterne Verantwortung schwerer. Wir mussten vorsichtiger sein und organisierter vorgehen. Auf dem Kongress und auch hinterher wurde viel darüber diskutiert, wie wir weiter vorgehen wollen. Ich möchte an diesem Punkt noch etwas sagen, was ich wichtig finde, aber worüber in der Geschichtsschreibung der Bewegung nicht viel berichtet wird. Das betrifft den Frauenstandpunkt. Nach dem Kongress kam der Gedanke einer frauenspezifischen Organisierung auf. Im April 1979 wurde eine solche Arbeit vorgeschlagen. Es wurde sogar ein Komitee dafür gegründet und geplant, Untersuchungen über die Situation von Frauen in Kurdistan, Stammesbeziehungen, feudale Strukturen etc. zu machen. Dann hat eine Rundreise durch mehrere Orte (Siverek, Maden, Depê ...) stattgefunden, um Erhebungen über diese Themen zu machen. Es wurden Texte dazu geschrieben und Schulungen darüber abgehalten, wie die Lage von Frauen in der Gesellschaft ist und mit welchen Problemen sie konfrontiert sind. Unsere Methode dabei war vielleicht unzureichend, aber der Wille zu einer solchen Arbeit war vorhanden.

Aber es war eine sehr, sehr schöne Zeit. In Cewlig war ich ein halbes Jahr tagsüber immer in der Wohnung und nachts unterwegs. Wir haben mit drei Mädchen angefangen. Eine davon war sehr religiös. Wir diskutierten über Philosophie, Dialektik und Materialismus und sie fastete, weil Ramadan war. Sie wurde fast verrückt, weil sie sich immer fragte, ob es Gott nun gibt oder nicht. Sie flehte Gott an, ihr als Beweis im Traum zu erscheinen, falls es ihn gebe. Aber wir haben sie nicht abgetan, so nach dem Motto »ach die ist religiös«.

Wie viele Personen waren am ersten Kongress beteiligt und wie viele davon waren Frauen?

Von 23 Personen waren zwei Frauen. *[Kesire Yıldırım und Sakine Cansız]*

Den Kongress bereiteten wir in Elazîz vor. Unsere Arbeit hatte sich weiterentwickelt. 1977 kam der Vorsitzende. Seine erste Rede hielt er in einem Dorf in der Provinz Elazîz. Damit entwickelten wir uns sowohl quantitativ als auch qualitativ weiter. Diese Entwicklung führte dazu, dass der Staat auf uns aufmerksam wurde. Wir wurden entlarvt, vor allem nach dem Kongress, weil sich unsere Arbeit im organisatorischen Sinne entwickelt hatte. Wir wurden immer professioneller. Dann fanden Operationen statt, bei denen einige gefasst wurden, von denen wiederum einige nicht standhalten konnten. Daraufhin fanden Razzien statt, so auch in der Wohnung, in der ich mich aufhielt. Wir waren zu dritt in dieser Wohnung und wurden festgenommen. Das war im Mai 1979.

Wie kam es, dass Du nach dem Gefängnis direkt zur Guerilla gegangen bist?

Nachdem ich aus der Haft entlassen worden war, wollte ich sofort in die Berge gehen, aber der Vorsitzende schlug mir vor, ich sollte meine Legalität eine Zeitlang nutzen, um einige FreundInnen und Familien von Gefallenen zu besuchen. Zu jener Zeit gab es die HEP[5] im legalen Bereich und die Pressearbeit. Wir arbeiteten außerdem daran, einen Frauenverein in Istanbul zu gründen. Ich war in Amed, Dêrsim, Ankara und an weiteren Orten und versuchte, die legale Arbeit zu begreifen und dazu beizutragen. Mit einer Gruppe Freundinnen arbeiteten wir an einem Programm und einer Satzung für den Frauenverein, den wir gründen wollten. Wir bauten Beziehungen zu verschiedenen Frauenorganisationen auf, zu feministischen Gruppen und einzelnen Frauen, die aus der türkischen Linken kamen. Wir wollten von ihren Erfahrungen profitieren. Nach knapp vier Monaten im legalen Bereich ging ich von Europa über den Libanon, wo ich beim Vorsitzenden war und wo noch eine Gefangenen-Konferenz stattfand, Anfang 1991 zur Guerilla.

Wie hoch war der Anteil der Frauen an der Akademie?

Es waren über hundert Frauen. Erstmalig gab es auch eine eigene Organisierung dort. Es gab eine allgemeine Leitung, aber auch eine Frauenleitung. In den Diskussionen ging es um die Situation von Frauen und ihre Unorganisiertheit. Im Krieg hatte es viele Probleme damit gegeben. Es war ein bestimmtes Potential vorhanden, das sich aber im Kampf nicht gut zum Ausdruck bringen konnte. Es fehlte an Willensstärke, Durchhaltevermögen. Wir hatten Probleme, die Initiative zu ergreifen. Bei einigen Führungsmitgliedern war es sogar so, dass sie nur formal die Leitung innehatten, nur symbolisch. Darüber

5) (HEP, Halkın Emek Partısı). Die erste prokurdische Partei (199–93), die auch politisch arbeiten konnte. Einige ihrer PolitikerInnen, unter ihnen Leyla Zana, Hatip Dicle, Orhan Doğan, Selim Sadak und Ahmet Türk, konnten 1991 auf Listenplätzen der Sozialdemokratischen Partei (SHP, Sosyaldemokrat Halk Partısı) in das Parlament einziehen.

wurde viel diskutiert, wie das überwunden werden kann, wie Frauen ihre eigene Stärke entdecken und einsetzen können. In den Bergen gab es gleichzeitig den Versuch, eine Fraueneinheit zu gründen. Der Vorsitzende brachte in Dialogen mit uns oft die Sprache auf die Möglichkeit, eine Frauenkonferenz oder einen Frauenkongress durchzuführen. Dabei ging es um die Frage, ob wir Frauen unsere eigene Organisierung schaffen können. In dieser Zeit wurde auch in Europa die YAJK[6] gegründet. Überall traten die gleichen Probleme auf. Der Wille, die Absicht waren vorhanden, aber die Kapazität reichte noch nicht aus.

Ich vermute, dass sich die Sozialstruktur der Guerilla im Laufe der Jahre stark geändert hat. Wie war das Szenario, auf das Du nach den Jahren im Gefängnis bei der Guerilla gestoßen bist?

Als ich ins Gefängnis kam, befanden wir uns noch in der Phase der ideologischen Gruppe, wo mit einer sehr begrenzten Anzahl an Kadern gearbeitet wurde. Wir führten auch Basisarbeit durch, aber wir waren noch sehr wenige. Die meisten von uns kamen aus der Studierendenbewegung. Nach all den Jahren im Gefängnis hatte sich natürlich viel geändert. Anschlüsse an die Bewegung fanden aus allen Bevölkerungsschichten statt. Jetzt kamen viele auch aus den Dörfern. Es waren AnalphabetInnen darunter und welche, die studiert hatten. Die verschiedensten Berufsgruppen waren genauso vertreten wie Menschen, die gar keinen Beruf erlernt hatten. Die Zusammensetzung war ganz anders als früher. Bevor ich ins Gefängnis kam, diskutierten wir theoretisch darüber, wie sich ein Guerillakampf entwickelt, welches Gebiet Kurdistans dafür am besten geeignet ist usw. Wir träumten davon, uns eine Waffe umzuhängen und durch die Berge zu laufen. Als ich dann dort war, hatte ich körperlich kaum Schwierigkeiten, aber die soziokulturelle Zusammensetzung war sehr anders als früher. Es wurde viel diskutiert, es fanden auch Schulungen statt. Es war sehr faszinierend. Bei der Guerilla handelt es sich um eine militärische Struktur. Militär ist immer Männersache gewesen. Diese Denkweise war vorherrschend. Vor allem in der Art und Weise der Leitung, der Organisation, war eine patriarchale Herangehensweise vorherrschend. Frauen waren zwar sehr aktiv, waren selbstlos, haben alles gemacht, aber in der Leitung der Organisation waren sie kaum sichtbar. Das war schwierig für uns alle. Wir haben viel diskutiert, es gab auch Streit. Das Problem war, dass Frauen immer noch als eine Art Ersatzsoldatinnen betrachtet wurden. Dieses Problem ließ sich nicht so einfach aus der Welt schaffen.

6) YAJK: Yekîtiya Azadiya Jinên Kurdistan: Verband der Freiheit der Frauen Kurdistans, ging 1995 auf dem 1. nationalen Frauenkongress aus YJWK und TAJK hervor. Beginn der eigenständigen Frauenorganisierung mit dem Aufbau der Frauenarmee. 1999 wurde daraus die Frauenpartei PJKK entwickelt.

Wo warst Du zunächst, wie hast Du den Südkrieg[7] erlebt?

Ich ging als Erstes nach Haftanin, das zwischen dem Norden und dem Süden liegt. Es gab dort vier Lager. Es war Winter, es fanden Schulungen statt, ideologisch und militärisch. Im Süden gab es Probleme. Dort war die PAK[8] aktiv, sie bestand überwiegend aus FreundInnen aus dem Süden, die in der Volksarbeit tätig waren. Sie waren illegal, aber sie arbeiteten trotzdem. PDK und YNK behinderten unsere Arbeit, versuchten die Logistik zu stören usw. Im Winter wurde unser Lager bombardiert, das wussten sie natürlich. Die Bombardierung dauerte tagelang an. Wir machten unsere Schulungen unter sehr schweren Bedingungen, in Höhlen, oft lagen wir auch in den Stellungen. 1992 wurde die Haltung der PDK eindeutiger. Unsere Milizen wurden verhaftet, manchmal fanden Operationen statt, bei denen die Dorfschützer aus dem Norden eingesetzt wurden. Operationsvorbereitungen waren spürbar, auch in der Beziehung zu den Südkräften. Wir waren bereit, uns zu verteidigen, wenn wir angegriffen werden, aber unser eigentliches Ziel war, die Bevölkerung im Süden zu erreichen, uns im Süden zu organisieren. Eine gewisse Entwicklung in dieser Hinsicht fand statt, aber es wurden auch Fehler gemacht. 1992 wurden einige Patrioten ermordet, einige Milizen erschossen. Später begann die Operation. Ich war in Metina zu dieser Zeit. Unser Hauptquartier war dort. Wir arbeiteten an der Gründung eines Nationalrates. Aus verschiedenen Gebieten, auch aus Europa, waren gewählte Delegierte gekommen, um diesen Rat zu gründen. Es fanden Vorbereitungen statt. Dieser Rat sollte auch im Süden eine Rolle spielen. Wir versuchten, die Südkräfte von einem Angriff abzubringen, aber sie ließen sich nicht darauf ein. Sie setzten auf Provokation und Repression. So fing der Südkrieg an. Er war sehr intensiv. Die Südkräfte wurden von Dorfschützern aus dem Norden unterstützt. Es fanden Luftangriffe statt, bei denen britische und israelische Piloten eingesetzt wurden. Die Angriffe aus der Luft und auf dem Boden dauerten in aller Heftigkeit 50 Tage an. Jeden Tag gab es mindestens drei Angriffe auf denselben Punkt. Es gab viele neue FreundInnen, die sehr heldenhaft Widerstand geleistet haben. Die Gefechte waren überall sehr heftig. Insbesondere in Xakurke und in der Person Osmans *[Öcalan]* herrschte eine Herangehensweise, die den Südkräften etwas näherstand. Darauf muss ich jetzt wohl nicht näher eingehen.[9]

7) Südkrieg: Türkische Militäroperationen gegen PKK im Nordirak gemeinsam mit YNK und PDK 4.10.–12.11.1992.

8) 1992 gründete die PKK einen Südkurdistan-Flügel, die PAK (Partiya Azadiya Kurdistan - Freiheitspartei Kurdistans).

9) Osman Öcalan versuchte Zugeständnisse an die imperialistischen Kräfte, die den Südkrieg initiiert hatten, zu machen. Er verhandelte hinter dem Rücken der Parteiführung mit YNK und PDK.

Mich interessiert vor allem, wie die Frauen mit dieser Situation klargekommen sind. Es gab ja verursacht durch die Serhildans (Volksaufstände) auch sehr viele neue Frauen. Was hat der Südkrieg für sie verändert?

Das stimmt. 1992 schlossen sich sehr viele Frauen an. In Botan und im Süden gab es 700–800 Frauen. Die Gesamtzahl an Frauen in allen Gebieten war 1993 3000. Nach dem Südkrieg versammelten wir uns in Zele. Im Krieg beteiligten sich Frauen überall und an vorderster Front. Es gab auch Kommandantinnen, wie z. B. Azime Varto, Berivan. Sie spielte eine große Rolle an der Front im Südkrieg. In Xakurke spielte Gülnaz Karataş, Beritan, eine große Rolle. Im Krieg waren Frauen überall beteiligt, in Gefechten, in der Kommandantur, in der Logistik usw. Das hatte einen großen Einfluss. Vorher war mehr die Haltung vorherrschend, dass Frauen eine Last darstellen. Die steigende Anzahl von Frauen bei der Guerilla hatte vorher mehr für Unruhe gesorgt. Aber durch die Aktivität und den geleisteten Widerstand im Südkrieg änderte sich das. Frauen waren sehr prägend im Südkrieg.

Wie lange warst Du bei der Guerilla?

Von 1991 bis 1998, dann war ich ein Jahr in Europa, dann wieder bei der Guerilla, bis ich 2005 wieder nach Europa gekommen bin.

Womit haben sich Frauen bei der Guerilla am stärksten identifiziert, mit dem Sozialismus, mit dem Vorsitzenden, mit den Gefallenen? Inwiefern hat in dieser Identifikation eine Entwicklung stattgefunden?

Das kam alles zusammen. Es waren die Gedanken des Vorsitzenden, nicht als eines Individuums, sondern seine Gedanken zur Freiheit waren wichtig, ebenso seine Haltung gegenüber der Frauenfrage. Die Gefallenen sind für diese Philosophie, diese Gedanken gefallen. Die Berge waren das wichtigste Gebiet für die Umsetzung dieser Philosophie. Es waren Gebiete der Freiheit. Für die Frauen waren alle anderen Gebiete einschließlich der Familie Gebiete, in denen ihre Freiheit eingeschränkt wurde. Familie, Schule, soziale Umgebung, falls vorhanden der Ehemann – alles bedeutete eine Einschränkung für Frauen, überall waren Grenzen. Aber die Berge waren anders. Hier galt, dass Frauen aus eigenem Willen, auf eigenen Entschluss ihr Leben begründeten. Hier fand der Kampf mit der Natur statt, hier griff der Feind an, hier wurde gegen Dunkelheit, Kälte, Schnee, Schlamm, Hitze gekämpft. Gleichzeitig wurde unter schwersten Bedingungen gegen patriarchale Denkweisen gekämpft. Es fand auch ein Kampf dafür statt, die Kampfmittel richtig einzusetzen. Gleichzeitig kämpften Frauen mit sich selbst, mit der eigenen Realität, mit physischen Schwierigkeiten, die mehr aus psychischen Problemen herrührten. Wenn man sich irgendwo zugehörig fühlt und psychisch und geistig voll dabei ist, kann man auch die physischen Schwierigkeiten überwinden. Wenn das nicht der Fall ist, hat man auch im größten Luxusleben Schwierigkeiten. Frauen arbeiteten daran, sich physisch und geistig zu stärken, sich selbst die notwendigen Fähigkeiten anzueignen. Die Berge sind ein sehr geeignetes Gebiet für einen solchen Kampf, wenn man den richtigen Blickwinkel dafür hat. Wer das Dasein in den Bergen als sinnlos betrachtete und die Freiheit nicht als erstrebenswerte Lebensweise ansah, hatte natürlich auch große Probleme. Natürlich waren wir nicht in den Bergen, weil wir das unbedingt wollten, sondern weil es notwendig war. Es war für uns eine Kampfbasis. Wir gingen in die Berge, um Freiheit zu erlangen.

In der Zeit, in der Du bei der Guerilla warst, sind auch die ersten Fraueneinheiten und später die Frauenarmee gegründet worden. Was war der Anstoß dafür?

Natürlich wollten wir als Frauen aus dieser Position heraus, lediglich ein Potential darzustellen. Wir wollten mehr Einfluss haben, denn wir sahen, dass viele Probleme aus dieser Position heraus entstanden. Wir begriffen, dass wir unsere Probleme nicht nur über Selbstlosigkeit und Opferbereitschaft lösen können. Wenn wir in den Bergen sind, wenn wir für Freiheit kämpfen, dann müssen wir lernen, uns selbst zu führen und unsere Probleme selbst zu lösen. Darüber wurde viel diskutiert. Es gab bereits verschiedene Versuche, Fraueneinheiten zu gründen, also Takims *[Züge]*, die sich unabhängig bewegten. Das ging nur bis zu einem bestimmten Punkt, dann wurden sie wieder mit gemischten Einheiten zusammengebracht. Es waren keine langfristigen Versuche. 1992, nach dem Südkrieg, fand in Zele ein Frauenkongress statt. Dadurch entstand eine intensive Diskussion. Es gab sehr viele Mängel. Es gab Versuche von Männern, den Verlauf des Kongresses zu beeinflussen. Das war ein harter Kampf. Zum Beispiel wurden im Gebiet Amed Frauen aus der Armee geworfen. Es hieß, Frauen haben in der Armee, im Krieg nichts zu suchen, sie sollen in die Volksarbeit gehen. Es wurde versucht, Frauen aus den Bergen, aus dem Bereich der Freiheit zu entfernen. In Zele herrschte eine andere Logik. Dort wurde über Frauen Politik gemacht. Es wurde versucht, Frauen auf die eigene Seite zu ziehen und damit die eigene Macht zu stärken. Auf dem Kongress entwickelte sich eine bestimmte Diskussion, aber sie reichte nicht aus. 1993 wurden die Freien Fraueneinheiten gegründet. Zuvor wurden

Gleichberechtigungskomitees gegründet. Das Ziel war, in allen Entscheidungsorganen Frauen und Männer in gleicher Anzahl zu haben. Normalerweise waren Männer in großer Überzahl. Entscheidungen wurden von Männern getroffen. Die männliche Herangehensweise stand immer im Vordergrund, egal worum es ging. Die Gleichberechtigungskomitees sollten das verhindern. Sie dienten auch dazu, eine Diskussion darüber in Gang zu bringen. Diese Diskussion entwickelte sich positiv, aber es gab sowohl von Männern als auch von Frauen negative Haltungen dazu. Manche machten Witze darüber. Aber eine Diskussion entstand. Wir begriffen, dass wir diese patriarchale Denkweise nicht nur über Kritik ändern können, sondern auch entsprechende Mechanismen dafür finden müssen. Als sich 1991 die Freien Laueneinheiten formierten, war das Anlass zu großer Freude bei den Frauen. Viele hatten aber auch Zweifel, ob wir es ohne Männer schaffen können, ob unsere Stärke und Erfahrung ausreicht. Wichtiger aber war, dass wir diese Einheiten gründeten und unsere Leitung selbst wählten, unsere Lager selbst herrichteten, für unsere Logistik sorgten, unsere eigenen Schulungen abhielten, unsere Probleme selbst lösten usw. Natürlich gab es auch hierbei Kapazitätsprobleme. Schwäche in Leitung, Theorie und Praxis traten in den Persönlichkeiten einiger Frauen zum Vorschein. Mit dem Kongress ist dennoch die Grundlage dafür geschaffen worden, dass die Freie Frauenbewegung entstehen konnte, weil ein gewisses Diskussionsniveau geschaffen und wichtige Erfahrungen gemacht wurden.

Auf diesem Kongress wurde doch auch die TAJK gegründet?

Ja. Allein in Zele gab es sieben Frauen-Taburs *[Bataillone]*.

Wie war die Arbeitsteilung bei der Guerilla? Gab es Arbeiten, die nur von Frauen verrichtet wurden? Gab es typische Männeraufgaben, und wie hat sich das im Laufe der Jahre geändert?

Ganz allgemein gab es in der Herangehensweise der Organisation niemals Arbeiten, die nur Frauen oder nur Männern zugesprochen wurden. Das war ohnehin der Punkt mit der größten Anziehungskraft, der uns zur Organisation hinzog. Frauen existierten mit ihrem Potential, ihrer Kraft, ihrem Willen. In der Partei galt, dass Frauen deshalb auch überall arbeiten können. Aber natürlich gibt es auch Eigenschaften, die aus der Gesellschaft, aus der Geschichte kamen. Sowohl Männer als auch Frauen sahen bestimmte Arbeitsfelder als ihnen zugehörig an. Dadurch entstanden natürlich auch Widersprüche. Es war schon so, dass Frauen in der alltäglichen Arbeit großen Einsatz gezeigt haben. Es gab viele Frauen, die als einfache Kämpferin höchst selbstlos waren, aber nicht Kommandantin werden wollten. Sie wollten die schwersten Waffen tragen, egal ob sie körperlich dazu geeignet waren oder nicht. Das war wie ein plumper Wettbewerb mit den Männern, auch beim Lastentragen. Wenn z. B. ein Mann sich einen Sack Mehl nahm, musste die Frau auch unbedingt einen ganzen Sack tragen. Wenn sie es nicht tat, bekam sie das auch von dem Mann zu spüren. Auch darüber wurde viel diskutiert. Es wurde zum Thema in Schulungen, dass wir für die Freiheit miteinander wetteifern und nicht darum, wer mehr tragen kann. Die Stärke einer Frau liegt nicht in ihrer physischen Kraft. Wir begannen, diese in der Gesellschaft herrschende Logik bewusst abzulehnen. Aber mit der Gründung der Freien Laueneinheiten steigerten sich auch unsere Fähigkeiten, beispielsweise die Umgebung zu erkunden und zu kontrollieren, Aufklärung, militärische Professionalisierung, das Wissen darüber, wie eine Aktion mit möglichst wenig Verlusten durchgeführt wird. Unser Interesse an solchen Dingen wuchs. Es ging uns nicht mehr darum, im militärischen Krieg stark zu sein, sondern auch über Schulungen, Wissen und Bewusstsein an Stärke zu gewinnen. Wir fingen an, unsere Körper anders wahrzunehmen. Wenn man eine Last trägt, die zu schwer ist, macht sich das körperlich bemerkbar. Uns wurde klar, dass das nicht das Ziel sein kann und dass wir damit nichts gewinnen können. Dieses Bewusstsein erlangten wir in jener Zeit als Frauen in den Laueneinheiten. Die Anwesenheit von Frauen bei der Guerilla hatte außerdem noch den Effekt, die potentiell stets vorhandene Gewaltbereitschaft von Männern zu brechen. Die Besonderheit der Guerilla war die Anwesenheit von Frauen. Dadurch wurde die Guerillaarmee zu einer Volksarmee, die für Freiheit und Demokratie kämpft. Armeen sind im Allgemeinen grausam. Durch die Frauen wurde das gemildert. Armeen sind machtkonzentrierte Strukturen. Die Frauen brachten einen Ausgleich in die Guerilla.

Gab es die organisationsinternen Mechanismen wie Kritik/Selbstkritik von Anfang an oder ist das erst irgendwann eingeführt worden?

Jede Organisation hat ihre eigenen Regeln betreffend Disziplin und Funktionsweise. Bei uns lief das nie über festgeschriebene Regeln, sondern über ethische Maßstäbe, über Selbstvertrauen und Selbstdisziplinierung. Ein Parteimitglied oder -sympathisantIn wusste, worauf man im Umgang mit der Bevölkerung, mit der Organisation, mit den Werten achten musste. Es ging nicht um Regeln, sondern um eine Lebensweise, die angenommen wurde. Disziplinarausschüsse gab es nicht. Es wurde kritisiert, aber in passender Form und mit gewählten Worten, damit der Kritisierte das nicht falsch ver-



steht und nicht blamiert wird. Es ging darum, durch Kritik zu stärken und zu verbessern. Mit der Zeit, mit dem Wachsen der Organisation wuchsen auch die Probleme. Dadurch musste auch in der Lösungsfindung eine Veränderung stattfinden. So entstanden bestimmte Regeln, die teilweise aber sehr eigen interpretiert wurden, wodurch es wiederum zu sehr extremen Herangehensweisen kam, beispielsweise in den Mechanismen Kritik/Selbstkritik, Ermittlungsverfahren etc. Hierbei ist es zu vielen Fehlern gekommen. Beispielsweise sind Frauen oft anders beurteilt worden als Männer. Oft stand eine patriarchale Denkweise im Vordergrund. Das geschah meistens gar nicht bewusst. Aber Frauen galten oft als die potentiell Schuldigen. Es kam immer wieder vor und es wurde immer wieder kritisiert und hinterfragt. Der Mechanismus Kritik/Selbstkritik ist zu einer Kampfform geworden, durch die wir existieren. In dieser Hinsicht sind wir eine sehr mutige Organisation.

Hat es das Verbot von Heirat und Liebesbeziehungen schon immer gegeben? Wie hast Du das empfunden und wie denkst Du heute darüber?

Von einem Verbot kann man nicht sprechen. In der ersten Gruppenphase ging es darum, das nationale Problem zu verstehen, Methoden zu finden, es zu lösen, und eine dementsprechende Organisierung zu schaffen. Die kurdische Frage, das kurdische Phänomen war aus der Geschichte so gut wie gelöscht. Das stand im Vordergrund. Wir widmeten uns dieser Frage auf freiwilliger Basis. An etwas anderes dachten wir nicht. Wir waren auch noch nicht so weit, beispielsweise die Familie, Männerrolle, Frauenrolle usw. zu hinterfragen. Natürlich war das in Kurdistan nicht einfach. Beispielsweise teilten viele diese Gedanken, aber viele hatten auch Schwierigkeiten damit, das auch zu leben. Es reicht nicht aus, nur zu sagen, dieser Kampf, dieser Gedanke ist richtig, denn du kämpfst gleichzeitig gegen die Familie, gegen das System. Alles spricht gegen dich. Deshalb musst du alles, was du bist, all deine Gedanken und Gefühle, in diesen Kampf stecken. Wenn man das nicht macht, läuft die Arbeit nicht. An der Universität und in linken Kreisen waren Beziehungen und Ehen normal. Wir lebten nicht in einer anderen Welt. Wichtig war für uns, diesen Kampf zu führen. Es war kein Kampf, den man nebenbei führen kann. Deshalb war für uns auch klar, dass eine Beziehung nicht so laufen kann, wie sie innerhalb des Systems geführt wird, denn wir kämpften gegen das System. Beziehungsformen wurden also hinterfragt. Auch der Vorsitzende hatte eine Beziehung mit Fatma. Das fand niemand merkwürdig. Aber die Diskussion lief dahingehend, dass wir sagten, entweder machen wir als klassische Frauen und Männer weiter, oder wir überwinden das. Wichtig war, wie stark sich ein Individuum in den Kampf einbrachte. Es gab kein Beziehungsverbot. Vie-

le von uns waren verheiratet, verlobt oder führten eine Beziehung. Aber mit der Zeit stellten wir fest, dass mit klassischen Beziehungen dieser Kampf nicht zu führen ist. So kam es, dass einige ihre Beziehungen beendeten. Andere setzten sie fort und andere trennten sich von der Organisation, um ihre Beziehungen fortzuführen. Die Kampfbedingungen änderten sich mit der Zeit. In den Bergen, bei der Guerilla war es ohnehin ganz anders. Es gab keinen befreiten Ort, an dem freie Beziehungen hätten geführt werden können. Mit der Vergrößerung der Organisation wurden auch die feudalen Einflüsse aus der Gesellschaft stärker. Ich würde dennoch nicht von einem Verbot sprechen, sondern von dem Versuch, eine neue Form der Beziehung mit neuen Frauen und neuen Männern aufzubauen. Einige sahen den Verzicht auf eine Beziehung auch als vorübergehendes Opfer an. Einige sagten, wir haben jetzt genug Opferbereitschaft gezeigt, es reicht. Meiner Meinung nach ist das keine Denkweise, die auf Befreiung abzielt.

Hattest Du während Deiner Guerillazeit Kontakt zur Bevölkerung, und wie haben die Menschen auf die Kämpferinnen reagiert?

Natürlich hatten wir Kontakt. Vor allem im Süden gab es Dörfer in der Nähe unserer Lager. Einige waren entvölkert, in anderen lebten Menschen. Die Bevölkerung hatte sehr viel Sympathie für die Guerilla. Obwohl es mehrere Kriege im Süden gab, 1992, 1995, und obwohl sehr viel Propaganda gegen uns gemacht wurde, waren die Beziehungen sehr gut. Auch wir lernten davon, denn wir hatten schon einige Vorurteile. Aber sie hatten Sympathie für uns und unterstützten uns. In der Bevölkerung war die Guerilla schon immer so etwas wie eine Legende, eine Kraft, die unter schweren Bedingungen gegen den Feind und für die eigene Nation kämpft. Es gab auch schlimme Erfahrungen. Das Dorfschützer-System wurde installiert und es gab auch in unserem Inneren sehr schlechte, bandenähnliche Verfahrensweisen im Umgang mit den DorfbewohnerInnen. Die Kämpferinnen weckten natürlich ein besonderes Interesse. Manchmal gingen wir mit 200–300 Frauen durch ein Dorf. Es kam auch vor, dass wir ihr Mitleid erweckten, weil sie dachten, was machen diese armen jungen Mädchen hier in den Bergen. Aber diese waren in der Minderheit.

Woran liegt es Deiner Meinung nach, dass bis heute so wenige Frauen als Sprecherinnen der PKK auftreten? *[2006, inzwischen ist die Situation ganz anders]*

Mit der Gründung der Frauenbewegung hat sich in den letzten Jahren der Bewusstseinsgrad entwickelt. Damit ist auch der organisatorische und ideologische Einfluss von Frauen innerhalb der Organisation angestiegen. Natürlich sind wir längst noch nicht da angekommen, wo wir hinwollen. Wir sind noch nicht so weit, dass wir die bestehenden Mechanismen richtig nutzen würden. Aber trotzdem haben sehr wichtige Entwicklungen stattgefunden. In der Leitung haben immer die Männer das Sagen – solche Sätze nutzten wir als Vorwand, um unsere eigene Schwäche zu verdecken. Jetzt gibt es diese Vorwände nicht mehr. Und die Anzahl von Frauen ist in manchen unserer Institutionen größer als die der Männer. Trotzdem herrscht immer noch eine gewisse Unerfahrenheit im Gebrauch politischer Sprache und im politischen Handeln.

Was denkst Du, was der Befreiungskampf und speziell der Guerillakampf für eine Auswirkung auf die Rolle der Frau in der Gesellschaft Nordwestkurdistans hat?

Guerilla ist nicht eine Kraft, die lediglich militärisch gegen den Feind kämpft. Guerilla ist eine Kampfform. Stärke wurde immer anders bewertet. Aber es bedeutet beispielsweise auch Stärke, im Leben immer neu anzufangen, aus dem Nichts etwas zu erschaffen und das Leben zu verschönern. Es bedeutet Stärke, in den Bergen Gedichte zu schreiben. Es bedeutet Stärke, die Schönheit des Wassers zu sehen, zu spüren. Mit der Schönheit der Natur zu leben, das ist auch Stärke. Meiner Meinung nach haben Frauen in dieser Hinsicht an Stärke gewonnen, und dabei hatten sie das Ziel, der Frau in der Gesellschaft Kraft zu vermitteln. Ich glaube daran, dass ein bestimmtes Niveau für Frauen von Frauen erkämpft worden ist. Frauen haben viel gelernt. Sie zeigen Haltung, entwickeln Bewusstsein, stellen Fragen, machen Aktionen. Viele Tabus innerhalb der Familie sind gebrochen worden. Frauen mischen sich in gesellschaftliche Probleme ein. Die Organisiertheit der Frauen bei der Guerilla als eine Lebensform hat sich auf die Gesellschaft ausgewirkt. Natürlich reicht es noch nicht aus. Es wurde eine Entwicklung angestoßen, die an Kontinuität gewinnen muss. Es muss sich immer noch viel ändern, in der Gesellschaft und auch bei den militanten Frauen, die für sich eine Avantgarderolle in Anspruch nehmen. Ich glaube, ihre Entwicklung wirkt sich auch auf die Bevölkerung aus. Gleichzeitig muss natürlich diese Unterscheidung ein Ende finden zwischen Avantgarde und Basis. Es geht darum, die gesamte Gesellschaft auf ein gewisses Niveau zu bringen. Und es geht auch nicht nur um einen Gewinn für Frauen, sondern gleichzeitig auch für Männer. Freiheit erfordert Kontinuität. Befreiung kennt keine Grenzen, sondern bedeutet eine ständige Suche, ein ständiges Streben nach Schönheit. ♦

Frankreichs langjährige Praxis und die Morde von Paris

Was für ein Problem hat Frankreich mit den KurdInnen?

Maxime Azadi, Journalist für die Nachrichtenagentur Firat (ANF)

Wir können nicht behaupten, dass sich Frankreich seit der Französischen Revolution von 1789 und der darauffolgenden Ausrufung der 1. Republik je vollständig mit seiner Kolonialpolitik und seiner schmutzigen Praxis in fremden Ländern auseinandergesetzt hat. Mittlerweile haben fünf Republiken einander abgelöst. Was geblieben ist, sind die dunklen Beziehungen zu Diktatoren und Unterdrückungsregimen unter dem Banner von »Freiheit, Gleichheit und Geschwisterlichkeit«.

Auch wenn Frankreich Flüchtlinge und einzelne Menschen unterdrückter Völker innerhalb seiner Grenzen aufgenommen hat, wiegt die Tatsache, dass es aufgrund seiner Interessen stets auch auf Seiten autoritärer Regime seinen Platz eingenommen hat, um einiges schwerer.

Die Beziehungen Frankreichs zu den KurdInnen reichen weit in die Vergangenheit zurück. Wenn wir heute an die Wurzel des als »kurdische Frage« bezeichneten Problems gehen, werden wir dort auch Frankreich wiederfinden. Insofern hat Frankreich den KurdInnen gegenüber zumindest eine historische, moralische Verantwortung.

Verteilungskrieg

Am Ende des Ersten Weltkriegs (1914–1918) waren vier Reiche zusammengebrochen: Russland, Österreich-Ungarn, das Deutsche und das Osmanische Reich. Unter diesen ist das Osmanische Reich völlig von der Bildfläche verschwunden. An seine Stelle trat eine türkische Republik, die sich mit einem Genozid von ihren ArmenierInnen »befreit« und ihr Territorium mit verschiedenen Massakern in umfangreichem Maße von GriechInnen, AssyrerInnen/ChaldäerInnen und AraberInnen »gesäubert« hatte. So starb das von Europa als »kranker Mann am Bosporus« bezeichnete Osmanische Reich. Übrig blieben die als Sieger aus dem Ersten Weltkrieg hervorgegangenen Kolonialmächte England und Frankreich. Und die Aufteilung der Gewinne machten diese beiden Staaten unter sich aus.

Das Gebiet, in dem die KurdInnen leben und das Kurdistan genannt wird, wurde am 24. Juli 1923 in der schweizerischen Stadt Lausanne durch einen Vertrag aufgeteilt, der unterschrieben wurde von VertreterInnen der Türkei und denen des Vereinigten Königreichs, Frankreichs, Italiens, Japans, Griechenlands, Rumäniens, Bulgariens, Portugals, Belgiens, der UdSSR und Jugoslawiens.

Das Mandat für Syrien und die KurdInnen

In diesen Jahren standen Syrien und der Libanon unter französischem Mandat. Auch für die heutige, aktive Rolle bei den Operationen für den Wechsel des Regimes von Bashar al-Assad ist dieser koloniale Hintergrund Frankreichs von Bedeutung. Das Mandat Frankreichs für diese Region dauerte von 1920 bis 1946. Auch deshalb kann die Rolle Frankreichs bei der jahrzehntelangen Unterdrückung der KurdInnen in Syrien und den zahlreichen durch das Baath-Regime an ihnen verübten Massakern nicht geleugnet werden. Auch im heutigen Kampf für Demokratie und Freiheit in Westkurdistan spielt Frankreich eine unrühmliche Rolle. Es schlägt sich aktuell auf die Seite vermeintlicher Aufständischer in Syrien, bei denen es sich allerdings oft um Deserteure des Baath-Regimes handelt, die in ihrer Vergangenheit noch nie einen Kampf für Demokratie geführt haben. Die KurdInnen, die sich vom Krieg distanzieren und einen friedlich-demokratischen Kampf führen, werden von Frankreich bestenfalls einfach übersehen.

Frankreich verkaufte Waffen an Saddam Hussein, mit denen dieser KurdInnen massakrierte

Die Beziehungen Frankreichs zu unterdrückerischen und diktatorischen Regimes dauern bis heute an. Die ökonomischen, politischen und militärischen Verbindungen Frankreichs zu Diktatoren und autoritären Führern in Afrika und im Mittleren Osten sind kein Geheimnis. Als das irakische Regime Saddam Husseins 1980 den Iran angriff, war Frank-

reich an seiner Seite. Zu dieser Zeit beendete Frankreich seine Lieferungen angereicherten Urans an Khomeinis Iran und stattete indessen den Irak massiv mit konventionellen Waffen aus. Noch schlimmer, Frankreich hatte Saddam seit 1974 beim Bau einer Atombombe unterstützt. Im September 1974 traf sich Saddam Hussein offiziell mit dem damaligen Premierminister Chirac. Ein Jahr später, im Juli 1975, war Saddam offiziell zu Besuch in Paris. Bei dieser Visite besuchte Saddam auch das Kernforschungszentrum Cadarache in Südfrankreich.

Zwischen beiden Ländern wurde am 18. November 1975 ein Vertrag unterzeichnet. Dass Saddam es dennoch nicht zum Bau einer Atombombe geschafft hat, liegt auf jeden Fall nicht an mangelnder Unterstützung Frankreichs.

Als im März 1988 in Helepçe (Halabja) über der kurdischen Bevölkerung Giftgas abgeworfen wurde, reichte es Frankreich, nur seine »Besorgnis« zum Ausdruck zu bringen. Und das, obwohl es Vertragsstaat *[und Depositarstaat]* des Genfer Protokolls von 1925[1] war, das den Einsatz chemischer und bakteriologischer Waffen verbot. Nicht nur Frankreich, auch die Unterkommission für Menschenrechte der Vereinten Nationen sprach sich im August 1988 mit elf gegen acht Stimmen gegen eine Verurteilung des Iraks aus. Weder die westlichen noch die östlichen Alliierten des Iraks im Krieg gegen den Iran wagten es, ihren Verbündeten zu kritisieren. Zeitgleich mit dem Krieg gegen den Iran sind bei den Anfal-Operationen etwa 200 000 KurdInnen im Irak ermordet worden. Die Rolle Frankreichs bei der Unterstützung des Saddam-Regimes und der Ignoranz gegenüber den Massakern an der kurdischen Bevölkerung ist ebenfalls unbestreitbar. Und das alles, obwohl die KurdInnen weder im Ersten Weltkrieg noch bei der Gründung der türkischen Republik noch dem französischen Mandat in Syrien und dem Libanon die Interessen Frankreichs angegriffen hatten.

1) »Protokoll über das Verbot der Verwendung von erstickenden, giftigen oder ähnlichen Gasen sowie von bakteriologischen Mitteln im Kriege«

Zusammenarbeit mit dem türkischen Regime gegen die PKK

Auch als gegen Ende der 1970er Jahre die kurdische Bevölkerung mit der Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) einen modernen und überaus starken Freiheitskampf zu führen begann, änderten sich die Beziehungen Frankreichs zu den die KurdInnen unterdrückenden Staaten nicht. Zweifellos, Frankreich hat jedes Jahr etwa 10 000 politische Flüchtlinge akzeptiert. Die KurdInnen sind auch ein Teil davon. Aber bis heute hat die französische Regierung auch nicht darauf verzichtet, die kurdische Bevölkerung für ihre Beziehungen zur Türkei zu opfern. Frankreich pflegt einerseits mit dem türkischen Regime, das die kurdische Bevölkerung nach allen Maßstäben unterdrückt, enge ökonomische und politische Beziehungen. Andererseits führt es selbst auch im eigenen Land großangelegte Operationen gegen KurdInnen durch, die kulturelle und politische Aktivitäten ohne jegliche Gewalt entfalten wollen, und schränkt ihre Meinungsfreiheit ein.

Frankreich – Türkei: eine antikurdische Vereinbarung aufkündigen!

Sylvie Jan, Landesverantwortliche für das Netzwerk Kurdistansolidarität der Kommunistischen Partei Frankreichs (PCF)

Der Dreifachmord an unseren kurdischen Freundinnen Rojbîn, Sakine und Leyla löste enorme Kundgebungen in Frankreich, Europa, Syrien, Irakisch-Kurdistan und in zahlreichen Städten der Türkei aus. In Amed (Diyarbakır) kamen trotz der Sperren der türkischen Armee eine Million Menschen zum Empfang der Leichname aus Europa zusammen[1]: ein Menschenmeer.

Warum so viel Emotion und Wut in einem Land, das seit 30 Jahren im Krieg steht, wo keine kurdische Familie Mord, Haft, Folter, Entführung, Verschwindenlassen und Festnahme entgehen kann? Zweifelsohne wegen dem, was wir selbst fühlen, der Abscheu vor der Barbarei, der Feigheit: Schüsse ins Genick. Es gibt aber etwas anderes, was den Charakter des Schocks erklärt. Dieses Verbrechen ist in Paris geschehen. Dieser Umstand beherrscht die Diskussionen. Heißt das jetzt etwa, dass kurdische AktivistInnen nirgends auf der Welt mehr sicher leben können? Es werden ein oder mehrere Mörder gefunden werden. Wer aber hat dieses Verbrechen befohlen? Die KurdInnen werden sich nicht mit der schlampigen Antwort begnügen, welche das Schließen der Akte beschleunigen soll. Wir ebenfalls nicht.

In dieser schweren Zeit erfuhren wir durch die Delegation der PCF, die beim Prozess von Sevil Sevimli anwesend war,[2] dass der franko-türkischen Studentin 15 Jahre Gefängnis drohen. Diese sogenannte Terroristin hat an einer 1.-Mai-Demo teilgenommen und setzt sich für eine Organisation der extremen Linken ein. Die Anklagepunkte bilden eine leere Akte.

Am 11. Februar wird in Paris gegen kurdische AktivistInnen wegen Mitgliedschaft in der PKK verhandelt. Ihnen drohen Gefängnis und Totalisolation.

1) Pierre Laurent *[Nationalsekretär der PCF]* war dort vertreten.

2) Die Delegation bestand aus Dominique Torre, Daniel Voguet, Estelle Le Joncourt, Jules Rondeau (Kommunistischer Studierendenverband UEC).

Die erste große Operation in Frankreich gegen die PKK wurde 1993 durchgeführt *[zeitnah zum PKK-Verbot in Deutschland]*, zur brutalsten Zeit des schmutzigen Krieges der Türkei gegen die kurdische Bevölkerung. Am 21. November 1993 durchsuchte die Polizei im ganzen Land 17 kurdische Vereine und eine Vielzahl von Wohnungen, dabei wurden 110 Personen festgenommen. Von diesen blieben einige bis zu sechs Monate in Haft. Anschließend wurden die Aktivitäten aller kurdischen Vereine verboten. Auch die Räumlichkeiten des Kurdistan-Informationszentrums wurden durchsucht und seine Arbeit anschließend verboten, da es sich angeblich um die PKK-Vertretung gehandelt habe. Im selben Jahr verbot Frankreich die PKK. Damit gehört es zu den ersten europäischen Staaten, die die PKK tatsächlich verboten haben. Das Amt des französischen Innenministers bekleidete damals der für seine Fremdenfeindlichkeit berüchtigte Charles Pasqua. Während der PKK-Prozess bis 2001 andauerte und alle Angeklagten freigelassen wurden, stand Pasqua selbst in dieser Zeit dutzende Male unter Korruptionsverdacht, wurde sechsmal freigesprochen und zweimal zu Haftstrafen auf Bewährung verurteilt.

Meinungsfreiheit für die kurdische Bevölkerung eingeschränkt

In den 2000er Jahren bekam die Repression eine neue Dimension. In einem Maße, dass die Menschenrechte und das Recht auf Meinungsfreiheit im Falle der KurdInnen offen verletzt wurden. Der erste kurdische Fernsehsender MED TV war 1999 von Großbritannien verboten worden, daraufhin wurde der im selben Jahr gegründete Sender MEDYA TV 2004 von französischen Behörden zum Schweigen gebracht.

Die zweite große Operation gegen die PKK fand in Frankreich am 5. und 6. Februar 2007 unter der Ägide der Richter Thierry Fragnoli und Jean-Louis Bruguière statt. Dabei wurden neben vielen anderen kurdischen PolitikerInnen auch Rıza Altun, Nedim Seven und Canan Kurtyılmaz festgenommen. Von den 14 am 14. Februar Festgenommenen wurden acht am 23. Februar und vier weitere am 27. Februar wieder auf freien Fuß gesetzt.

Der Prozess gegen sie fand vom 20. Juni bis Ende Juli statt, das Urteil wurde am 2. November verkündet. 17 KurdInnen wurden zu Bewährungsstrafen zwischen einem und fünf Jahren verurteilt, die 18. Person wurde freigesprochen. Das Gericht beschloss außerdem die Schließung des als juristische Person gewerteten Ahmet-Kaya-Kulturzentrums.

Vereinbarung zur Zusammenarbeit der Sicherheitskräfte in der Ära Sarkozy

Die Repressionen und Operationen gegen die kurdische Bevölkerung spitzten sich weiter zu, als Sarkozy 2007 zum Ministerpräsidenten gewählt wurde. Allein zwischen 2007 und 2012 wurden etwa 200 kurdische PolitikerInnen festgenommen. Das am 6. Oktober 2012 in Paris verhaftete Mitglied des Exekutivrats des Nationalkongresses Kurdistan (KNK) mit Sitz

---

Ohne eine direkte Beziehung miteinander haben diese drei Ereignisse eine Gemeinsamkeit, die uns auf Frankreich und auf seine polizeilichen Kooperationsabkommen zurückwirft: Wie können zwei Staaten, ein totalitäres Regime und ein Rechtsstaat, die à priori in ihrer Konzeption von Demokratie weit auseinander liegen, im Kampf »gegen den Terrorismus« kooperieren, um im Endeffekt dort wie hier die fortschrittlichen Kräfte aufzuhalten?

Seit Monaten trichtert uns eine ideologische Kampagne ein: KurdInnen = Terrorismus. Keine Agenturmeldung kann abschließen, ohne zu präzisieren, dass die PKK eine verbotene Organisation ist. Unsere kurdischen NachbarInnen werden zu zwielichtigen Leuten, die zu meiden sind. Der Beweis: ihre Vereinsräumlichkeiten sind beschlagnahmt, geschlossen. Seit dem Mord sind mehrere von ihnen in Brand gesteckt worden.

Der repressive Wahn der Türkei gegen die KurdInnen darf nicht Frankreich anstecken. Es trägt eine große Verantwortung. Die KommunistInnen fordern zusammen mit den kurdischen Vereinigungen die Aufhebung dieses Kooperationsabkommens und Sicherheit für alle auf französischem Boden. Sie streben nur nach Frieden und der Anerkennung ihrer Rechte. Sevil muss umgehend an ihre Uni in Lyon und zu ihrer Familie zurückkehren können. In der Türkei müssen die inhaftierten SchülerInnen und StudentInnen, JournalistInnen, AnwältInnen und Abgeordneten freigelassen werden. Eine politische Lösung und der Frieden verlaufen nur über die Freilassung von Öcalan und das Streichen der PKK von der Interpol-Liste. Die KommunistInnen engagieren sich in dieser Solidarität, die verstärkt werden muss. Sie geht über den Austausch von Wissen, den wichtigsten Verbündeten, um anzufangen.[3]

Rojbîn, wenn Du uns zusiehst …

Veröffentlicht in der Beilage der l'Humanité, am Mittwoch, 30. Januar 2013.

3) Am 15. Februar ist für die KommunistInnen der Film »Ez Kurdim« in der Coupole Oscar Niemeyer geplant.

in Brüssel, Adem Uzun, wird noch immer im Gefängnis festgehalten.

Während die Türkei damit beschäftigt war, ihre Gefängnisse mit JournalistInnen, gewählten ParlamentarierInnen, StudentInnen, MenschenrechtsaktivistInnen, AnwältInnen und kurdischen Kindern und Jugendlichen zu füllen, unterzeichnete Frankreich mit ihr am 7. Oktober 2011 einen Vertrag über die Sicherheitszusammenarbeit gegen die PKK. In diesem bilateralen Abkommen wurde ein »einheitlicher operativer Kampf gegen den Terrorismus« vereinbart und auf der Ebene der Sicherheitskräfte beider Länder »ein gemeinsamer Kampf« angekündigt. Der Vertrag trägt die Unterschrift des damaligen Innenministers Claude Guéant. Gegen ihn laufen unter anderem von zivilgesellschaftlichen, antirassistischen Organisationen wie der Mouvement contre le racisme et pour l'amitié entre les peuples (Mrap) Anzeigen wegen seiner rassistischen Äußerungen im Jahr 2011. Wie bezeichnend, dass Guéant genauso wie Pasqua für offen fremdenfeindliche Äußerungen bekannt ist. Es verwundert auch nicht, dass Guéant rasch nach der Hinrichtung der drei kurdischen Politikerinnen in Paris am 9. Januar 2013 aufsprang, um der Türkei mit einer Erklärung beizustehen. Gegenüber TELE äußerte er: »Ich bin mir ziemlich sicher, dass der türkische Geheimdienst bei diesem Ereignis keine Rolle gespielt hat.«

Grausamer Mord während sozialistischer Regierungszeit

Während die Ära Sarkozys mit großangelegten Festnahmeoperationen und Razzien gegen die KurdInnen von sich reden machte, geschah der Dreifachmord von Paris am 9. Januar 2013 unter einer sozialistischen Regierung. Zum ersten Mal gab es auf französischem Boden einen solchen blutigen Angriff auf KurdInnen. Ort der Hinrichtungen war das vom französischen und vom türkischen Geheimdienst beobachtete Kurdistan-Informationszentrum (CIK). Auch heute laufen immer noch neun Prozesse gegen KurdInnen in Frankreich. Dabei tauchen etliche Fotos als Beweismittel auf, die zeigen, wie Angeklagte das CIK betreten oder verlassen. Die Telefone von KurdInnen, die politische oder kulturelle Aktivitäten entfalten, werden abgehört, ihre Bewegungen beobachtet. Daher ergeben sich viele Fragen in Verbindung mit den letzten Morden. Frankreich hat im Rahmen des Sicherheitsabkommens mit der Türkei die gesammelten Informationen über kurdische politische Flüchtlinge in seinem Land mit dem türkischen Geheimdienst geteilt.

Es ist nicht bekannt, ob Frankreich bei diesen Morden eine Rolle gespielt hat. Gleichwohl ermutigen die engen französischen Beziehungen zur Türkei und der AKP-Regierung, die seit 2002 die Türkei in ein riesiges Gefängnis verwandelt hat, zu Angriffen auf KurdInnen, auch in Frankreich. Auch wenn Frankreich in diesen Mord nicht verwickelt sein sollte, so lässt sich doch festhalten, dass es mit seinem Schweigen zu den Verhaftungen, den Kriegsverbrechen und Menschenrechtsverletzungen in der Türkei die Angriffe gegen die KurdInnen bis in sein eigenes Haus getragen hat.

Frankreich muss seine Haltung gegenüber den KurdInnen ändern

Obwohl Frankreich derart offen gute Beziehungen zu Regimen unterhält, welche die kurdische Bevölkerung mit grausamsten Methoden unterdrücken, und trotz der französischen Repression der kurdischen Bevölkerung im eigenen Land haben die KurdInnen weder im Namen der PKK noch als Volksgruppe irgendeine negative Aktivität gegen Frankreich unternommen. Es gab nie eine gewaltsame Aktion der PKK gegen Frankreich, das die PKK auf die Terrorliste hat setzen lassen.

Frankreich muss sich dessen bewusst sein, dass es eine wichtige Rolle dabei spielt, dass die kurdische Frage bis heute nicht auf friedliche Weise gelöst worden ist. Von der Teilung Kurdistans bis heute trägt Frankreich eine Verantwortung für diese Situation. Mit diesen Praktiken verrät Frankreich offensichtlich seine eigene Parole von »Freiheit, Gleichheit, Geschwisterlichkeit«.

Weder Frankreich noch die EU insgesamt haben positiv dazu beigetragen, dass das größte staatenlose Volk der Welt in seinem eigenen Land in friedlicher und demokratischer Weise leben kann.

Frankreich, das sich selbst als die Heimat der Menschenrechte betrachtet, bietet sich nun eine bedeutende Gelegenheit. Wenn es seine Haltung den KurdInnen gegenüber korrigieren will, muss es die Morde von Paris aufklären und eine Rolle bei der Lösung spielen. Es muss seine schmutzigen Allianzen gegen die Freiheit der KurdInnen beenden und deren Vertrauen gewinnen.

Es ist offensichtlich, dass die KurdInnen kein Problem mit Frankreich haben, aber dessen negativer Umgang mit den KurdInnen und ihrem Freiheitsstreben könnte die Beziehungen in Zukunft negativ beeinflussen. Heute scheint es unmöglich, die KurdInnen, die im Mittleren Osten mit Kraft die Bühne der Geschichte betreten haben, aufzuhalten. Daher sollte Frankreich seine Unterstützung der unterdrückerischen Regime in der Region einstellen und seine Haltung gegenüber den KurdInnen ändern, die einen demokratischen und friedlichen Kampf führen und die Vorhut einer wirklichen Revolution bilden. ♦

Politische Morde an kurdischen AktivistInnen in Europa

Wie wird sich der französische Staat zu den Morden in Paris verhalten?

Mako Qocgiri

Die Morde von Paris waren nicht das erste Mal, dass kurdische PolitikerInnen von ihren politischen Feinden in Europa aufgesucht und ermordet werden. Besonders der iranische Staat machte in der Vergangenheit vor seinen nationalen Grenzen keinen Halt, wenn es um die Verfolgung kurdischer AktivistInnen ging. Morde an politischen VertreterInnen des kurdischen Volks, die in Europa stattfinden, sollen immer auch eine ganz bestimmte Botschaft vermitteln. Die Drahtzieher solcher Morde wollen zum Ausdruck bringen, dass es für KurdInnen, die für ihre Rechte einstehen, keinen sicheren Ort auf dieser Welt gibt. Ich möchte die schrecklichen Morde an Sakine, Leyla und Fidan zum Anlass nehmen, um auch nochmal an die in Europa ermordeten kurdischen Politiker Dr. Ebdulrehman Qasimlo und Mihemed Sadiq Şerefkendî zu erinnern.

Ermordet am Verhandlungstisch

Die kurdische Bevölkerung Ostkurdistans unterstützte Ende der 70er Jahre mit aller Kraft den Sturz des Schahs im Iran. Man war guter Dinge, dass nach der Revolution mit den neuen Machthabern besser zu reden sei und eine politische Lösung im Sinne eines demokratischen Irans und eines autonomen Ostkurdistans ausgehandelt werden könne. Dr. Qasimlo, seit 1973 Generalsekretär der Demokratischen Partei Kurdistan - Iran (PDK-I), hielt im März 1979, also am Vorabend der Verkündung der Islamischen Republik Iran, in der geschichtsträchtigen ostkurdischen Stadt Mahabad vor versammelter Menge eine Rede, in der er seine Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit dem neuen Regime erklärte, sollte dieses den Forderungen der KurdInnen nachkommen. Dr. Qasimlo sprach diese Worte in jener Stadt, in der die KurdInnen eine kurze Bekanntschaft mit der langersehnten Freiheit gemacht hatten. Als den KurdInnen aus Mahabad die Freiheit wieder entrissen wurde und ihr Präsident Qazi Muhammad mit seinen Getreuen im März 1947 durch das Regime des Schahs öffentlich gehängt wurden, war Dr. Qasimlo gerade 16 Jahre alt.

Dieses Mal sollte es anders werden. Dr. Qasimlo war eigens nach Kurdistan zurückgekehrt und hatte seine Lehrtätigkeit als Professor der Wirtschaftswissenschaften an der Universität von Prag aufgegeben, in der Hoffnung, nun den Weg in Richtung Freiheit mit seinem Volk beschreiten zu können. Doch der iranische Revolutionsführer Khomeini zeigte kein Interesse an einem Frieden mit den KurdInnen im eigenen Land. Noch im August 1979 erklärte Khomeini das kurdische Volk für untreu und revolutionsfeindlich und brandmarkte Dr. Qasimlo als Feind Gottes. Durch diese Worte wurde der Generalsekretär der PDK-I für vogelfrei erklärt. Zeitgleich marschierte das iranische Militär in Ostkurdistan ein.

Im Jahre 1988 sollte noch einmal die Hoffnung auf eine friedliche Lösung in Ostkurdistan aufkeimen. Mittlerweile wurde der achtjährige Erste Golfkrieg zwischen dem Iran und dem Irak ohne Sieger beendet. Die kurdische Bevölkerung wurde während des Krieges auf beiden Seiten der Grenze stark in Mitleidenschaft gezogen. Der iranische Staat hatte bis zu 500 000 Menschenleben zu beklagen. Nun stand aber der Wiederaufbau an und die KurdInnen witterten erneut die Chance für einen Neuanfang in ihren Beziehungen zu Teheran. Auftrieb bekam diese Hoffnung, als der iranische Staat Gesprächsbereitschaft gegenüber Dr. Qasimlo signalisierte. Und so kam es im Dezember 1988 in Wien zu zwei Gesprächen zwischen Vertretern des iranischen Regimes und einer kurdischen Delegation. Ein Folgetreffen sollte am 12. Juli 1989 erneut in Wien stattfinden. Zu diesem Treffen fanden sich auf Seiten der kurdischen Delegation, wie auch bei beiden Vortreffen, Dr. Qasimlo, sein Auslandsvertreter Abdullah Ghaderi-Azar und als Vermittler Fadhil Rassoul, ein Professor aus dem Irak, ein. Am zweiten Tag des Treffens, dem 13. Juli, wurde die kurdische Delegation durch die iranischen Verhandlungspartner am Verhandlungstisch aus nächster Nähe erschossen.

Österreich schützte die Mörder

Die Mörder der kurdischen Delegation waren Hadschi Mustafawi, Dschafar Sahraroudi und Amir Mansur Bozorgian. Sie waren mit Diplomatenpässen ausgestattet zum vereinbarten Verhandlungstermin nach Wien gekommen. Nach dem Mord gelang Mustafawi direkt die Flucht. Sahraroudi, der sich bei dem Attentat selbst eine leichtere Verletzung zugezogen hatte, wurde noch in Wien ins Krankenhaus gebracht. Dort wurde er von den österreichischen Behörden einer Befragung unterzogen, bevor er in der iranischen Botschaft untertauchen durfte. Bozorgian wurde gar für 24 Stunden in Polizeigewahrsam genommen, bevor die Behörden Österreichs seine Freilassung veranlassten. Alle drei Mörder konnten unbehelligt wieder in den Iran ausreisen und wurden nie für ihre Taten zur Rechenschaft gezogen. Österreich fürchtete, dass sich bei einer konsequenten Verfolgung der Täter eines offensichtlich hochpolitischen Mordes in ihrer Hauptstadt seine Beziehungen zum Iran verschlechtern könnten. Fest steht, dass der österreichische Staat sich mit dieser Haltung zum Komplizen des Irans bei dem Mord an der kurdischen Delegation gemacht hat.

Das Mykonos-Attentat und die zwielichtige Rolle Deutschlands

Für den iranischen Staat war es mit den Morden an Dr. Qasimlo und seinen beiden Freunden noch nicht getan. Auch der nachfolgende Vorsitzende der PDK-I, Mihemed Sadiq Şerefkandî, war ins Visier der iranischen Behörden geraten und sollte aus dem Weg geräumt werden. Şerefkandî und Dr. Qasimlo hatten sich Mitte der 70er in Paris kennengelernt. Nach der islamischen Revolution schloss er sich der PDK-I an, wo er binnen kurzer Zeit ins Politbüro der Partei aufstieg. Nach der Ermordung von Dr. Qasimlo wurde Şerefkandî zunächst kommissarisch zum Parteivorsitzenden ernannt. Im Jahr 1991 wurde er schließlich auf einem Parteikongress offiziell auf diesen Posten gewählt. Im September 1992 waren Şerefkandî und seine Partei zur Sozialistischen Internationale in Berlin eingeladen. Das wusste auch Ali Fallahian, damaliger Chef des iranischen Geheimdienstes VEVAK. Der iranische Geheimdienst agierte aus der iranischen Botschaft in Berlin heraus. Für die Liquidierung des neuen Vorsitzenden der PDK-I hatten sie eigens drei Libanesen engagiert. Am 17. September 1992 erschossen die Libanesen Şerefkandî und drei weitere kurdische Politiker in Berlin-Wilmersdorf, als diese beim Essen in einem griechischen Restaurant mit dem Namen Mykonos waren. Aus diesem Grund wurde der zweite Mordanschlag in Europa gegen kurdische Politiker binnen kürzester Zeit auch als Mykonos-Attentat bekannt.

Die deutsche Justiz verurteilte einen der drei Libanesen wegen Mordes mit besonderer Schuldschwere zu einer lebenslangen Haftstrafe. Die zwei anderen Libanesen wurden wegen Beihilfe zum Mord verurteilt. Allerdings machte sich die deutsche Justiz nie die Mühe, die Hintermänner des Mordes aufzudecken und ausfindig zu machen. Die deutsche Politik versuchte gar, die Verwicklung des iranischen Staates in diese Morde zu verdecken. So erklärte der damalige Bundesaußenminister Klaus Kinkel, dass es für eine Verstrickung Teherans in die Mykonos-Morde an eindeutigen Belegen fehle. Der damalige Staatsminister im Kanzleramt Bernd Schmidbauer empfing gar den per Interpol-Haftbefehl gesuchten iranischen Geheimdienstchef Ali Fallahian 1993 in Bonn – also nach dem Mykonos-Attentat. Am 11. Oktober 2007 wurde schließlich dann noch der zu lebenslanger Haft verurteilte Libanese Kazem Darabi, trotz der vom Gericht festgestellten besonderen Schwere der Schuld, nach 15-jähriger Haft von der Generalstaatsanwaltschaft freigelassen. Vermutet wird, dass dahinter ein Tauschgeschäft mit dem im Iran inhaftierten deutschen Donald Klein gesteckt hat. Darabi wurde bei seiner Rückkehr in den Iran empfangen wie ein »Held«.

Was wird Frankreich machen?

Vor dem Hintergrund der vergangenen Morde an kurdischen Politikern in Europa stellt sich die Frage, wie der französische Staat mit den Morden von Paris umgehen wird. Die Ermittlungen gegen den Tatverdächtigen Ömer Güney laufen weiter. Doch für die kurdische Seite stellt sich die Frage, ob die Justiz sich auch um eine Aufklärung der »Hintermänner« dieser Tat kümmern wird. Bisher sieht es nicht danach aus. Denn in der ersten und bisher einzigen öffentlichen Stellungnahme der französischen Staatsanwaltschaft gab es keinerlei Hinweise in diese Richtung. Stattdessen wurde auch bei dieser Stellungnahme der Eindruck vermittelt, es könne sich bei dem Ganzen doch um eine PKK-interne Abrechnung handeln. So unsinnig diese von der türkischen AKP-Regierung gestreuten Gerüchte sind, so dringend ist die Vermutung einer Verbindung Güneys zum türkischen Geheimdienst MIT. Ob die französische Justiz diesem Verdacht hinterhergehen wird, bleibt zweifelhaft. In der Zwischenzeit hat sie Mitte Februar in Koproduktion mit der spanischen Justiz eine Festnahmewelle gegen kurdische AktivistInnen gestartet, bei der in Frankreich 15 und in Spanien 6 KurdInnen festgenommen worden sind. ♦

Die »Integrative Strategie« bedeutet die Liquidation der KurdInnen

Baki Gül, Journalist

Die Diskussionen über die kurdische Frage werden in der Türkei aus zwei Perspektiven geführt. Da wären zum einen die Vorschläge, welche sich aus der Staatspolitik der türkischen Republik heraus ableiten, und zum anderen solche, die von kurdischen politischen Organisationen und ihrer Bewegung thematisiert werden. In diesem Beitrag wollen wir uns der staatlichen Perspektive widmen und das Verständnis der AKP-Regierung von Erdoğan zur kurdischen Frage herausarbeiten und ihre Strategie hinsichtlich einer Lösung darlegen. Bei der Analyse der AKP-Strategie werden wir uns selbstverständlich auch dem Widerstand der kurdischen Seite gegen diese Strategie widmen.

Die AKP ist als ein Intergrationsprojekt entwickelt und etabliert worden

Die nationalistisch-islamistisch-wirtschaftsliberale Gerechtigkeits- und Aufschwungspartei AKP wurde erstmals bei den Parlamentswahlen am 3. November 2002 mit absoluter Mehrheit gewählt und stellte somit in der Türkei seit geraumer Zeit wieder eine Regierung, die keinen Koalitionspartner benötigte. Die Gründungsmitglieder der AKP kommen zum Teil aus der radikalislamischen Milli-Görüş-Bewegung des Necmettin Erbakan, welcher seit den 1970er Jahren die kemalistisch-laizistische Türkei bekämpfte, andere wiederum aus faschistoiden Parteien oder der wirtschaftsliberalen Partei des Turgut Özal. Obwohl sie sich selbst als »konservativ demokratisch« definierte, sind ihre zentralen Figuren für den türkischen Faschismus empfänglich, sehen die islamische Lebensweise als maßgebend an und versuchen zugleich einen liberalen Schein aufrechtzuerhalten. Die größte Unterstützung innerhalb der Türkei erfährt die AKP durch die islamistisch-nationalistische Sekte des Fethullah Gülen, welche eine gemäßigt-islamische Politik als Linie vertritt und eine innerhalb des türkischen Sicherheits-, Justiz- und Bildungsapparats tief verankerte Organisation aufgebaut hat. Auf politischem und gesellschaftlichem Feld hat diese Sekte trotz ihres liberalen Wirtschaftsverständnisses eine repressive Haltung, die eindeutig islamistisch-nationalistisch geprägt ist. Diese Struktur hat sich mit der AKP zusammengetan und begonnen, innerhalb des Staates gegen den kemalistisch-laizistischen Flügel zu kämpfen.

Um im Kampf gegen die Armee und die Vertreter des kemalistisch-laizistischen Staates erfolgreich sein zu können, haben sie den EU-Beitrittsprozess phasenweise für sich als Instrument ausgenutzt. Den Generälen wurde mit dem Vorwurf eines Putschversuchs auf juristischem Wege ein Riegel vorgeschoben, die Republikanische Volkspartei (CHP) wurde erfolgreich marginalisiert und die faschistoide Partei der Nationalistischen Bewegung (MHP) als eigene Reserve etabliert. Als die AKP nach den Wahlen von 2002 und 2007 nun zum dritten Male in Folge auch 2011 die Regierung allein stellen konnte, hat sie erfolgreich begonnen, die kemalistischen Kader innerhalb des Staates zu neutralisieren und Kräfte innerhalb des Militärs, welche ihr gefährlich werden könnten, zu liquidieren. Des Weiteren konnte die AKP aufgrund des suggerierten Wunsches eines EU-Beitritts auch die liberalen Kräfte innerhalb der Türkei für sich gewinnen. Erdoğan, der seine Regierungsmacht mit der Fethullah-Gülen-Sekte teilt, hat vor nicht allzu langer Zeit verkündet, dass sie die »Neue Türkei« gegründet haben. In dieser proklamierten »Neuen Türkei« war es nach Ansicht der AKP gelungen, die Probleme innerhalb der Türkei zu lösen. Allerdings ließ in der Realität die Lösung der kurdischen Frage weiter auf sich warten. Die AKP hat vor den letzten Wahlen jedes Mal von der politischen Ebene der kurdischen Bewegung einen Waffenstillstand gefordert. Als allerdings die Politik bei der kurdischen Seite keinen Anklang mehr gefunden hat, da keinerlei Fortschritte in der Problematik zu verzeichnen waren, hat sie begonnen, Zeit zu schinden, indem sie zu Anfang die »Kurdische Öffnung«, dann ein nationalistisch geprägtes Programm der »Nationalen Einheit und Brüderlichkeitspolitik« und zuallerletzt nun die »Integrative Strategie in der kurdischen Frage« propagiert hat.

Die integrative Strategie: von der CHP zur AKP – dasselbe Verständnis von der kurdischen Frage und ihren Lösungsansätzen

Es gibt zwischen dem Verständnis der kemalistischen CHP und der nationalistisch-islamistischen AKP von Erdoğan hinsichtlich der Lösungsansätze in der kurdischen Frage keinerlei nennenswerte Unterschiede. Der einzige Unterschied besteht darin, dass die AKP dieselben Konzepte an die heutige Zeit angepasst hat. Wir können die AKP von heute, die sich als Besitzerin und Hüterin des Staates versteht, auch als Erbin der faschistoiden CHP der 1930er Jahre definieren.

Die integrative Strategie der AKP bezüglich der kurdischen Frage wurde von den politischen Strukturen der KurdInnen nicht ohne Grund als das hundertjährige Staatsverständnis bezüglich der kurdischen Frage betitelt. Denn alle Regierungen seit dem kemalistischen Einparteiensystem von 1920 über das Mehrparteiensystem von 1940 bis hin zu den kemalistischen oder islamistisch-liberalen Regierungen von 1970 bis 1990 haben eben auch wie die AKP versucht, die kurdische Frage unter Bezugnahme auf eine integrative Strategie zu lösen. Wir wollen uns nun fragen, was denn diese integrative Strategie überhaupt ist?

Eine integrative Strategie müsste hier eigentlich im Kern die »Vereinigung« zweier oder mehrerer Ansichten bedeuten. Mit den Aussagen des stellvertretenden AKP-Ministerpräsidenten Beşir Atalay wird die integrative Strategie wie folgt erklärt: »Wir verfolgen eine sehr umfangreiche integrative Strategie, in der alle uns zur Verfügung stehenden Instrumente in integrierter Form zusammen eingesetzt werden. Die Gespräche auf Imralı sind ein Teil dieser integrativen Strategie, mit der wir die Entwaffnung erreichen wollen. Auf der anderen Seite führen wir auf nationaler als auch internationaler Ebene Anstrengungen mit eben diesem Ziel durch. Ein weiterer Aspekt dieser Strategie sind die Gespräche im Nordirak. Des Weiteren werden die Gespräche in Bezug auf dieses Thema mit den USA und der EU weitergeführt. Dies sind die außenpolitischen Bemühungen. Auf nationaler Ebene führen wir unsere Anstrengungen auch fort. Wir unternehmen Schritte, um in der betroffenen Region die ökonomischen und sozialen Probleme zu lösen. Wir werden die ökonomischen Investitionen zur Lösung der wirtschaftlichen Probleme unserer Bürger auch weiter fortführen. Wir sind bemüht, all diese Aspekte miteinander in Einklang zu bringen, um das Problem zu lösen. Wir beachten alle Aspekte des Problems.« (http://www.gazeteport.com.tr/haber/123294/entegre-bir-strateji-izliyoruz)

Ziel dieser Strategie ist es, die gesellschaftlichen, politischen, ökonomischen und juristischen Ebenen der kurdischen Frage scheinbar zu lösen, ohne dabei den totalitären Charakter des türkischen Staates anzutasten. Es geht auch darum, zunächst den bewaffneten Widerstand der kurdischen Bewegung zu liquidieren, bevor man sich an die »Lösung der kurdischen Frage« macht. Daher sieht die AKP in den kurdischen Vertretungen und politischen Strukturen keinen Ansprechpartner, sondern vielmehr ein Instrument, das es auszunutzen gilt. Um dieses Ziel zu erreichen, versuchen sie ihrem Verständnis entsprechend die vorhandenen Strukturen zu zersplittern.

Die integrative Strategie: Das Ziel ist die militärische Vernichtung der kurdischen Strukturen

Wenn wir die vom AKPler Beşir Atalay proklamierte integrative Strategie analysieren, können wir diese in folgende Etappen untergliedern:

1. Es gilt, die PKK zum Niederlegen der Waffen zu zwingen. Sie erklären, dass sie zur Erreichung dieses Ziels auch die Gespräche auf Imralı begonnen haben.

2. Parallel dazu werden all diejenigen verhaftet, die, wenn auch nur im Ansatz, die politischen Strukturen der KurdInnen unterstützen oder in der Frauen-, Jugend- und Studierendenbewegung aktiv sind. Dazu gehören auch JournalistInnen, JuristInnen und auch UnternehmerInnen, die durch Spenden die Arbeit eben dieser Strukturen mit ermöglichen. Laut Informationen der Partei für Frieden und Demokratie (BDP) sind allein seit April 2009 eben deshalb knapp 10 000 Menschen aus politischen Gründen verhaftet worden.

3. Die AKP ist gegenwärtig bestrebt, die rechtlichen Grundlagen zum Erreichen ihres Vorhabens zu schaffen.

4. Es soll auf jeden Fall eine Annäherung der PKK an die kurdischen politischen Strukturen in den anderen Teilen Kurdistans verhindert werden, um die Gefahr einer gemeinsamen politischen Organisierung aller KurdInnen abzuwenden. So ist es dann auch wenig überraschend, wenn die Bemühungen der türkischen Regierung in Südkurdistan (Nordirak) und Südwestkurdistan (Syrien) neben diplomatischen Unternehmungen auch militärische Züge angenommen haben.

Um die diplomatischen Bemühungen der kurdischen Bewegung auf internationaler Ebene einzudämmen, sie gar unmög-

lich zu machen, besitzt die integrative Strategie der AKP-Regierung auch eine internationale Komponente in Form einer engen Kooperation mit den USA, der EU und der NATO. Obwohl sich die AKP-Politik in dieser Frage keineswegs von den vorherigen kemalistischen und ultranationalistischen Regierungen und dem Militär unterscheidet, rechtfertigen sie ihr Vorhaben, indem sie behaupten, die Türkei demokratisieren zu wollen, aber dies durch den »Terror« verhindert werde.

Wenn wir uns die Zahl der toten Soldaten und GuerillkämpferInnen anschauen, werden wir feststellen, dass sie das Niveau der 90er Jahre unter der Kriegsministerpräsidentin Tansu Ciller erreicht haben. Wir können daraus schlussfolgern, dass sich beim »sicherheitszentrierten« Verständnis, also einem Verständnis, das sich auf eine militärische Lösung konzentriert, nichts verändert hat. Zudem haben auch die Verhaftungswellen gegen politische AktivistInnen ähnliche Züge wie zur Zeit des Militärputsches vom 12. September 1980 angenommen. Die Anzahl der Festnahmen von AnwältInnen, BürgermeisterInnen, Abgeordneten und JournalistInnen übersteigt gar die Zahlen der Militärjunta von 1980. Auch die Fälle von Misshandlungen und Folter in staatlichem Gewahrsam haben stark zugenommen. Die AKP führt stets an, dass sie gegen den »Terror« und die PKK ist, aber zugleich unternimmt sie alle möglichen Anstrengungen, um zu verhindern, dass die KurdInnen in Syrien oder Irak demokratische Errungenschaften erlangen und ihre Grundrechte erhalten. Um ihr Ziel zu erreichen, unterstützt die AKP nachweislich die al-Qaida und ihr nahestehende Gruppen in Syrien mit diplomatischer, logistischer und militärischer Hilfe.

Die taktischen Aspekte der integrativen Strategie: eine diversifizierte Assimilation und Massenverhaftungen

Die AKP-Regierung behauptet, sie habe in ihrer Regierungszeit den KurdInnen demokratische Rechte zugestanden. Aber wir halten dem an dieser Stelle entgegen, dass vor ihrer Zeit noch keine andere Regierung so viele gewählte BürgermeisterInnen, Abgeordnete, PolitikerInnen und MenschenrechtlerInnen inhaftiert hat.

Sie wollen den KurdInnen einige individuelle Rechte zugestehen, um so den Bestrebungen des kurdischen Volkes nach Anerkennung seiner Identität und der Forderung nach muttersprachlicher Bildung nicht nachkommen zu müssen. So ist es denn auch verständlich, dass während der AKP-Regierungszeit die kurdische Identität verfassungsrechtlich nicht unter Schutz gestellt worden ist. Denn ihr Vorsitzender, der türkische Ministerpräsident Erdoğan, brachte erst vor kurzem erneut seine monistische Überzeugung zum Ausdruck, indem er sagte, dass es nur »ein einziges Volk, einen einzigen Staat, eine einzige Sprache und die einzige Religion« geben kann. Des Weiteren übernimmt die Fethullah-Gülen-Sekte in der Region mit ihrem Engagement auf sozialem und politischem Gebiet einen wichtigen Part innerhalb der integrativen Strategie und unterstützt die schleichende Assimilation.

Die AKP wird im Gegensatz zu früheren Regierungen in ihrer Linie durch westliche Länder kaum kritisiert, da sie durch formale Aussagen zur kurdischen Frage den Eindruck erweckt, als sei sie an einer Lösung wirklich interessiert. Die Realität widerspricht dem auf radikale Weise. Denn diese Regierung und ihr Ministerpräsident sind es, die die »Todesstrafe wieder einführen wollen«, statt der EU lieber der Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit (SOZ) beitreten möchten und die al-Qaida und ihr nahestehende Gruppen in Syrien unterstützen und bewaffnen, um sie gegen die KurdInnen in Kämpfe zu verwickeln. All diese Unternehmungen geben Einblick in die integrative Strategie.

Die Hauptziele der integrativen Strategie können wie folgt zusammengefasst werden: Die Führungskader der PKK sollen eliminiert werden, die Vernichtung der Guerilla durch Massentötungen erfolgen, und wenn dies nicht möglich ist, sollen sie zumindest ins Ausland zurückgedrängt werden. Die BDP und den Kongress für eine Demokratische Gesellschaft (DTK) gilt es in einen staatlich vorgegebenen Rahmen zu zwingen und durch Massenverhaftungen weiter zu schwächen. Um das Vermögen kurdischer UnternehmerInnen verstaatlichen zu können, gilt es das neu erlassene Gesetz »zur Unterbindung der Finanzierung des Terrorismus« anzuwenden. JournalistInnen, die sich in den Medien der kurdischen Frage ernsthaft annehmen, gilt es zu passivieren. Auf internationalem Terrain gilt es das Terrorargument zu nutzen, um die KurdInnen kriminalisieren und marginalisieren zu können. Staatlich abhängige kurdische Parteien sollen in Konkurrenz zur PKK agieren ...

Es ist wichtig anzuführen, dass die auf Imralı mit der kurdischen Führungspersönlichkeit Abdullah Öcalan geführten Gespräche zum Zwecke der Liquidation der PKK geführt werden. Der Vorsitzende der PKK, Herr Öcalan, hat stets betont, dass er Gespräche zwischen den Konfliktparteien befürwortet und an einer friedlichen Lösung der kurdischen Frage interessiert ist.

Die AKP nutzt jedoch diese Bereitschaft zum Dialog lediglich als Instrument ihrer integrativen Strategie. ♦

Westkurdistan: Sîpan Hemo, Kommandant der Volksverteidigungseinheiten (YPG):

Wir folgen einzig dem Kurdischen Hohen Rat

Dildar Aryen, Qamişlo, Yeni Özgür Politika 01.02.2013

»Eines ist offensichtlich: Wenn die Banden dort angreifen, wo die Regierung nicht vertreten ist, wo das Zusammenleben nicht gefährdet ist, dann ist es ein eindeutiges Zeichen dafür, dass diese Banden kein Interesse am Sturz des Regimes haben.«

Sîpan Hemo, Kommandant der kurdischen Volksverteidigungseinheiten (YPG), verdeutlicht im Interview mit der Tageszeitung Yeni Özgür Politka, dass der Krieg in der Gegend um Serê Kaniyê (Ras al-Ayn) keine gewöhnliche Auseinandersetzung ist und erklärt, dass die Akteure dieses Krieges auf der einen Seite die Türkei und das Regime selbst vertreten. Hemo macht darauf aufmerksam, dass nach den Erfolgen der YPG viele umliegende Strukturen und sogar die oppositionelle »Nationale Koalition der syrischen Revolutions- und Oppositionskräfte« um Gespräche gebeten haben. Ansprechpartner der kurdischen Seite sei allerdings einzig der Kurdische Hohe Rat. »Wer verhandeln möchte, soll sich an den Kurdischen Hohen Rat (DBK) wenden. Wir folgen nur den Entscheidungen des Kurdischen Hohen Rates«, fügt Hemo hinzu. Er bewertet im Interview die Angriffe auf Serê Kaniyê, ihre Hintergründe sowie die Ergebnisse des Krieges und die Forderungen nach einem Waffenstillstand.

Wie bewerten Sie den derzeitigen Zustand der Sicherheitslage in Syrien?

Die syrische Revolution dauert nun etwa zwei Jahre an. Es hat sich vieles verändert. Dies gilt sowohl für die Opposition als auch für das Regime. Im Nahen Osten ist im Laufe des »Frühlings der Völker« eine Diktatur nach der anderen untergegangen. Die Diktatur in Syrien ist noch aktiv. Aber auch hier begann am 15. März 2011 eine gerechte Revolution. 47 Jahre lang war die Bevölkerung den Repressalien der Regierung ausgesetzt. Darum hat der Aufstand, der in der Stadt Dera begonnen hatte, kurze Zeit später das gesamte Land eingenommen und bekam internationale Unterstützung. Jedoch ging das Regime brutal gegen die Aufständischen vor und wollte den Aufstand gewaltsam niederschlagen. Weil die Regierung gegen die Aufständischen mit schweren Waffen vorging, waren auch die RevolutionärInnen gezwungen, Waffen zu gebrauchen. Deshalb war der bewaffnete Widerstand zu Beginn legitim. Durch den Verteidigungskampf ging der Aufstand in die zweite Phase.

Dieser Zustand hielt eine Weile an. Und je länger er andauerte, desto mehr veränderte sich die Lage des Verteidigungskampfes. Anstelle der sich verteidigenden Aufständischen kamen immer neue Gruppen hervor. Es begann ein Bandenkrieg. Unter dem Deckmantel der Opposition nahm der radikale Islam überhand. Der radikale Islam sollte nur dazu dienen, dass die Revolution von ihrer eigentlichen Linie abkommt. Auf diese Weise sollte das Regime länger erhalten bleiben. Durch die Entstehung der Banden gibt es auch Gruppierungen, die nur den Außenmächten dienen. Deren Ziel ist nicht der Sturz der Regierung, sondern die Sicherung von Vorteilen für einige innere und internationale Mächte – in erster Linie einige arabische Golfstaaten und der Türkei. Die arabischen Golfstaaten wollen verhindern, dass die Schiiten mehr Einfluss gewinnen, die Türkei, auf der anderen Seite, will den Fortschritt des kurdischen Volkes verhindern. Der radikale Islam, als Mittel zum Zweck, ist daher ihr gemeinsamer Nenner. All diese Gruppierungen sind sich in einer Sache einig: Bleibt ein geschwächter Assad länger erhalten, bleiben auch sie länger erhalten.

Wie bewerten Sie die jüngsten Übergriffe auf die kurdischen Gebiete?

Eines ist offensichtlich: Wenn die Banden dort angreifen, wo die Regierung nicht vertreten ist, wo das Zusammenleben nicht gefährdet ist, dann ist es ein eindeutiges Zeichen dafür, dass diese Banden kein Interesse am Sturz des Regimes haben. Das zeigt, dass die Angriffe auf kurdische Gebiete eindeutig

nicht gegen die Regierung gerichtet sind. Die türkische Regierung machte bereits zu Beginn der syrischen Revolution darauf aufmerksam, dass sie jeden Fortschritt der kurdischen Selbstverwaltung verhindern werde. Mit folgenden Worten setzte die türkische Regierung den Syrischen Nationalrat unter Druck: »Wenn Ihr die kurdischen Forderungen anerkennt, werden wir Euch nicht unterstützen.«

Trotz verschiedener Übergriffe ist es der kurdischen Bevölkerung mit Hilfe der YPG gelungen, die gesamten westkurdischen Städte zu befreien. Seit dem 19. Juli 2012 haben die KurdInnen all ihre Städte befreien können, die jetzt von ihren Verteidigungseinheiten geschützt werden. Ihre Volksräte verwalten sich in freier demokratischer Selbstverwaltung. Trotz aller Schwierigkeiten sind die kurdischen Gebiete friedlich gestimmt und die Probleme werden im Rahmen ihrer eigenen Bedingungen selbstständig gelöst. Dies zeigt, dass die KurdInnen in der Lage sind, solch ein Selbstverwaltungssystem in ihrer Region erfolgreich aufzubauen. Weder die Regierung noch die »Opposition« kümmert sich darum, derartige Strukturen aufzubauen.

Und deswegen hat die Türkei dies nicht akzeptiert. Neben den Drohungen gegen den Syrischen Nationalrat und ihren internationalen Bemühungen hat sie ganz offen versucht, die befreiten kurdischen Gebiete anzugreifen und niederzuwerfen.

Die Banden, die mit ihren Angriffen gegen KurdInnen in Afrîn begonnen haben, werden von der Türkei gesteuert. Jedoch wusste die Bevölkerung von Afrîn ihre Errungenschaften zu verteidigen, sodass die türkische Regierung nicht ihr Ziel erreichen konnte. Nun versuchten sie ihre Angriffe vom Herzen Westkurdistans aus, aus der Region Cizîr (Al-Dschasira). Die Angriffe auf Serê Kaniyê sind mit der Absicht ausgeführt worden, um Cizîr zu besetzen. Die Banden nahmen die Logistik der Regierung an sich und nachdem diese Vorräte sich dem Ende zu neigten, begannen sie, die Bevölkerung auszuplündern, was die Volksverteidigungseinheiten zur Gegenwehr zwang. Aus diesen Auseinandersetzungen gingen die YPG als eindeutige Sieger hervor.

Die Banden, die von der Türkei organisiert und bezahlt werden, griffen Serê Kaniyê an. Zwei Tage nach ihrer Niederlage baten sie um einen Waffenstillstand. Weil die kurdische Bevölkerung und ihre Volksverteidigungseinheiten kein Interesse an Krieg und Tod haben, sondern lediglich sich selbst verwalten wollen, nahmen sie das Angebot an. Anschließend kehrten die instrumentalisierten Kräfte der Türkei zurück um erneut anzugreifen, erlitten wiederum eine Niederlage und baten erneut um einen Waffenstillstand.

Nach den Auseinandersetzungen und Waffenstillständen fanden für die Lösung des Konfliktes eine Zeitlang gemeinsame Treffen statt. Die Verhandlungen waren bereits weit fortgeschritten und eine Lösung schien nahe. Zu dieser Zeit hatten wir natürlich auch Bemühungen Westkurdistan von den Truppen des Assad-Regimes zu befreien. In diesem Rahmen waren wir gerade dabei, die Stadt Rimelan von einer übriggebliebenen Armeeeinheit des Regimes zu befreien. Zwei bis drei Tage nach den Gefechten wurden unsere Einheiten in Serê Kaniyê angegriffen. Wir gingen davon aus, dass das Regime uns angriff, um seine Armeeeinheiten zu unterstützen, doch wir mussten leider feststellen, dass wir gegen beide Seiten gleichzeitig kämpfen mussten. Nachdem es uns gelungen war, die Armeeeinheit aus Rimelan in die Flucht zu schlagen, haben die Banden uns zukommen lassen, dass sie einen Waffenstillstand wünschen.

Also ist der Kampf in Serê Kaniyê kein gewöhnlicher Kampf. Nehmen die örtlichen Mächte wie die Türkei, die sogenannte Opposition und die Regierung selbst daran teil?

Auch wenn sie keinen öffentlichen Vertrag miteinander haben, haben diese Kräfte gegen uns offensichtlich ein gemeinsames Abkommen geschlossen. Als wir in Rimelan versuchten die Armeeeinheit der Regierung in die Flucht zu schlagen, haben uns die Banden gleichzeitig mit vereinter Kraft und mit der Unterstützung der Türkei in Serê Kaniyê angegriffen.

Es ist das erste Mal, dass die »Freie Syrische Armee« (FSA) – eigentlich will ich gar nicht den Namen »Freie Syrische Armee« benutzen, aber leider agieren all diese Banden unter diesem Namen – mit so einer großen Anzahl KämpferInnen versucht haben, Serê Kaniyê unter ihre Kontrolle zu bringen. Sie kamen aus den Städten Idlib, Heleb (Aleppo), Bab, Dêra Zorê, Tilebyat, Hesekê (al-und sogar aus Damaskus.

Es war die Rede davon, dass aus der Türkei 1500 Mitglieder der bewaffneten Banden in Serê Kaniyê eingedrungen sind.

Die Zahl aller Bandenmitglieder war viel größer. Es mag sein, dass aus der Türkei 1500 eingedrungen sind. Ich weiß die Zahl leider nicht genau. Aber die gleiche Anzahl kam aus anderen syrischen Städten. Es gab eine große Auseinandersetzung, aber die Volksverteidigungseinheiten haben gewonnen und konnten in der Stadt die Kontrolle wieder übernehmen. Nun greift die Türkei sehr offensichtlich und ungedeckt selbst an. Über Funk erfuhren wir, wie die türkischen Offiziere Informationen von den Banden verlangen, zum Beispiel über die Aufenthaltsorte der YPG. Dass die Türkei nicht mehr verdeckt, sondern

offen am Krieg beteiligt, kann auch aus Artikeln der türkischen Presse entnommen werden.

Es ist die Rede davon, dass bewaffnete Banden von Serê Kaniyê aus auf das hinter der Grenze, auf der türkischen Seite liegende Serê Kanîye (türkisch: Ceylanpınar) schießen und die Menschen dort verletzen. Kann es sein, dass die Türkei das als Grund für einen Angriff auf Serê Kaniyê nimmt?

Ich glaube nicht, dass die Türkei so etwas tut. Aber ehrlich gesagt fänden wir es besser, wenn sie offen in den Krieg ziehen würden, weil sie keinen Erfolg erzielen könnten. Sie profitieren aber anscheinend mehr von den Banden. Durch die Einschleusung von feindlichen, bewaffneten Banden in unsere Gebiete gelingt es ihnen, Unruhe zu stiften, während sie, die Türkei, sich außen vor hält.

Wie ist die Reaktion der kurdischen Parteien und Organisationen sowie der örtlichen Volksgruppen auf den Krieg in Serê Kaniyê?

In der Stadt Serê Kaniyê ist es gelungen, Einigkeit zu schaffen, und wir sind sehr glücklich über diese Annäherung. Wahrscheinlich ist es das erste Mal, dass die KurdInnen sich in diesem Punkt einig sind. Weil es große Unterstützung in Serê Kaniyê gab, wurde klar, dass die YPG sich weiter entwickeln müssen. Dies war eigentlich auch seit dem ersten Tag unser Wunsch. Ganz egal, welche politischen Ansichten vertreten waren, viele kurdische Organisationen haben sich mit den YPG verbunden. Viele Seiten haben offen ihre Solidarität bekundet und die weniger Starken haben dies auf politische Ebene getan. Sogar die, die mit den YPG nicht sympathisierten, haben befürwortende Presseerklärungen abgegeben. Dies ist von großer Bedeutung für uns.

Wie ist die Annäherung der anderen Bevölkerungsgruppen, insbesondere der AraberInnen, AramäerInnen, AssyrerInnen, usw. in Serê Kaniyê?

Die AraberInnen und AramäerInnen haben sich überwiegend solidarisch erklärt. Sie sagten schon länger, dass die YPG nicht nur die KurdInnen, sondern ebenso alle anderen örtlichen Bevölkerungsgruppen beschützen. Deswegen ist nicht nur die Beteiligung der kurdischen Jugend, sondern auch der Jugend anderer Bevölkerungsgruppen bedeutend. Die Solidarität ist für uns von hochrangiger Bedeutung. Es ist eine große Beteiligung verschiedener Volksgruppen vorhanden, aber wir wünschen uns, dass alle in den YPG vertreten sind.

Wie ist die aktuelle Situation in Serê Kaniyê?

Außer den Banden in Mehete, von denen die meisten der Türkei zugehören, ist der größte Teil der Stadt in der Hand der YPG. Auch die restlichen Stadtteile sind von uns umzingelt. Die Lage ist sehr gut. Wir sind erfolgreich. Seit Tagen bekommen wir von allen Seiten Anfragen nach einem Waffenstillstand. Im Gegensatz zu den Banden handeln wir, die YPG, nicht aus Eigennutz. Deshalb ist es nicht unsere Entscheidung, ob der Kampf aufhört oder andauert. Wir werden alle Anfragen nach einem Waffenstillstand sehr sorgfältig analysieren. Aber eines ist sicher: Die Bevölkerung will diese Banden nicht.

Wegen des Missbrauchs der Waffenstillstände hat die Bevölkerung den Glauben daran verloren.

Richtig! In allen Demonstrationen und Kundgebungen macht die Bevölkerung sehr deutlich, dass sie die Vertreibung der Banden will. Wie sollen die Menschen diese Gruppen akzeptieren, die sich als »Freie Syrische Armee« bezeichnen, jedoch die eigene Bevölkerung attackieren? Deshalb sind sie unter keinen Umständen erwünscht.

Die Koalition der syrischen Oppositionsparteien hat bekanntgegeben, dass sie für Serê Kaniyê ein Komitee gegründet hat. Ist dieses Komitee mit Euch in Verbindung getreten?

Dieses Komitee hat beschlossen, sich mit allen am Krieg beteiligten Seiten in Serê Kaniyê zu treffen. Bis jetzt ist jedoch nichts von dem in die Praxis umgesetzt worden. Einige von ihren Mitgliedern, die KurdInnen sind, haben uns um ein Treffen gebeten, was aber von uns abgelehnt wurde. Wir wiederholen: Jene, die mit uns verhandeln möchten, sollen sich an den Kurdischen Hohen Rat wenden. Wir verhandeln mit niemandem. Das Komitee soll sich an den Kurdischen Hohen Rat wenden. Denn sie sagen selbst, dass Gewalt keine Lösung sei und sie den Krieg daher ablehnen würden. Jetzt sollen sie ihren Beitrag zum Frieden leisten und das Eindringen der »Freien Syrischen Armee« in die kurdischen Gebiete verbieten. Denn das kurdische Volk ist in der Lage, sich selbst zu verwalten. ♦

Die Situation im Irak

Das Schmieden des kalten Eisens oder Die Demokratische Autonomie

Necîbe Qeredaxî, Journalistin

Die innerstaatliche Krise im Irak sollte nicht isoliert betrachtet werden. Schon aufgrund seiner geografisch zentralen Lage im Mittleren Osten kann von einer enormen Bedeutung dieser Krise für den Mittleren Osten selbst und sogar für die ganze Welt gesprochen werden. Zumal es Bestrebungen gibt, ähnlich wie nach dem Ersten und dem Zweiten Weltkrieg, den Mittleren Osten neu aufzuteilen und umzustrukturieren, und zwar nicht, um ein demokratisches System zu installieren, sondern um die Interessen von Großkapital und Unterdrückern zu wahren.

Im Mittleren Osten treffen mehrere Interessenlagen aufeinander. Es gibt eine ganz klare Frontlinie zwischen SchiitInnen und SunnitInnen. Hinter der schiitischen Front stehen primär Russland und China, danach die regionalen Mächte Iran und Syrien, weiterhin könnten hier die irakischen Streitkräfte und die libanesische Hisbollah angeführt werden. Hinter der anderen Front stehen die westlichen Mächte USA, Frankreich, Deutschland und Großbritannien, daneben lassen sich auch die Türkei, Katar und Saudi-Arabien nennen. Tagtäglich sind die Auswirkungen des Zusammenstoßes dieser beiden Blöcke in der Region zu beobachten, vor allem aber in Syrien und dem Irak. Selbst in der kurdischen Autonomieregion fällt diese Diskrepanz auf – auf der einen Seite die PDK (Demokratische Partei Kurdistans), der eine Nähe zur Türkei unterstellt werden kann, auf der anderen die YNK (Patriotische Union Kurdistans), die durch ihre Nähe zum Iran bekannt ist. Selbst diese beiden Parteien haben verschiedene Lösungsansätze für den Konflikt. Ganz besonders die Vorkommnisse im Irak unterstreichen also diesen Zwiespalt der Interessen.

Der seit 2006 amtierende irakische Ministerpräsident al-Maliki wurde ein zweites Mal in seinem Amt bestätigt. Dieser von den USA gewollte Premier stellte zu Beginn ein Novum dar, da er es schaffte, ein Gleichgewicht zwischen KurdInnen, SunnitInnen und den radikalen *[schiitischen]* Kräften al-Sadrs herzustellen. Anfänglich sah es auch ganz danach aus, als ob mit dieser Einheit die verfassungsrechtlichen Blockaden zu lösen seien, denn zu allen Zeiten war die Uneinigkeit zwischen den verschiedenen Kräften im Irak der Grund für die innenpolitischen Konflikte gewesen.

Insbesondere die KurdInnen, die seit der Gründung des Irak im Jahre 1921 am meisten gelitten haben, schöpften Hoffnung aus dieser neuen Einheit. Vor allem die in der Verfassung festgehaltenen Rechte stimmten zuversichtlich. Denn die kurdische Autonomieregion erhielt 17 % aller Einnahmen aus dem Verkauf von Erdöl und die Erlaubnis zum Aufbau einer eigenen kurdischen Armee zugesprochen. Aber auch die Unsicherheit über die Zugehörigkeit der unter Saddam arabisierten Region Kerkûk sollte nach Artikel 140 der neuen Verfassung durch ein Referendum beseitigt werden. Die KurdInnen hatten in diesem föderalen System sogar eine eigene Autonomieregion und damit schienen alle Probleme gelöst zu sein.

Die Phase nach 2006 hat etwas anderes gezeigt, denn Nuri al-Maliki hat nach und nach die Opposition beseitigt und ist den kurdischen Erwartungen nicht nachgekommen. Der Artikel 140 hatte eigentlich einen Drei-Phasen-Plan vorgesehen (Normalisierung, Volkszählung und Referendum), aber bisher ist nicht einmal mit der ersten Phase begonnen worden. Darüber hinaus stand der Irak vor einer innerstaatlichen Zerreißprobe, als bekannt wurde, dass 2012 Exxon Mobile und British Petroleum (BP) separate Förderverträge mit der Kurdischen Regionalregierung geschlossen hatten, denn die Öl-Konzessionen waren ohne die Genehmigung der irakischen Zentralregierung vergeben worden. Aber auch die Tatsache, dass aus der kurdischen Region einerseits Rohöl in die Türkei und andererseits raffiniertes Öl illegal in den Iran transportiert wird, wird kritisch beobachtet. Die Reduzierung des Gewinnanteils aus dem Ölverkauf für die kurdische Autonomieregion auf nur noch 10 % wird von KurdInnen stark kritisiert. Der Konflikt stand 2012 mit dem Bekanntwerden der »Dicle-(Tigris-)Operation« *[Einsatz von auf direkten Befehl von al-Maliki neugegründeter zentralirakischer Militäreinheit in Kerkûk]* und der Mobilisierung irakischer Soldaten an die *[innerirakische]* kurdische Grenze sogar kurz vor einer militärischen Eskalation.

Die meisten Paragrafen der irakischen Verfassung sind Gummiparagrafen, somit kann sie sowohl die kurdische Seite als auch die Zentralregierung zu ihren Gunsten auslegen. Das Referendum *[2005]* für die neue Verfassung wurde von zahlreichen namhaften Persönlichkeiten und Parteien wie der PÇDK (Partei für eine Demokratische Lösung in Kurdistan) abgelehnt, da die Vorlage mit einigen Mängeln behaftet war, aber die kurdische Regionalregierung überhörte diese Warnungen.

Daneben leiden auch die SunnitInnen unter der autoritären Regierung al-Malikis. So wurden 2011 dem früheren irakischen Vize-Präsidenten al-Haschimi Terror- und Mordanschläge zur Last gelegt. Er befindet sich zurzeit auf der Flucht in der Türkei. Erst vor kurzem umstellte irakisches Militär das Haus des Finanzministers Rafi al-Issawi und nahm zwei seiner Leibwächter fest. Die SunnitInnen protestierten gegen diesen Angriff und boykottieren seitdem das Kabinett.

Der Zentralstaatsgedanke ist im Irak trotz der Zerstörung 2003 noch nicht überwunden. Von aussen betrachtet hat nur die kurdische Autonomieregion Föderalstaatscharakter, aber selbst dort sind die Strukturen recht unklar.

Nach dem Abzug der US-amerikanischen Truppen im Jahr 2011 sind die Fronten zwischen al-Maliki und den KurdInnen und den sunnitischen AraberInnen weiter verhärtet. Nach einem Besuch al-Malikis in Washington signalisierte Obama seine weitere Unterstützung für ihn, der dies als grünes Licht für seine Politik gewertet hat.

Selbst bedeutende kurdische Persönlichkeiten wie der Staatspräsident, der Planungsminister und der Oberbefehlshaber der Armee konnten al-Maliki nicht von der Lösung der Konflikte überzeugen.

Staatspräsident Celal Talabani konnte einzig und allein das völlige Scheitern der Gespräche gerade so verhindern. Er war immer bemüht, ob in Hewlêr (Arbil), Silêmanî (Sulaimaniyya) oder Bagdad, die politischen Kräfte des Irak zu vereinen. Es ging ihm nämlich um drei Prinzipien: Dialog, Einhaltung der Gesetze und Versöhnung, nicht um persönliche Vorteile.

Der Zentralstaatsgedanke ist im Irak trotz der Zerstörung 2003 noch nicht überwunden. Von außen betrachtet hat nur die kurdische Autonomieregion Föderalstaatscharakter, aber selbst dort sind die Strukturen recht unklar. Es ist aber dennoch interessant, dass nur die KurdInnen ihre Region als Bestandteil einer Föderation betrachten. Diese Rhetorik sucht man auf der arabischen Seite vergebens.

Es kommt vor, dass Masud Barzani, Präsident der Autonomen Region Kurdistan, damit droht, ein Referendum über die Unabhängigkeit abhalten zu lassen, falls der Konflikt nicht gelöst werden sollte. Seine ParteifreundInnen aus der PDK, die YNK und auch die Opposition, vorne weg die Goran-Bewegung, werten seine Äußerungen jedoch als rhetorisches Säbelrasseln.

Die Konflikte zwischen den KurdInnen und Bagdad wurden durch den Militäreinsatz für die Dicle-Operation an der Grenze zu Kurdistan vertieft. Die KurdInnen akzeptierten den Einsatz dieser Truppe nicht und stellten ihr im Gegenzug Tausende schwerbewaffneter Peschmergas gegenüber.

Es ist bemerkenswert, dass Kosret Rasul Ali, stellvertretender YNK-Vorsitzender, der für den in Berlin stationär behandelten Parteivorsitzenden Talabani die Amtsgeschäfte übernommen hatte, nach einem Besuch Barzanis bei diesen Verteidigungskräften sagte: »KurdInnen sollen keinen Krieg und Konflikt mit al-Maliki auslösen, sondern die Konflikte friedlich lösen.« Auch Adil Murad, führender YNKler, bringt seine Besorgnis über die Türkei zum Ausdruck. Er nimmt an, dass die Türkei ähnlich wie der iranische Schah vorgehen wird und ein neues Algier-Abkommen ausarbeitet. *[Das Abkommen von Algier zwischen dem Iran und dem Irak aus dem Jahr 1975 machte die vorherigen Abkommen, die dem kurdischen Volk im Irak einige Rechte zugesprochen hatten, nichtig.]* Weiterhin schildert Murad seine Bedenken über weitere Übereinkommen zwischen dem Irak und der Türkei, die er mit möglichen negativen Folgen für die Kurden verbindet.

Diese unterschiedlichen Interpretationen von PDK und YNK rühren sowohl von ihrer Mentalität als auch von ihren Verbindungen zu den Regionalkräften her und lassen zwei Bemerkungen zu: Die YNK steht dem Iran nahe und die PDK eher der Türkei – diese Bezüge der Parteien haben sich auf ihre Beziehungen zu al-Maliki ausgewirkt. Alle politischen Sektionen, die sunnitische, die schiitische und die kurdische Seite kamen 2012 zusammen und waren sich in Folgendem einig: die Macht untereinander aufzuteilen, ein unabhängiges System für die Provinzwahlen 2013 und die Parlamentswahlen 2014 zu schaffen, die Trennung von Legislative und Regierung zu erreichen, grundsätzliche Legitimität zu schaffen und das Gas- und Benzingesetz zu ratifizieren. Doch bislang ist nicht einer dieser Punkte verwirklicht worden, sondern alle sind missachtet worden.

Al-Maliki hat die Macht nicht mit den anderen geteilt, sondern nur seine Interessen vertreten. Es ist so weit gekommen,

dass auf großen Demonstrationen in sieben sunnitischen Städten interessanterweise teilweise Poster von Erdoğan gezeigt und Parolen gegen Ahmadinedschad gerufen wurden. Al-Haschimi erntet die Gunst der Türkei mit derartigen Demonstrationen. Dies allein genügt schon, um die komplizierte und verwirrende politische Situation im Irak zu verdeutlichen.

Die Freilassung hunderter weiblicher arabisch-sunnitischer Gefangener bedeutet noch lange nicht, dass al-Maliki die SunnitInnen an der Politik teilhaben lässt. Diese wollten in den Jahren 2011–2012 die sunnitischen Gebiete für unabhängig erklären. In dieser Zeit besuchte der irakische Parlamentspräsident al-Nudschaifi mehr als fünf Mal heimlich die Türkei und traf sich dort mit RegierungsvertreterInnen, womit sich die irakisch-türkischen Beziehungen zunehmend verschlechterten. Alle Konflikte spitzten sich zu, als Erdoğan al-Maliki vorwarf, einen religiösen Staat zu gründen, und dieser wiederum Erdoğans Beschuldigungen als Einmischung in die inneren Angelegenheiten des Irak ansah. Auf der anderen Seite verärgern al-Maliki besonders die politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen einiger turkmenischer Gruppen aus Kerkûk zur Türkei.

Aus der politischen Leere im Irak ziehen sowohl die Türkei als auch der Iran ihre Vorteile. Sie nisten sich in den wirtschaftlichen, allgemein- und bildungspolitischen Institutionen ein, insbesondere durch die Gülen-Bewegung und die türkisch-islamische Synthese. Auf kurdischem Gebiet und in vielen sunnitischen Gegenden sind auf Initiative der Gülen-Bewegung zahlreiche Universitäten, Schulen und Zentren errichtet worden. Die Wirklichkeit zeigt, dass seit 2006 die dominierende, absolut schiitische Macht in Person al-Malikis die 35-jährige Geschichte des strikt nationalistisch-arabischen und sunnitischen Baath-Regimes Saddam Husseins wiederholt. Im Irak hat sich eine reaktionäre Mentalität, fern aller Prinzipien der politischen Partizipation und der Demokratie, durchgesetzt.

Die kurdischen Bedenken gegenüber al-Maliki verstärkten sich, als er bei einem Staatsbesuch in den USA Kaufverträge für F16-Kampfjets unterzeichnete. Die KurdInnen befürchten, dass ihnen nach einem halben Jahrhundert mit Blutvergießen und zahlreichen Massakern auch weiterhin ihre Rechte entrissen werden.

Aus der politischen Leere im Irak ziehen sowohl die Türkei als auch der Iran ihre Vorteile. Sie nisten sich in den wirtschaftlichen, allgemein- und bildungspolitischen Institutionen ein, insbesondere durch die Gülen-Bewegung und die türkisch-islamische Synthese.

Die Rolle Irans in diesem Prozess offenbarte sich, als die 40-köpfige parlamentarische Gruppe um Muktada al-Sadr im irakischen Parlament Unterschriften gegen al-Maliki sammeln wollte, um ihm das Vertrauen zu entziehen. Auch die Parteienallianz al-Irakiya um den Schiiten Iyad Allawi mit mehr als 89 Parlamentssitzen konnte al-Maliki nicht vom Amt des Ministerpräsidenten ablösen. Als der Iran die eigene Haltung signalisierte, zogen die meisten schiitischen ParlamentarierInnen ihre Unterschrift zurück. Sieben Ministerien ließ al-Irakiya aufgrund des Boykotts gegen die Regierung unbesetzt, mit der Ausnahme, dass sich einer ihrer Flügel der al-Sadr-



Hewlêr/Südkurdistan: Protestdemonstration zum 15. Februar, Jahrestag der Verschleppung A. Öcalans Foto: DIHA

Bewegung zugewandt hat. Die meisten der der YNK nahestehenden kurdischen ParlamentarierInnen beteiligten sich nicht an der Unterschriftenkampagne.

Die Haltung der USA stützt die Politik al-Malikis, aber nur bis zu einem gewissen Punkt, sodass die SunnitInnen nicht von der politischen Praxis ausgeschlossen werden. Die USA wollen eine rückschrittliche Entwicklung im Irak vermeiden, da ihr Interesse momentan Syrien und den nuklearen Problemen mit dem Iran gilt. Gleichzeitig verärgert es al-Maliki sehr, dass die USA die guten Beziehungen mit Hewlêr (Arbil) und Ankara unterstützen. Daher setzt der Irak die in der Erdölgewinnung tätigen internationalen Firmen in letzter Zeit zunehmend unter Druck, damit sie sich entweder für den Irak oder für Kurdistan entscheiden; eine dieser Firmen ist beispielsweise Exxon Mobil.

Die Region besitzt noch immer keine grundsätzliche Legitimation. Das System der kurdischen Provinz stärkt das System der Führerschaft und der PDK, damit es sich zu keinem parlamentarischen System entwickelt.

Nun wird eine vorgezogene Neuwahl im Irak gewünscht. Doch die vorliegenden Probleme werden sich nicht ändern, solange die Mächte im Irak dieselbe Politik und Mentalität an den Tag legen. Zudem wird es sehr schwer fallen, unter solchen Umständen ein demokratisches System einzuführen.

Das irakische System ist kein institutionalisiertes geworden auf der Grundlage von Recht und Gesetz. Die Verstaatlichung nimmt gemäß den derzeit dominierenden und herrschenden Kräften und Glaubensrichtungen Form an und diese sind für ihre jeweiligen Interessen tätig.

Diese Situation ist in Südkurdistan nicht anders. Seit 22 Jahren unterliegt das kurdische Gebiet einer Selbstverwaltung. Doch die Herrschaft hat gemäß der Aufteilung zwischen PDK und YNK eine bestimmte Form angenommen. Die Probleme der fehlenden Anerkennung, der Qualität der Budget-Ausgaben und der Einnahmen aus der Erdölförderung sowie der Korruption, das Fehlen von Transparenz, die Missachtung der Menschenrechte, die vermehrte Gewalt gegen Frauen sind Gründe für die ernsthaften Konflikte und Spannungen in dieser Region.

Obwohl sich hier durch die Ergebnisse der Regionalwahlen vom 25. Juli 2009 das bisherige politische Bild verändert hat und eine Opposition ins Parlament gelangte, womit allgemein die Hoffnung auf ein unabhängiges System mit Gewaltenteilung verbunden wurde, hat sich keine ernsthafte Veränderung vollzogen. Im Gegensatz dazu wird ernsthafte Kritik an der Qualität der Verwaltung dieser Region geäußert: Der Regierungsvorsitzende, der Vorsitzende der Regionalverwaltung und der Vorsitzende des Sicherheitsrates stammen aus derselben Familie.

Die Region besitzt noch immer keine grundsätzliche Legitimation. Das System der kurdischen Provinz stärkt das System der Führerschaft und der PDK, damit es sich zu keinem parlamentarischen System entwickelt. Die meisten Diskussionen im Parlament drehen sich um die Erdöleinnahmen, da nicht bekannt ist, wofür die Gelder ausgegeben werden, und viele Fakten im Dunkeln bleiben.

Die Hauptkritik in den Gebieten unter PDK-Herrschaft liegt darin, dass keine andere politische Kraft oder Oppositionspartei außer der PDK selbst geduldet wird. Sobald sich Ansätze in diese Richtung entwickeln, wird versucht, diese zu liquidieren. Beispiele dafür sind Brandanschläge auf die Parteizentrale der Goran-Bewegung, auf die Islamische Union (Yekgirtuya İslami) im Februar 2011, und die Schließung der Parteibüros der Partei für eine Demokratische Lösung in Kurdistan (PÇDK).

Seit den 90er Jahren bis heute sind hunderte Personen aufgrund abweichender Meinung festgenommen worden und sind seither vermisst. Obwohl zahlreiche Parteien mit Hilfe der PDK gegründet worden sind, hat sie Befürchtungen vor einer vielfältigen Parteienlandschaft. *[Anm. d. Übers.: Diese Parteien wurden mit dem Ziel gegründet, eine unvermeidbare Opposition unter Kontrolle zu halten]*.

Dieses innerpolitische Bild schwächt die KurdInnen gegenüber Bagdad, denn wer selbst nicht demokratisch agiert, kann wohl kaum von anderen demokratische Rechte verlangen. In einem Punkt zeigt sich ein Unterschied: Die KurdInnen haben bei den *[Regional-]*Wahlen im Jahr 2009 aufgrund vieler Listen und unterschiedlicher KandidatInnen in den Provinzen Kerkûk, Mûsil (Mossul), Dîyale mit großer kurdischer Bevölkerungsmehrheit die Wahlen verloren. Doch nun beachten sie bei den Vorbereitungen für die Regionalwahlen am 21. April 2013, dass die politischen Parteien der KurdInnen gemeinsam auftreten. Dies zeigt, dass sie ihre Lehren aus den Fehlern bei den vergangenen Wahlen gezogen haben. Das ist ein guter Anfang, damit sie in Zukunft die Verwaltung der Region weiterentwickeln. Denn je mehr sich die Selbstverwaltung durchsetzt, umso schwächer wird ihnen gegenüber die Zentralregierung. Und eben das ist das wahre Fundament einer Demokratie. ♦

Über die kurdischen Interessen und den Egoismus

Worauf wartet Barzani?

Mehmet Medenibek

Im Fokus der Weltöffentlichkeit und des Mittleren Ostens steht im Moment ohne Zweifel Syrien. Im Zuge des zwei Jahre andauernden sogenannten »Arabischen Frühlings« scheinen der Volksaufstand und der gewaltsame Kampf ihren Höhepunkt erreicht zu haben. Aktuell vergeht kein Tag, ohne dass uns Nachrichten über blutige Gefechte, Zerstörung und Plünderungen sowie willkürliche Explosionen und Todesopfer erreichen. Mit jedem Tag wird deutlicher, dass es sich um einen Systemkampf handelt. Im Kampf für einen demokratischen Mittleren Osten wird entweder von außen ein Modell nach der Vorstellung des Westens aufgezwungen werden oder es wird die lokale gesellschaftliche Dynamik sein, die jenseits von Staat, Macht und Gewalt die Fähigkeit aufbringen wird, ihre autonome Alternative zu entwickeln. Nach herrschender Auffassung wird sich der vor cirka hundert Jahren etablierte Status quo im Mittleren Osten nicht weiter halten können. Dabei spielt die sich aufzwingende Kurdenfrage eine Schlüsselrolle.

Zum ersten Mal seit dem nach dem Ersten Weltkrieg geschlossenen Vertrag von Lausanne von 1923 haben die statuslos gebliebenen Kurden eine historische Gelegenheit zur Revision dieser Situation erhalten. Mit den fortschreitenden Ereignissen, unter anderem der Auflösung des Anti-PKK- bzw. antikurdischen Pakts zwischen Iran, Irak, Syrien und der Türkei, scheint einem Status für die Kurden und der kurdischen Nationalkonferenz nichts im Wege zu stehen. Allerdings gibt es widersprüchliche Indizien, die es zu analysieren gilt.

Zum Beispiel kann angeführt werden, dass die kurdische Nationalkonferenz seit Jahren vom Vorsitzenden der Demokratischen Partei Kurdistans (PDK) und Präsidenten der Regionalregierung Südkurdistans Masud Barzani höchstpersönlich mit abenteuerlichen Begründungen und Vorwänden verschoben wird. Abgesehen von dieser bemerkenswerten Haltung häufen sich erst recht die Fragezeichen, nachdem sich zwischen der Regionalregierung unter Barzani und der Bagdader Zentralregierung unter al-Maliki ernsthafte Konflikte bis hin zu Gefechten ergeben haben. Barzani, der die PKK im Auftrag der Türkei mehrfach öffentlich zum Niederlegen ihrer Waffen und einer generellen Waffenruhe aufgerufen hatte, ist angesichts der gegenwärtigen Situation selbst dabei, dringend die Anzahl und Bewaffnung seiner Peshmerga-Streitkräfte zu verstärken und die Hilfe aller kurdischen Fraktionen einzufordern.

Unklar bleibt hier, warum der PDK-Vorsitzende trotz der aktuellen Umstrukturierungsphase und Krise des Mittleren Ostens die Einberufung der kurdischen Nationalkonferenz aufschiebt. Wobei gerade jetzt eine gebündelte innerkurdische Politik, Diplomatie und Verteidigungskraft von enormer strategischer Bedeutung wäre. Wenn die Kurden einen Status erlangen und absichern wollen, ist die kurdische Nationalkonferenz dafür unabdingbar. Deshalb ist, um dieses Ziel nicht zu verfehlen, jede Stunde wertvoll und sollte nicht weiter verschwendet werden. Die kurdischen nationalen Interessen zu wahren und zu schützen ist besonders heute von existenzieller Bedeutung. Sowohl im Irak als auch in Syrien dauern militärische Auseinandersetzungen und Konflikte an. In dieser Zeit, in der zum einen ein Machtvakuum droht und zum anderen neue Hegemonie-Pakte entwickelt werden, ist die gespaltene und unpolitische Haltung der Kurden verantwortungslos und nicht zu rechtfertigen.

Weiter bleibt unverständlich, warum die Grenze zwischen Süd- und Westkurdistan (zwischen den Staaten Irak und Syrien), die auf der einen Seite von Barzani und der Kurdischen Regionalregierung kontrolliert wird und auf der anderen Seite ohne Kontrolle ist, vonseiten Barzanis noch immer nicht geöffnet wird. Obwohl momentan in Syrien und Westkurdistan aufgrund der Gefechte ein ernsthafter Lebensmittel-, Medikamenten- und Spritmangel das Leben erschwert. Das geschieht in Kenntnis Barzanis und seiner die Grenze bewachenden Peshmerga-Truppen, trotzdem bleiben die Grenztore verschlossen. Während des Assad-Regimes gab es viele Grenzkontrollpunkte, doch mit Beginn der Unruhen und Aufstände sowie der Autonomiebemühungen der Kurden haben sich die Truppen Assads aus dem Norden und Nordosten des Landes weitestgehend zurückgezogen. Lediglich die Streitkräfte Barza-

nis auf der anderen Seite der Grenze zum Irak verhindern die Grenzöffnung. Objektiv betrachtet verteidigt die PDK die willkürlich gezogenen Staatsgrenzen der Besatzermächte, die Kurdistan zum Nachteil aller Kurden zerstückeln. Als ob dies allein nicht ausreichte, verhindert die PDK auch noch den Grenzverkehr. Das gereicht allein den Kurden zum Nachteil. Hungernde Kinder, Medikamenten- und Versorgungsmangel sind nur einige negative Resultate dessen.

An dieser Stelle muss gefragt werden, warum und in wessen Auftrag oder Interesse Barzani die Grenze verschlossen hält?

Wer muss kommen oder was muss passieren, damit sie endlich geöffnet wird?

Es ist klar, dass verborgene Absichten im Spiel sind, klar ist jedoch auch, dass diese Absichten nicht den kurdischen Interessen entsprechen. Die Grenze wird ganz bestimmt nicht zum Vorteil der Kurden oder im Sinne eines Ziels oder einer Sicherheitsvorkehrung geschlossen gehalten. Wie auch immer, dies alles dient im Endeffekt nicht den nationalen Interessen.

Es scheint sich abzuzeichnen, dass Barzani aus der Bedrängnis der westkurdischen Bevölkerung mit einer Politik, sie auszuhungern und anschließend mit Geld zu kaufen und abhängig zu machen, Profit schlagen will. Die Grenze, über die keine Lebensmittel, Medikamente, Treibstoffe gelangen, können die FSA-Gruppen welche kürzlich Serê Kaniyê (Ras al-Ain) mit Waffen angegriffen und überfallen haben, ohne Probleme passieren. Auch die gegen die PYD eingestellten politischen Kreise können im Gegensatz zur Bevölkerung die Grenze passieren. Somit können die notwendigen Bedürfnisse der Bevölkerung nicht befriedigt werden. Diese Entwicklung steht im Schatten der jüngsten Sitzungen zwischen Barzani und den Vertretern des Kurdischen Hohen Rates von Westkurdistan in Hewlêr (Arbil). In den Medien wurde verbreitet, dass bei diesen Gesprächen die baldige Öffnung der Grenzen vereinbart worden sei.

Es bleibt die Frage, warum Barzani dann sein Wort nicht hält? Was ist der Grund dafür, dass er seine Zusage nicht in die Praxis umsetzt?

Wenn besagte historische Gelegenheit für das kurdische Volk nicht verpasst werden soll, müssen alle politischen Vereinigungen, Intellektuellen, Künstler, Autoren, Politiker, Akademiker, Jugendlichen, Frauen und alle entsprechenden Kreise die PDK und Barzani schleunigst auf die nationalen Interessen und die Einheit hinweisen und mit wirkungsvollen Aufrufen endlich zu praktischen Schritten bewegen. Das ist deshalb so wichtig, weil manche historischen Gelegenheiten und Chancen so schnell nicht wiederkommen oder sich wiederholen. Die Geschichte wird den Kurden eine solche Chance nicht noch ein weiteres Mal bieten. Deshalb ist es für sie von großer Wichtigkeit, dass die Kurden in Syrien Strukturen schaffen, die als Status international anerkannt werden. Die politische Konjunktur sowie die lokale, regionale und internationale Situation bieten dafür wertvolle Möglichkeiten.

Nur sieht es so aus, als ob nunmehr Kurdenfeindlichkeit im Namen von Kurden und Kurdentum im Namen von Kurden, die wie Wölfe im Schafspelz versteckt agieren, daherkommen. Angesichts der kontroversen Positionen der freien Kurden in der kurdischen Freiheitsbewegung und der kurdenfeindlichen Erdoğan-AKP-Regierung können wir die politischen und wirtschaftlichen Beziehungen der PDK und Barzanis mit der türkischen Autorität nicht außer Betracht lassen. Es ist definitiv die Zeit gekommen, diese falsche, gefährliche und auf Zusammenarbeit basierende kurdenfeindliche Politik und Beziehung zwischen AKP und PDK zu kritisieren und nicht weiter hinzunehmen. Daher ist es für alle, die denken, etwas für die kurdischen nationalen Interessen tun zu müssen, eine historische, moralische und politische Aufgabe und Pflicht, diesbezüglich aktiv zu werden. Es ist Zeit zu handeln und entschiedene politische Haltungen hervorzubringen. Die Frage ist nur, auf wen oder was warten wir dann also? ♦

Protestdemonstration im Flüchtlingscamp Mexmûr gegen die Morde in Paris Foto: DIHA

Die Neustrukturierung des Nahen Ostens und der »Kurdische Aufbruch« in Syrien

»Die Menschen wollen nicht mehr von oben regiert werden«

Martin Dolzer, Soziologe

Am 26.01.2013 veranstaltete das Netzwerk kurdischer AkademikerInnen Kurd-Akad e. V. gemeinsam mit dem Kurdischen Zentrum für Öffentlichkeitsarbeit Civaka Azad e. V. und dem Verband der Studierenden aus Kurdistan YXK e. V. in Dortmund die Fachtagung »Die Neustrukturierung des Nahen Ostens und der ›Kurdische Aufbruch‹ in Syrien«. Mehr als 150 TeilnehmerInnen besuchten die eintägige Veranstaltung.

Aus aktuellem Anlass verlas eine Vertreterin von Cenî, des Kurdischen Frauenbüros für Frieden e. V., die Erklärung der Vereinigung Kurdischer Frauen in Europa (TJKE) zu den Morden an den drei kurdischen Exilpolitikerinnen Sakine Cansız, Fidan Doğan und Leyla Şaylemez. Es handele sich dabei um professionell durchgeführte kaltblütige und politisch motivierte Hinrichtungen. Die gemeinsame Trauer und Solidarität gelte den Ermordeten, den Familien und dem kurdischen Volk. Die drei revolutionären Frauen stünden für Frauenbefreiung, respektvolles Voneinanderlernen, einen Friedensdialog und die kraftvolle Umsetzung der Ideologie Abdullah Öcalans. Die Morde sollten auch im Rahmen des Verteilungskrieges im Mittleren Osten mit geostrategischen Interessen der Türkei, der EU und der USA gesehen werden. Die Beteiligung von Geheimdiensten sei mehr als wahrscheinlich und die französischen Behörden gefordert, die grausamen Taten und deren Hintergründe lückenlos aufzuklären, hieß es in der Erklärung. Die Täter hätten bezweckt, Ohnmacht zu erzeugen und den Friedensdialog zwischen der türkischen Regierung und Abdullah Öcalan zu behindern. Die kurdische Bevölkerung habe jedoch im Rahmen der Trauerfeiern zu Hunderttausenden gezeigt, dass sich der Kampf um Gleichberechtigung, Demokratie, Frieden und Freiheit nicht ermorden lässt.

In drei Foren und einer Abschlussdiskussion sprachen und diskutierten PolitikerInnen, WissenschaftlerInnen, JournalistInnen und MenschenrechtlerInnen über die Entwicklungen in Kurdistan und dem Mittleren Osten, mit einem Schwerpunkt auf Syrien. Sämtliche Beiträge wurden simultan auf Türkisch, Deutsch und Kurdisch übersetzt.

Im Forum »Der ›arabische Frühling‹ als Modell für den Nahen Osten« skizzierte Prof. Udo Steinbach einige Entwicklungslinien des »arabischen Frühlings« und vertrat die Ansicht, dass es notwendig sei, die KurdInnen in allen vier Teilen Kurdistans (Nord/Türkei, West/Syrien, Süd/Irak und Ost/Iran) in politische Lösungen einzubeziehen. Das Selbstbestimmungsrecht der Völker müsse endlich auch in Bezug auf die KurdInnen anerkannt werden. »Es ist besonders wichtig, auch das Agieren der Menschen in der Region und nicht lediglich die Interessen der Großmächte zu sehen«, so Steinbach. Der mittlerweile als Leiter des GOVERNANCE CENTER Middle East/North Africa in Berlin fungierende und für »Good Governance« zuständige Wissenschaftler vertritt die Auffassung, dass die türkische Regierung Erdoğan derzeit entscheidende Schritte in einem Friedensdialog mit den KurdInnen gehe und dass eine kluge militärische Intervention der westlichen Großmächte in Syrien angebracht sei, um den dortigen Konflikt zu lösen.

Der kurdische Journalist Ferda Çetin aus Brüssel verdeutlichte dagegen, dass es gerade die Regierungen der EU, der USA und der Türkei in Zusammenarbeit mit den Herrschern von Katar und Saudi-Arabien seien, die den Konflikt in Syrien durch Bewaffnung der so genannten Rebellen sowie durch Propaganda und eine Diplomatie des Umsturzes eskalieren. Einen ernsthaften Dialogversuch der türkischen Regierung könne er nicht erkennen. Der »arabische Frühling« und die Rebellion in Syrien hätten ihren Ursprung in einem Aufstand gegen Despotismus, würden dann jedoch auf unterschiedliche Weise von neokolonialen Mächten instrumentalisiert. Die Forderungen der Bevölkerung würden dann wie z. B. in Syrien und Ägypten übergangen und, wenn es sein muss, auch bekämpft. »Durch

Aufrüsten nicht in der Bevölkerung verankerter Akteure wie der Freien Syrischen Armee (FSA) wird die Region, ähnlich wie zuvor Afghanistan, Libyen und Irak, destabilisiert«, erklärte Çetin. Besonders die türkische Regierung fürchte die auf Grundlage der mehrheitlichen Beteiligung der Bevölkerung in Westkurdistan entstandenen Volksräte. Mit aller Macht wolle die AKP daher verhindern, dass in Syrien eine ähnliche föderale Struktur entsteht wie im Nordirak/Südkurdistan. Deshalb unternehme sie alles nur Erdenkliche, um die bisher einzig stabile Region in Syrien, die unter der Verwaltung der Partei der Demokratischen Einheit (PYD) und des Kurdischen Hohen Rates steht, anzugreifen. Dafür würden auch al-Qaida-nahe Gruppen und Warlords aufgerüstet – selbst Mitglieder des Geheimdienstes JITEM eingesetzt. Die kurdische Bewegung zeige demgegenüber durch den Aufbau einer stabilen Verwaltung einen dritten Weg auf und beteilige sich nicht an dem Kampf um Geld und Macht.

Die Journalistin Friederike Beck skizzierte detailliert, wie die Propagandamaschinerie in der EU und den USA arbeitet, um kolonialistisch motivierte Militärinterventionen und den Kampf um Macht und Ressourcen als Menschenrechtsinterventionen darstellen zu können. »Die Medien sind eine vierte Gewalt«, so Beck. Bereits Anfang 2000 wurden das Greater Middle East Project der USA und ähnliche Konzepte in Europa konkretisiert, schilderte sie. Der Irak, Iran, Syrien und Libyen seien in diesem Rahmen als Schurkenstaaten deklariert worden, in denen ein »Regime change« herbeigeführt werden muss. Anhand von gut recherchierten Quellen belegte Beck, dass auf Regierungsebene von Beginn an geplant gewesen sei, regionale Kräfte, egal ob sie sich an Menschenrechte und Kriegsrecht halten, propagandistisch aufzubauen und aufzurüsten, um die eigenen geostrategischen Ziele durchzusetzen. Um die Medien gleichzuschalten, würden Satelliten für unliebsame Sender gesperrt und Lobbyorganisationen gegründet, die einseitig und oft bewusst falsch informieren – wie z. B. die der FSA nahestehende »Beobachtungsstelle für Menschenrechte« in London. In Syrien komme es in letzter Zeit auch verstärkt zu derart motivierten Entführungen von und Morden an »unbequemen« JournalistInnen.



Beerdigung von zwei Mitgliedern der YPG in Serê Kaniyê Foto: DIHA

Ein Beispiel sei auch das Vorgehen der Organisation Avaaz, die sich als Netzwerk für Umweltschutz und Menschenrechte ausgibt. Circa 5,5 Millionen Dollar Spenden habe die NGO erhalten, die nach Selbstauskunft »mit Bürgerstimmen weltweit politische Entscheidungen beeinflusst«. »Rettet die Wale« oder »Beendet die Misshandlung von Frauen in Indien« klingt gut. Dass dann allerdings ca. 3 Millionen Dollar der Spendengelder zur Unterstützung der FSA in Syrien und eine Million Dollar an die drei Führungskräfte fließen, entbehre jeglicher Grundlage und Transparenz, so Beck. Avaaz liefere zudem 30 % der Informationen, anhand derer CNN und BBC über Syrien berichten. Eine der drei LeiterInnen der NGO sei »Foreign Service Officer« der US-Regierung.

Das zweite Forum hatte den Titel: »Die innen- und außenpolitische Dimension der Wandlungsprozesse in Syrien«. Dr. Gundi Dilberz schilderte die Entwicklungen der letzten 100 Jahre in Syrien. Er skizzierte die koloniale Grenzziehung in der Region im Jahr 1916. Die ca. 50 Millionen KurdInnen wurden auf die vier oben genannten Staaten aufgeteilt. In Westkurdistan/Nordsyrien leben heute ca. 3,5–4 Millionen KurdInnen. In den kurdischen Provinzen im Norden des Landes lagern die größten Erdölreserven Syriens. Die Regierung habe seit Staatsgründung in unterschiedlich starker Ausprägung eine Assimilations- und Vernichtungspolitik betrieben. In den 1960er Jahren wurde mit der Arabisierung der Grenzregion zur Türkei begonnen. Kurdische BürgerInnen wurden aus einem 10–15 km breiten »Arabischen Gürtel« vertrieben, ca. 100 000 von ihnen die Staatsangehörigkeit entzogen. 1966 ließ die syrische Regierung mehr als 80 bekannte KurdInnen gleichzeitig verhaften, foltern und ermorden. Seitdem kommt es immer wieder zu Massakern. Die Repression sei u. a. durch 16 Geheimdienste allgegenwärtig, schilderte Dilberz. Ab 2004 sei es zu einem Wendepunkt gekommen. Die KurdInnen organisierten sich seitdem systematisch, vor allem in der PYD. Lo-

gische Konsequenz davon sei die jetzige Bildung der Volksräte in der Phase des Umbruchs.

Der Wissenschaftler Haluk Gerger aus Ankara erhielt in der Türkei Berufsverbot, da seine klare historisch-materialistische Analyse den Herrschenden ein Dorn im Auge ist. Er skizzierte die Herausbildung der nationalistischen Bewegungen in der arabischen Welt (Syrien, Irak, Ägypten) nach dem Zweiten Weltkrieg. Die Türkei habe der NATO zu dieser Zeit als geostrategische Pufferzone im Klassenkampf gegen die Sowjetunion und Befreiungsbewegungen gedient. Die Unterdrückung der kurdischen Bevölkerung habe kurz nach Staatsgründung 1923 begonnen. Eine systematische Assimilationspolitik, die Bekämpfung der politischen und kulturellen Organisierung sowie Menschenrechtsverletzungen bis hin zu Chemiewaffeneinsätzen seien seitdem an der Tagesordnung. In Bezug auf Syrien fahre die AKP eine andere Strategie als in Südkurdistan/Nordirak, beschrieb Gerger. Bevorzugt hätte sie eine direkte militärische Intervention, um die PYD und die Volksräte zu vernichten. Da dies im Bündnis mit der EU und den USA derzeit nicht möglich sei, würden Warlords aufgerüstet. Es werde auch versucht, den Präsidenten der Autonomen Region Kurdistan M. Barzani aus dem Kurdischen Hohen Rat abzuspalten.

Eigentlich habe die türkische Regierung den Konflikt mit der PKK, die sie vernichten wollte, besonders im letzten Jahr auf militärischer, ethischer, kultureller und historischer Ebene verloren. Der Dialogversuch mit Abdullah Öcalan sei eine Konsequenz davon. Allerdings werde eine Doppelstrategie – bei gleichzeitiger Eskalation von Repression und militärischer Gewalt – benutzt. Die KurdInnen würden von der Türkei und den westlichen Großmächten als Hindernis bei der neokolonialen Aufteilung des Mittleren Ostens gesehen, so Gerger. Im Idealfall könnten sie, wenn sie gemeinsam agieren, ein Bindeglied für die demokratische Entwicklung der gesamten Region sein. »Leider kann ich hier nicht alles sagen, was ich denke, sonst werde ich bei meiner Rückkehr in Ankara verhaftet«, beschrieb Haluk Gerger die allgegenwärtige Repression.

Im dritten Forum »Die Rolle der KurdInnen im Wandlungsprozess und in der Oppositionsbewegung in Syrien« skizzierte der Vertreter der PYD in Europa, Hassan Mohamed Ali, die basisdemokratische Organisierung der Volksräte sowie die Politik seiner Partei: »Momentan stehen sich zwei grundlegend verschiedene Entwicklungsmodelle für Syrien gegenüber: die an der Basiskultur des Mittleren Ostens orientierte Organisierung der Bevölkerung und die Mentalität des Ausverkaufs der Region.«

Die PYD berufe sich positiv auf 5000 Jahre alte Wurzeln, während im Rahmen des Greater Middle East Project versucht werde, der Region die westlichen gesellschaftlichen Formationen überzustülpen. Die AKP stelle dabei das Rollenmodell für die neoliberale Gestaltung und habe gleichzeitig eine neoosmanische Ausrichtung als hegemoniale Regionalmacht. Die Volksräte und die von ihnen umgesetzte Demokratische Autonomie seien dagegen Ausdruck einer längeren revolutionären Aufbauphase. In diesem Rahmen würden sämtliche ethnischen und religiösen Strömungen vereint. »In jedem Volksrat gibt es 17 Kommissionen, die sich mit Bildung, Verwaltung, Frauenbefreiung, Sozialem, Wirtschaft und allen Themen der Gesellschaftsgestaltung beschäftigen.« Insbesondere die Frauen seien in diesem Prozess eine sehr dynamische Kraft. Frauenbildungseinrichtungen und Frauenhäuser würden aufgebaut, 40 % der Gremien seien von Frauen besetzt. »Unter anderem zur Verteidigung gegen die immer aggressiver geführten Angriffe aus der Türkei haben wir die Volksverteidigungseinheiten YPG gebildet«, skizzierte Ali. Der Kurdische Hohe Rat, ein Gremium, in dem sämtliche kurdischen Organisationen – auch die von Barzani dominierten – vereint sind, bilde das Dach dafür.

Die der AKP nahestehenden Muslimbrüder versuchten dagegen, die multiethnische und multireligiöse Vielfalt auszuhebeln. Dadurch würden insbesondere die Salafisten gestärkt. Seitens der türkischen Regierung würden wie bei den Angriffen in Afrîn und Serê Kaniyê (Ras al-Ain) fanatische bewaffnete Gruppen aufgerüstet, ausgebildet und immer wieder von der Türkei aus in den Kampf geschickt. Dafür würden ebenfalls Panzer sowie Ambulanzen gestellt. Kriegsverbrechen, Entführungen und Tötungen von ZivilistInnen würden zum Standard dieser Gruppen gehören. Selbst Kinder seien getötet worden. Die KurdInnen würden dabei als ungläubige, zu vernichtende Feinde stilisiert.

»Syrien war schon immer eine zentrale Macht im Mittleren Osten«, erklärte Ali, »diejenigen Kräfte, die sich hier durchsetzen, werden eine entscheidende Rolle in der gesamten Region spielen. Deshalb beteiligen sich viele AkteurInnen an dem Konflikt. Auch Deutschland, Frankreich, die EU und die USA planen dementsprechend schon für die Zeit nach Assad.« Die PYD sei bereit, mit sämtlichen demokratischen Kräften zusammenzuarbeiten – die so genannte Exilopposition habe aber kein Interesse daran, den KurdInnen auch nur minimale Rechte zuzugestehen. »Die kurdische Bevölkerung und auch die syrische Bevölkerung wollen nicht mehr von oben regiert werden, sondern an den gesellschaftlichen Prozessen teilhaben. Dafür werden wir auch weiterhin kämpfen«, erklärte Ali.

In der Abschlussdiskussion wurden einzelne Aspekte der beschriebenen Referate vertieft und auf die immer offener propagierte neokoloniale Ausrichtung der Politik der EU hingewiesen. Die Fachtagung war insgesamt sehr informativ, produktiv und intensiv. ♦

Kritik an der Politik Deutschlands

Widerstand im Iran geht weiter

Ercan Ayboğa

Am 24.11.2012 fand in Erfurt eine Informations- und Diskussionsveranstaltung der Rosa-Luxemburg-Stiftung (RLS) zur Opposition im Iran statt. Die TeilnehmerInnen diskutierten mit vier Referenten, die verschiedene Aspekte des gesellschaftlichen Widerstands und gesellschaftlicher Opposition im Iran abdeckten. Der Fokus dieser Veranstaltung lag bewusst nicht auf der Diskussion über das Atomwaffenprogramm des iranischen Staates, was in der Vergangenheit bei vielen Veranstaltungen der Fall gewesen war. Durch dieses Programm gilt der iranische Staat in der westlichen Mehrheitsöffentlichkeit immer mehr als die größte Gefahr für den Weltfrieden. Dabei wird oftmals der Eindruck erweckt, dass nach der »Grünen Revolte« von 2009 innenpolitischer Friede eingekehrt wäre. Die Lage im Iran ist jedoch gerade in den letzten Monaten und Jahren immer mehr durch zahlreiche Widerstandsaktivitäten geprägt.

Die Einführung in das Thema gab der Autor und Kolumnist Bernard Schmid aus Paris, der die iranische Revolution von 1979 analysierte und anschließend die Entwicklung der oppositionellen Kräfte bis heute beschrieb. Zunächst hob er hervor, dass es sich bei der Revolution von 1979 um keine islamische gehandelt habe. Die Revolutionszeit begann Mitte 1977; die Islamisten erstarkten erst ein Jahr später und wuchsen zu einem von mehreren Kraftzentren heran. Sie hätten sich geschickt revolutionärer Rhetorik bedient und den starken Klerus und die Basar-Leute hinter sich gehabt. Die Spaltung und Naivität der Linken und auch das schlaue Taktieren und die frühe Bewaffnung der islamistischen Kräfte hätten für die vollständige Machtübernahme ein Jahr nach der Revolution im Februar 1979 gesorgt. Dass es sich bei den Islamisten um Konterrevolutionäre handelte, wurde am 04.03.1979 offenbar, als Homosexuelle hingerichtet wurden. Die Botschaftsbesetzung im November 1979 habe zu einer zwiespältigen Haltung bei der Linken geführt. Kurz gesagt, die Islamisten hätten es kurz nach der Revolution verstanden, die linken Kräfte zu spalten, deren frühere Ausdifferenzierung sich in den darauffolgenden Jahrzehnten als tragisch herausstellen sollte.

Interessant zu wissen ist im Zusammenhang mit der iranischen Revolution noch, dass erst der Ölarbeiterstreik die Endrunde der Revolution einleitete. Die Effektivität des Streiks sei darin begründet gewesen, dass die Raffinerien alle an einem Ort konzentriert waren. Gerade deshalb habe das neue islamische Regime heute die Raffinerien über das ganze Land verstreut.

Nach dem Tod Khomeinis wurde die Macht im Staat verteilt und es wurden regelmäßige Parlaments- und Präsidentschaftswahlen abgehalten. Doch das System sei so geblieben, wie es war, und das trotz zahlreicher sozialer Proteste im ganzen Land Anfang der 90er Jahre; die Opposition sei schon weitgehend zerschlagen gewesen. In diesen Jahren wurden Dutzende ins Ausland geflohene Oppositionsführer von staatlichen Mitarbeitern ermordet.

Die achtjährige Periode mit Staatspräsident Chatami, in den Millionen ihre Hoffnungen gesteckt hatten, sei von Anfang an trügerisch gewesen, eine Transformation dieses Regimes nie machbar. Er und andere seien Ausdruck der stark ausgeprägten Elitenkonkurrenz im Iran. Auch Mussawi von der »Grünen Bewegung« sei im Endeffekt Teil dessen.

Die dritte Phase im Staat Iran habe mit Ahmadinedschad begonnen, mit dem der Terror von oben zugenommen hat. Seine verbale Konfrontation mit auswärtigen Mächten diene der »Schließung der eigenen Reihen«.

Der Autor und zweite Referent des Abends Peyman Javaher-Haghighi teilte die wichtigsten sozialen Bewegungen im Iran in vier Gruppen: Frauenbewegung, Studierendenbewegung, ArbeiterInnenbewegung und ethnische Bewegungen.

Zunächst ging er auf die institutionalisierte Geschlechterapartheid ein. Er hob zunächst hervor, dass in wirtschaftlichen und politischen Krisen der Druck auf die Frauen zunehme, da diese selbstbewusst aufträten, nach individuellen Freiheiten suchten und bei Protesten eine federführende Rolle spielten.

Ein Grund für das Selbstbewusstsein der Frauen liege darin, dass sie 60 % der Studierenden stellen.

Genauso fürchte das Regime die Studierenden. Direkt nach der Revolution wurden die Universitäten erst einmal für drei Jahre geschlossen, um die islamistische Ideologie einführen zu können. Doch trotz aller ideologischen Strukturänderungen und Repressionen an den Universitäten hätten die Studierenden immer wieder revoltiert. In der Logik der Machthaber müsse »das Nest der Säkularisierten« mit heute 3,5 Mio. Studierenden – 20-mal mehr als vor der Revolution – zerschlagen werden.

Auf diesen beiden Bewegungen und denen der ArbeiterInnen und der ethnischen Bevölkerungsgruppen basiere die »Grüne Bewegung«, getragen insbesondere von der weniger ideologisierten und gegenüber Repression sensibleren Jugend. Die Forderungen seien erst einfache gewesen, dann aber schnell radikaler geworden. Selbst Chamenei, der »Revolutionsführer«, wurde infrage gestellt. Dass Millionen auf die Straße gingen, könne nicht nur auf Kommunikationsmittel wie »soziale Medien« zurückgeführt werden, auch wenn sie wichtig waren. Diese Bewegung sei auch ein Ergebnis der Desillusionierung aus der Chatami-Zeit gewesen; die Hardliner waren jedoch zu absolut keinen Zugeständnissen bereit und das Regime sehr trainiert in der Niederschlagung von Aufständen. Eine Schwäche der »Grünen Bewegung« sei u. a. gewesen, die Forderungen verschiedener Bevölkerungsgruppen wie der ArbeiterInnen und der ethnischen Minderheiten nicht einzubeziehen, die ländlichen Gebiete waren von den Protesten abgetrennt. Mussavi und Karroubi hätten die politische Führung übernommen, trotzdem nicht alle der aus verschiedenen Schichten, darunter auch der verarmten Mittelschicht, stammenden Protestierenden mit den beiden einverstanden gewesen seien. Es sei zu ihrem Vorteil gewesen, dass sie den Protestierenden etwas Freiraum gegeben hatten, ihre große Schwäche, dass sie nicht konsequent genug waren und die gesamte Bewegung im Rahmen des Systemerhalts einschränken und bremsen wollten.

Ahmadinedschad habe nur die Unterstützung eines Bruchteils der ärmeren Schichten und sei somit nicht der »Mann der kleinen Leute«. Dabei sei zu bedenken, dass 40 % der Bevölkerung unter der Armutsgrenze leben – bei steigender Tendenz.

> Alle vier Referenten lehnten allgemeine Wirtschaftssanktionen gegen den Iran ab – das träfe nur die breite Bevölkerung und liefere dem System sogar Argumente –, befürworteten aber Sanktionen für Rüstungsgüter, Überwachungstechnik und Ähnliches. Auch sprachen sie sich gegen eine ausländische Intervention im Iran aus, was fatale Folgen für die Gesellschaft haben würde.

Worian Ahmadi von der Kommunistischen Partei Irans und ihrer Kurdistan-Sektion »Komalah« behandelte die Lage der arbeitenden Menschen im Staat Iran, die im Falle des Engagements für ihre Rechte mit systematischer Repression konfrontiert werden würden. Der Staat habe große Angst vor ArbeiterInnen, die im Vergleich zu Nachbarstaaten einen relativ hohen Bevölkerungsanteil stellen. Im Iran gebe es – neben den offiziellen und staatsnahen Vertretungen – unzählige illegale Gewerkschaften und Komitees, die meistens nicht von parteipolitisch gebundenen Menschen getragen werden, sondern für die Rechte der ArbeiterInnen kämpfen würden. Die jüngste Wirtschaftskrise mit hoher Inflationsrate träfe vor allem Letztere, was u. a. die Verbreitung von Zeitarbeit mit sich brächte. Auch würden immer wieder Gehälter für Monate nicht ausgezahlt. Immer mehr Menschen haben eine zweite Beschäftigung.

Am 15. Juni 2012 habe eine Versammlung von 59 VertreterInnen der illegalen Gewerkschaften stattgefunden, die von Staatskräften gestürmt worden sei. Aufgrund internationaler Proteste seien die Festgenommenen wieder freigekommen.

Der an der Universität Heidelberg promovierende Resgar Beraderi sprach über den Widerstand im kurdischen Teil des Staates (Ostkurdistan), der zu den wichtigsten im Iran zähle. Die KurdInnen würden dort nicht wie in der Türkei und Syrien offen verleugnet und die Unterdrückung äußere sich aufgrund der persischen und kurdischen sprachlichen und kulturellen Nähe subtiler. Offiziell sei es möglich, auf Kurdisch zu unterrichten, doch nirgends werde das angewandt. Das liege an der tatsächlich starken Repression in Ostkurdistan, wo die Arbeits- und Perspektivlosigkeit sehr groß sei. Von dort würden viele Menschen nach Teheran und in die anderen ökonomischen Zentren auswandern. Es gäbe dort viele Arbeitskräfte, doch keine Fabriken. Hervorzuheben von der Widerstandspalette sei die Partei für ein Freies Leben in Kurdistan (PJAK), eine jüngere Partei und mit Sympathien vor allem unter Jugendlichen. Die beiden älteren Parteien PDK-Iran (Demokratische Partei Kurdistans) und Komalah hätten nach jahrzehntelangem Widerstand gegen das Regime in den letzten Jahren viel

von ihrem Einfluss eingebüßt. Die PJAK, die auch mit einer Guerilla gegen das Regime kämpft und sich bisher einigermaßen halten konnte, habe auch durch ihr politisches Projekt des »Demokratischen Konföderalismus« große Aufmerksamkeit erregt. Damit seien Demokratie von unten und Selbstverwaltungsstrukturen für alle Menschen im Iran gemeint.

Alle vier Referenten lehnten allgemeine Wirtschaftssanktionen gegen den Iran ab – das träfe nur die breite Bevölkerung und liefere dem System sogar Argumente –, befürworteten aber Sanktionen für Rüstungsgüter, Überwachungstechnik und Ähnliches. Auch sprachen sie sich gegen eine ausländische Intervention im Iran aus, was fatale Folgen für die Gesellschaft haben würde. Das wäre hilfreich für die Staatsmacht, die mit ihren Verbalattacken international von den eigentlichen Problemen im eigenen Land ablenken will. Das totalitäre Ahmadinedschad-Regime wolle zwar Atomwaffen herstellen, habe aber real kein Interesse an einem Krieg mit Israel, den USA oder anderen Mächten und sei kein Selbstmordregime.

Die Referenten forderten zunächst die Erarbeitung eines realistischen Bildes der Menschen im Iran. Als zweiten Schritt forderten sie eine Kritik der Politik der deutschen Regierung, welche die Menschenrechte und nicht das Nuklearprogramm ins Zentrum rücken müsse. Von der Zivilgesellschaft in Deutschland erwarten sie, dass die Nuklearfragen mit Menschenrechtsfragen verbunden werden. Weiterhin könnte es in der BRD selbst einen kritischeren Umgang mit deutschen Unternehmen wie Siemens geben, das Abhörtechnik geliefert hat. Auch Aufmerksamkeit für im Iran Inhaftierte nutze ihnen in manchen Fällen. ♦



Um die elementare Grundversorgung der Bevölkerung im Norden Syriens zu gewährleisten und dem Sterben von Kindern, Frauen und älteren Menschen entgegenzuwirken, hat der Kurdische Rote Halbmond eine Hilfskampagne gestartet.

Unterstützt die Bevölkerung in Westkurdistan/Syrien

Unter folgender Adresse kann Hilfe geleistet werden:
Kurdischer Roter Halbmond
Schäferstr. 4 / 53859 Niederkassel
Sparkasse Neuwied
Konto-Nr: 18 60 98
BLZ: 574 501 20
Tel.: 0049 (0) 2208 5060372 und 2208 5060396
Fax: 0049 (0) 2208 5060825



EU-Abgeordnete entdecken die Kurdenfrage neu

Das Schweigen ist gebrochen

Jürgen Klute / Hanna Penzer, Brüssel, 15.02.2013



Wenig hat man in den vergangenen Jahren von den EU-Institutionen gehört, wenn es um die Lage der Kurden in der Türkei ging. Wenig Kritik angesichts der andauernden Versuche der türkischen Behörden, die kurdische Opposition im eigenen Land über Verhaftungen, Einschüchterungen und drakonische bis lächerliche Gerichtsurteile mundtot zu machen. Die Verhandlungen über den Beitritt der Türkei zur Europäischen Union gingen ihren Gang, auch wenn greifbare Fortschritte ausblieben. Die EU-Kommission zeigte guten Willen und präsentierte ihren Plan zur »positiven Agenda«, über die die Zusammenarbeit zwischen Kommissions- und türkischen Beamten intensiviert werden sollte.

Allzu verständlich, dass kurdische Vertreter wie Leyla Zana immer wieder das Schweigen Europas gegenüber der politischen und kulturellen Unterdrückung der Kurden in der Türkei beklagten.

Umso überraschender kam für viele die Ankündigung des Europäischen Parlaments, Anfang Februar eine ausführliche Debatte über die Lage der Kurden in der Türkei – genauer über den aktuellen Stand der Friedensgespräche zwischen Abdullah Öcalan und der türkischen Regierung – zu führen. Nach Jahren, in denen die Menschenrechtslage der Kurden im Beitrittsland Türkei nur wenig Beachtung im Europäischen Parlament gefunden hatte, haben die Abgeordneten am 6. Februar zum ersten Mal in dieser Form den Kurdenkonflikt thematisiert.

Das EU-Parlament und die Kurden – was bisher geschah:

Doch das Eintreten des EU-Parlaments für die Rechte der Kurden hat durchaus Geschichte – auch wenn diese bereits einige Jahre zurückliegt. Das sichtbarste und dauerhafteste Zeichen, das die Abgeordneten bisher gesetzt haben, war ohne Zweifel die Verleihung des Sacharov-Preises für gedankliche Freiheit 1995 an Leyla Zana. Die Abgeordneten zeigten so ihre Empörung angesichts der Verurteilung Zanas zu 15 Jahren Haft für einen kurzen, auf Kurdisch gesprochen Satz im Anschluss an ihre Vereidigung zur Abgeordneten im türkischen Parlament: »Es lebe die türkisch-kurdische Geschwisterlichkeit!« Eine Friedensbotschaft, für die der zuständige Staatsanwalt drei Jahre später die Verhängung der Todesstrafe forderte.

Aus Protest gegen das Gerichtsverfahren gegen Leyla Zana und fünf weitere gewählte Abgeordnete boykottierte das EU-Parlament zwischen 1995 und 1996 die Zusammentreffen der »Gemeinsamen Parlamentarischen Versammlung«, die seit Mitte der 1960er zwei Mal jährlich einberufen wird und davor lediglich 1980 bis 1988 als Reaktion gegen den Militärputsch ausgesetzt wurden. Die Europaabgeordneten scheuten in der Vergangenheit auch weniger als heute diplomatische Konfrontationen mit der Türkei. Sie setzten deutliche Zeichen, wenn es nötig war – beispielsweise angesichts des Verfahrens zum Verbot der prokurdischen HADEP-Partei 2002/03.

Neben dem gemeinsamen parlamentarischen Forum, dem aktuell auch Nazmir Gür als Vertreter der BDP angehört, gibt es einen zweiten Platz im EU-Parlament zur Auseinandersetzung mit Fort- und Rückschritten der Demokratisierung in der Tür-



Selahattin Demirtaş, Vorsitzender der BDP Foto: ANF

kei: Jeweils im Frühjahr diskutieren und beschließen die Europaabgeordneten einen Bericht zum Fortschritt der Beitrittsverhandlungen mit der Türkei.

Als Berichterstatterin hat das Parlament aktuell, d. h. für die gesamte Legislaturperiode 2009 bis 2014, die konservative Abgeordnete Ria Oomen-Ruijten ernannt. Die Niederländerin ist für ihre guten Beziehungen zur AKP-Regierung bekannt. Die Kurdenfrage handelt sie in ihren Berichten stets kurz und knapp unter den Stichworten »Terrorbekämpfung« und »Europol« ab. Zuletzt ist Oomen-Ruijten in der türkischen Öffentlichkeit mit der Verurteilung von Hungestreiks als »in Demokratien illegitimes Mittel« in Erscheinung getreten. Der BDP-Abgeordnete Önder warf ihr daraufhin bei einer gemeinsamen Sitzung in Ankara vor, mit ihrer Kritik die »Herzen aller Kurden« gebrochen zu haben.

Menschenrechtspolitik der Konservativen: Partner werden reingewaschen

Einer engagierteren oder wenigstens konstruktiveren Rolle des Europaparlaments in der Kurdenfrage stand zuletzt eine ganze Reihe von Hindernissen im Wege. Das vielleicht wichtigste Hindernis liegt in einem Wandel der politischen Kräfteverhältnisse in der EU. Über zwanzig Jahre lang, von 1979 bis 1999, stellten Sozialdemokraten die größte Fraktion im Europäischen Parlament dar. In den vergangenen zehn Jahren haben sich Europas Kräfteverhältnisse nach rechts verschoben – ein Wandel, der durch die Aufnahme von 11 mittel- und osteuropäischen Staaten in die EU 2004/07 zementiert wurde.

Die aktuelle knappe Mehrheit der Rechten im EU-Parlament sieht das Anprangern von Menschenrechtsverbrechen vorwiegend als Instrument der Außenpolitik – während Kritik blockiert wird, wenn sie internationale Partner betrifft, werden wirtschaftliche Interessen umso stärker gewichtet. Zu den parteipolitischen Partnern der dominierenden konservativen »Europäischen Volkspartei« gehört auch die türkische AKP. Die wiederum versteht es außerordentlich geschickt, ihre Politik in Europa zu »verkaufen« und Einfluss über Medien und politische Netzwerke auszuüben. Den »Kampf gegen den Terror« hat sich die türkische Regierung nicht als Anknüpfungspunkt entgehen lassen. Ihr kam dabei zugute, dass Hardliner auch in der EU die Terroranschläge vom 11. September 2001 missbrauchen, um Bürgerrechte zu beschneiden und Misstrauen gegen Minderheiten zu sähen.

Außerdem steht einem intensiveren Eingreifen der Europaabgeordneten auch schlicht eine Verlagerung der Kompetenzen des Parlaments im Wege. Während in Erweiterungsfragen die Musik ohnehin im Wesentlichen in den nationalen Hauptstädten spielt, ist das EU-Parlament seit 2009 zum Gesetzgeber in zahlreichen Politikbereichen aufgestiegen. Angesichts der Auseinandersetzungen um Arbeitslosigkeit, Datenschutz, Finanzmarktregulierung und Fischereiquoten stehen außen- und menschenrechtspolitische Themen in Straßburg heute nicht mehr im Vordergrund.

Das heißt natürlich nicht, dass die Kurden keine Freunde und Unterstützer in den EU-Institutionen hätten. Neben Linken und Kommunisten versuchen auch Vertreter baskischer, korsischer oder nordirischer Regionalparteien sowie einige Liberale unbeirrt Druck für eine politische Lösung der Kurdenfrage zu machen. 2013 wird die Linksfraktion GUE/NGL gemeinsam mit dem EUTCC-Netzwerk zur bereits zehnten Konferenz »EU, Turkey & the Kurds« einladen. Doch um es klar zu sagen: Ohne die Unterstützung größerer Fraktionen lässt sich nur kaum ernsthafter politischer Druck erzeugen.

Neuerdings scheint das Engagement der BDP als Assoziierungsmitglied der »Partei der Europäischen Sozialisten« (PES) wertvolle Früchte zu tragen. Mit Erweiterungskommissar Štefan Füle und dem 2012 zum Präsidenten des Europaparlaments gewählten Martin Schulz besetzen aktuell zwei sozialdemokratische Politiker Schlüsselfunktionen in der EU für die Beziehungen zur Türkei. Und tatsächlich sind die Fortschritte seit dem Beginn der Amtszeit des neuen Parlamentspräsidenten spürbar. Die schnelle Freilassung der ehemaligen Abgeordneten Feleknas Uca ging im Wesentlichen auf seine Intervention bei den türkischen Behörden zurück. Auch im Plenum hat er mehrmals mit deutlichen Worten interveniert, etwa zum Hungerstreik in der Türkei oder zur Ermordung von Sakine Cansız, Fidan Doğan und Leyla Şaylemez in Paris.

Die Plenardebatte zur Kurdenfrage war ein wichtiger Erfolg für alle, die sich einen konstruktiveren Einsatz der EU für die Rechte der Kurden wünschen. Dass die Debatte einen dauerhaften Bewusstseinswandel in Gang setzen könnte, dazu hat im Wesentlichen der Parlamentsbesuch einer durch Selahattin Demirtaş angeführten BDP-Delegation beigetragen.

Findet das Parlament unter Martin Schulz zurück zu einer glaubwürdigen Rolle?

So war es auch die schreckliche Bluttat von Paris, die letztlich den Anstoß zur Debatte über die Friedensgespräche auf İmralı gegeben hat. Sicherlich auch, weil viele Abgeordnete Fidan Doğan persönlich kannten und großen Respekt vor ihrer Solidaritätsarbeit zum Straßburger Hungerstreik Anfang 2012 hatten.

So war es kaum ein Abgeordneter, der bei seiner Rede am 6. Februar 2013 die Ermordung der drei kurdischen Frauen nicht verurteilte und eine lückenlose Aufklärung verlangte. Kaum ein Abgeordneter, der nicht ein Ende der Gewalt auf beiden Seiten und deutliche Menschenrechtsverbesserungen für die kurdische Bevölkerung einforderte. Im Hinblick auf den weiteren Verlauf des Friedensprozesses forderte die Vorsitzende der Türkei-Delegation Hélène Flautre die Türkei auf, vollwertige Arbeitsbedingungen für Abdullah Öcalan zu garantieren, insbesondere die Möglichkeit, ohne Einschränkungen Gespräche zu führen und Gäste seiner Wahl zu empfangen.

Spürbar war auch die sachliche und ernsthafte Atmosphäre der Debatte, die im Unterschied zur jährlichen Türkei-Debatte ohne islam- oder fremdenfeindliche Polemik der Rechten auskam. Der bemerkenswerten Aussage von Ria Oomen-Ruijten, nach der man die Gespräche über eine politische Lösung der Kurdenfrage lieber der türkischen Regierung überlassen solle, widersprach der FDP-Abgeordnete Alexander Graf Lambsdorff vehement:

»Das ist keine Sache, die man hinter verschlossenen Türen und in aller Stille bearbeiten kann. Ja, die Situation, was Sprache, Schulen, Gerichte angeht, hat sich für die Kurden verbessert. Wir sehen gleichzeitig aber eine massive Repressionskampagne gegen die KCK, also gegen Leute, die im Südosten der Türkei hauptsächlich kommunalpolitisch aktiv sind. Ich glaube, dass deswegen die öffentliche Debatte mit dieser Debatte heute hier im Europäischen Parlament vielleicht beginnen kann, dass sie Fahrt aufnehmen kann, dass das Kurdenproblem nicht mehr im Windschatten unserer Aufmerksamkeit liegt, sondern dass wir es öffentlich debattieren.«

Die Plenardebatte zur Kurdenfrage war ein wichtiger Erfolg für alle, die sich einen konstruktiveren Einsatz der EU für die Rechte der Kurden wünschen. Dass die Debatte einen dauerhaften Bewusstseinswandel in Gang setzen könnte, dazu hat im Wesentlichen der Parlamentsbesuch einer durch Selahattin Demirtaş angeführten BDP-Delegation beigetragen. In seinen Treffen mit zentralen Entscheidungsträgern ist es Demirtaş gelungen, Zweifel am überzeugten Engagement der BDP für Frieden und Stabilität in der Region auszuräumen und sich als Verbündeter für Meinungs- und Pressefreiheit in der Türkei anzubieten.

In seinem Abschluss-Statement stellte Kommissar Füle heraus, dass er sich in den Gesprächen mit der BDP-Delegation von der positiven Haltung und dem entschiedenen Bestreben der Kurden überzeugen konnte, die Friedensgespräche zu einem erfolgreichen Abschluss zu bringen. Während die türkische Botschaft während der Plenardebatte mit Abwesenheit glänzte, hat die BDP ihre Chance genutzt und wichtige Sympathie- und Glaubwürdigkeitspunkte gesammelt. Vor der versammelten türkischen Presse verkündete ein strahlender Abgeordneter der britischen Labour-Partei dann auch, dass er stolz sei, ein Freund der Kurden zu sein. Ein Versprechen, das es beim Wort zu nehmen gilt. ♦

Erbe und Praxis: Frankreichs imperialistische Spuren

Mission impossible en Mali?

Bernard Schmid

Seit dem Wochenende des 09./10. Februar 2013 tritt der Krieg im westafrikanischen Mali in eine neue Phase ein. Durch Selbstmordattentate und Sprengstoffanschläge bereiten die djihadistischen Gruppen, die zuvor aus den Städten Nordmalis vertrieben worden waren, sich offensichtlich auf eine Phase des Guerillakriegs vor, in der sie versuchen werden, sich als »Widerstandskämpfer« gegen eine äußere Einmischung und besonders gegen die frühere Kolonialmacht Frankreich zu profilieren.

Im Augenblick sieht es nicht danach aus, dass sie dabei bei der Bevölkerung viel Gehör finden werden, denn die Menschen im Norden Malis reagierten in deutlicher Mehrheit mit Abscheu auf die Herrschaftsmethoden, mit denen die Djihadisten acht bis neun Monate lang über Städte wie Timbuktu, Gao und Nidal befohlen hatten: öffentliche Amputationen von Gliedmaßen für tatsächliche oder (oftmals) nur vorgebliche Diebe, öffentliche Auspeitschungen, Haftstrafen besonders für Frauen für kleinste »Vergehen« – wie angeblich unzureichende Verhüllung, Rauchen von Zigaretten oder vermeintliche uneheliche Beziehungen. Doch die Djihadisten ihrerseits bauen darauf, dass sich in Zukunft ein Szenario ähnlich wie in Afghanistan entwickeln könnte, wo die Taliban von 1996 bis 2001 mit ähnlichen Methoden »regierten«, aber sich heute als »Widerstandskämpfer« aufführen – und dabei heute wesentlich stärker erscheinen als zu Beginn der ausländischen Intervention vor nunmehr bald zwölf Jahren (die keines der Probleme des Landes löste).

Zuvor erfolgten zunächst die Eroberung weiter Teile des Staatsgebiets Malis – einer größeren Nordhälfte – zwischen Januar und April 2012 durch ein vorübergehendes Bündnis zwischen Tuareg-Rebellen (die die Unabhängigkeit des Nordens fordern) und radikalen Islamisten und im Anschluss der Bruch der Allianz zwischen den beiden ungleichen Gruppen. Die zum Gutteil aus Nicht-Maliern – etwa Algeriern, Pakistanern und Nigerianern – bestehenden Djihadisten schüttelten ihren bisherigen Bündnispartner in Gestalt der Tuareg-Bewegung MNLA (»Nationale Befreiungsbewegung für Azawad«) im Juni 2012 ab, und die MNLA-Führung flüchtete am 27./28. Juni Hals über Kopf in das Nachbarland Burkina Faso. Dessen Führung hatte bis dahin die in Mali als »Tuareg-Separatisten« bezeichneten Akteure unterstützt, um das Nachbarland zu schwächen. Die Staatsführung Burkina Fasos ist gleichzeitig ein enger Verbündeter des französischen Neokolonialismus in Westafrika.

UN-Resolutionen schlossen einen Oberbefehl Frankreichs über die Intervention eindeutig aus

Ab dem Sommer 2012, und ganz offiziell ab der UN-Vollversammlung von Ende September des Jahres in New York – wo der französische Präsident François Hollande am 26. September zum Thema sprach –, bereitete Frankreich eine militärische Intervention in Mali vor. Dazu liegen seit November/Dezember 2012 auch einschlägige UN-Resolutionen vor, die ein solches Eingreifen legitimieren. Allerdings schlossen die Resolutionen einen Oberbefehl Frankreichs über die Intervention eindeutig aus. Ebenso, wie sie keine französische Bodenintervention vorsahen, sondern die Präsenz afrikanischer Truppen am Boden mit logistischer sowie Luft-Unterstützung durch die Franzosen. Aus Pariser Regierungskreisen wurde immer wieder erklärt, man selbst wünsche nur keine allzu direkte Beteiligung an militärischen Kampfhandlungen in Mali, sondern wolle auf alle Fälle im Hintergrund bleiben. Als Gründe für eine vordergründige Zurückhaltung (auf der Ebene unmittelbarer militärischer Teilnahme) wurden die Kolonialvergangenheit Frankreichs in der Region – die für starke Abwehrreflexe bei einer direkten Intervention sorgen würde –, aber auch die Anwesenheit von sechs französischen Geiseln in den Händen von AQMI (»Al-Qaida im Land des islamischen Maghreb«, eine der dort aktiven djihadistischen Gruppen) im Norden Malis genannt.

Es kam anders: Ab dem 11. Januar 2013 griff Frankreich direkt und unter eigenem, ungeteiltem Oberbefehl in die Kämpfe in Zentralmali ein, die dort zwei Tage zuvor kurzfristig zwi-

schen Regierungstruppen und (gen Süden vorrückenden) Djihadisten aufgeflammt waren. Die Djihadisten eroberten dabei am 9. Januar die kleinere Stadt Konna. Möglicherweise versuchten sie eine Art Flucht nach vorn, da sie die Intervention heranrücken sahen. Zudem wird von Beobachtern vermutet, dass Konflikte unter den sich zum Teil untereinander misstrauenden und bekämpfenden Gruppen – AQMI, die »Bewegung für die Vereinigung des Djihad in Westafrika« (MUJAO) und die lokale Gruppe Ansar ed-Dine (»Anhänger der Religion«) – ebenfalls den Anlass dazu gegeben haben könnten.

Die Konsequenzen wurden in Frankreich hingegen dramatisiert dargestellt: Hätte Frankreich nicht militärisch eingegriffen, so verlautbarte im Nachhinein aus Regierungskreisen, dann hätten die Djihadisten alsbald mit ihren motorisierten Fahrzeugen südlich des Nigerbogens vorrücken können und wären binnen kurzem vor den Toren der Hauptstadt Bamako gestanden. Dort hätten sie 6000 dort lebende Franzosen oder Doppelstaatsbürger (von 9000, die sich in Mali aufhalten) als Geiseln nehmen und das ganze Land in ihre Gewalt bringen können.

Dagegen spricht allerdings nicht nur die Tatsache, dass der Süden Malis erheblich dichter besiedelt ist als der wüstenhafte Norden und die Bevölkerung dort den Djihadisten – nach ihren Übergriffen auf die Bevölkerung im Norden – mit Abneigung und Hass begegnet. Die Zahl der djihadistischen Kämpfer wird auf rund 1500 geschätzt, die höchsten Schätzungen gehen bis maximal 3000. Hinzu kommen erwerbslose junge Männer, die in den letzten Monaten als Söldner rekrutiert wurden, jedoch (im Gegensatz zu überzeugten »Glaubenskämpfern«, die auf den Eintritt ins Paradies warten) kaum bis gar nicht bereit sein dürften, einfach ihr Leben zu opfern. Mit einer solchen Truppe lässt sich ein großes Flächenland nicht im Handstreich erobern. Hinzu kommt, dass natürlich der Militäreinsatz ab dem 11. Januar 2013 nicht spontan innerhalb von wenigen Stunden entschieden wurde: Französische »Spezialstreitkräfte« (forces spéciales, also Elitetruppen) hatten bereits seit September 2012 in der Region Aufstellung genommen. Die konservative Tageszeitung Le Figaro berichtete am 12. November 2012 sehr detailliert über dieses – wie sie schrieb – »Geheimnis«, das keines war.

Der reaktionäre und schwerreiche Golfstaat Qatar wird auch in französischen »sicherheitspolitischen« Kreisen immer wieder als Unterstützer für die Djihadisten erwähnt. Insofern hätte Frankreich, hätte es allein die Djihadisten zurückdrängen wollen, erst einmal seinem Bündnispartner – mit ihm zusammen intervenierte Frankreich 2011 in Libyen, und Qatar investiert derzeit riesige Summen in die krisengeschüttelte französische Ökonomie, bis hin übrigens zum Aufkauf des Pariser Fussballclubs PSG – auf die Finger klopfen müssen.

Die französische Enthüllungszeitung Le Canard enchaîné vom 16. Januar 2013 lieferte einen anderen, ja dem offiziellen fast entgegengesetzten Erklärungsansatz. Ihr zufolge war der französische Generalstab bis dahin ausgesprochen skeptisch gegenüber einer Intervention in Mali: Man wisse zwar, wie ein Krieg beginnen könne, aber nicht, wann und wie er enden werde – ein nunmehr bald zwölfjähriger Schlamassel in Afghanistan, wo die Taliban nicht schwächer, sondern stärker wurden, dient als Mahnung. Doch die Politiker, François Hollande an ihrer Spitze, hätten den Generalstab überzeugen können, indem sie darauf verwiesen, dass die Djihadisten nunmehr leicht zu schlagen seien: Ihre auf Pick-Ups vorrückenden Verbände seien leichte Zielscheiben, im Gegensatz zu islamistischen Kampfverbänden, die sich in dicht besiedelten Städten aufhalten oder irgendwo in der Landschaft versteckt aufhalten. Demnach war es eher die momentane Verwundbarkeit der Djihadisten für militärische Angriffe denn ihre Stärke, die zum Eingreifen im jetzigen Zeitpunkt den Ausschlag gegeben hat.

Eine dritte Erklärung, über die etwa bei den »Generalständen für Mali« (Etats généraux pour le Mali) – einem größeren Kongress mit französischer, malischer und sonstiger afrikanischer Beteiligung am 26. Januar 2013 in Paris – diskutiert wurde, liegt ungefähr in der Mitte zwischen den beiden vorgenannten Erklärungsansätzen. Demnach war es nicht realistisch, dass die Djihadisten nach der Einnahme von Konna schnell auf die knapp 500 Kilometer entfernt gelegene Hauptstadt Bamako vorrücken. Allerdings hätte, nach der Einnahme von Konna, der Flughafen in der nahe gelegenen Kreisstadt Sévaré in ihrer unmittelbaren Reichweite gelegen. Dadurch wäre gegebenenfalls der zweite militärisch nutzbare Flughafen in Nordmali, nach der zuvor international genutzten Piste in Tessalit (Nordost-Mali), unter ihre Kontrolle gefallen. Dies hätte eine Intervention nicht verunmöglicht, doch zumindest erschwert und hinausgezögert, insofern als französische oder andere Truppen nicht mehr in unmittelbarer Nähe des nunmehrigen Kampfgebiets hätten landen können. Hinzu

kommt, dass die höchstwahrscheinlich aus den reaktionären Golfmonarchien Saudi-Arabien und (besonders) Qatar eintreffende Hilfe für die Djihadisten mutmaßlich über die dortigen Landebahnen abgewickelt wird. Es ist erwiesen, dass Flugzeuge aus Qatar auf dem Flugplatz in Tessalit landeten, kurz nachdem die Djihadisten diese Stadt eingenommen hatten; offiziell handelte es sich um Hilfslieferungen vom Roten Halbmond, doch wären auch humanitäre Lieferungen ohne einen direkten Kontakt mit den Djihadisten und ihr Einverständnis undenkbar gewesen.

Der reaktionäre und schwerreiche Golfstaat Qatar wird auch in französischen »sicherheitspolitischen« Kreisen immer wieder als Unterstützer für die Djihadisten erwähnt. Insofern hätte Frankreich, hätte es allein die Djihadisten zurückdrängen wollen, erst einmal seinem Bündnispartner – mit ihm zusammen intervenierte Frankreich 2011 in Libyen, und Qatar investiert derzeit riesige Summen in die krisengeschüttelte französische Ökonomie, bis hin übrigens zum Aufkauf des Pariser Fußballclubs PSG – auf die Finger klopfen müssen. Dies geschah nicht. Allerdings besuchte der französische Verteidigungsminister Jean-Yves Le Drian am 10. Februar 2013 für kurze Dauer die Golfmonarchie, die auch ein enger Verbündeter der USA in der Region ist, und »versuchte Qatar zu einer Unterstützung für die französische Politik im Sahel zu gewinnen« (so fasste die konservative Tageszeitung Le Figaro den Besuch zusammen).

Auf französischer Seite hingegen sähe man gerne die grundsätzliche Rolle Frankreichs als Hegemon in der Region, der weitgehend unkontrolliert die Rohstoffe im französischsprachigen Afrika schamlos ausbeutet, für die nächsten zehn bis fünfzehn Jahre erfolgreich neu legitimiert.

Ein kurzfristig »kleineres Übel«?

Aufgrund der Schreckensherrschaft, die die Djihadisten acht bis neun Monate lang über Städte im Norden Malis ausübten, applaudierte ein bedeutender Teil der Bevölkerung in Mali der Intervention – und betrachtete sie zumindest kurzfristig als »kleineres Übel«, auch wenn neokoloniale Hintergedanken Frankreichs ebenfalls angesprochen und kritisiert wurden. Diese, jedenfalls vordergründig real vorhandene, Begeisterung konnte man auch bei den in Frankreich lebenden Immigranten aus Mali konkret erfahren. (Und bei dem »Forum zu Mali« zur Eröffnung der jährlich stattfindenden »Antikolonialen Woche« in der französischen Hauptstadt sprachen sich, am 14. Februar 2013 im Pariser Gewerkschaftshaus, viele aus Mali stammende Redner in diesem Sinne aus. Auch wenn es insgesamt sehr kontroverse Debatten zum Thema unter Afrikanern ebenso wie mit französischen Linken gab.)

Dennoch fiel die Zustimmung erheblich relativer aus, als sie in französischen und europäischen Medien oft dargestellt wurde. So wurde Präsident François Hollande bei seinem Aufenthalt in Mali am Wochenende des 02./03. Februar 2013 zwar in Timbuktu, wo die Djihadisten noch bis kurz zuvor drakonische Strafen wegen Rauchens oder Trinkens verhängt hatten, tatsächlich von einer jubelnden Menge begrüßt – es handelte sich nicht um eine Inszenierung, sondern um echte Erleichterung. Anderswo in Mali dagegen war die Haltung bereits sehr viel widersprüchlicher. In der Hauptstadt Bamako war unterdessen der Platz, auf dem Hollande an jenem Wochenende sprach, teilweise leer, wie man unschwer auf den Fernsehbildern erkennen konnte. Gegenüber der französischen Wochenzeitung Le Canard enchaîné (vom 7. Februar) begründete das Präsidentenamt dies damit, dass gleichzeitig das Fußball-Länderspiel Mali gegen Südafrika stattgefunden habe. Keine besonders starke Begründung. Alles spricht dafür, dass viele Menschen in Mali zwar das Ergebnis der Vertreibung – oder Gefangennahme oder Tötung – der Djihadisten wünschten, aber gegenüber den offenkundigen Eigeninteressen der intervenierenden Macht skeptisch bleiben.

Auf französischer Seite hingegen sähe man gerne die grundsätzliche Rolle Frankreichs als Hegemon in der Region, der weitgehend unkontrolliert die Rohstoffe im französischsprachigen Afrika schamlos ausbeutet, für die nächsten zehn bis fünfzehn Jahre erfolgreich neu legitimiert. Man hätte Unrecht, würde man in Paris glauben wollen, dafür nun einen Blankoscheck von der afrikanischen Bevölkerung erhalten zu haben. Aus Malis Nachbarland Niger kommt ein Drittel des Urans, das in den 58 (!) französischen Atomreaktoren verfeuert wird, und Niger zählt zu den zehn ärmsten Staaten der Welt; Mitte Januar wurde infolge der Intervention in Mali bekannt, französische »Spezialstreitkräfte« der Armee hätten rund um die Uran-Minen in Niger Stellung bezogen, um sie gegen Attentatsversuche zu schützen. Dass private Konzerninteressen des Nuklearkonzerns AREVA (auch wenn sie aufgrund des wahnwitzig überdimensionierten französischen Atomprogramms erheblichen Einfluss auf die nationale Energieversorgung haben mögen) derart ungeniert durch staatliche Truppen geschützt

werden, hat schon eine neue Qualität. Viele Afrikaner wissen zweifellos, was sie davon zu halten haben.

USA forderten erst einmal reguläre Wahlen

Ob man in der Krisenregion Mali ausgerechnet auf Frankreichs militärisches Eingreifen zurückgreifen musste oder ob es Alternativen dazu gegeben hätte, ist eine Frage, die man sich stellen muss. Dafür mag vordergründig die Effizienzerwägung sprechen: Als hochgerüstete Großmacht, die in Afrika über reichlich Kampferfahrung verfügt, konnte Frankreich zweifellos schnell eingreifen. Allerdings trifft ebenso zu, dass alle Ansätze zu einer inländischen Lösung innerhalb Malis sowohl in ihren zivilen als auch militärischen Komponenten über Monate hinaus blockiert wurden. Seit März 2012 war Mali mit einem Waffenembargo belegt worden, mit der vordergründigen Begründung seitens der USA und Frankreichs, man nehme den Putsch eines Teils der Armee – eher ihrer unteren Ränge, gegen die korrupte Oligarchie – vom 22. März nicht hin. Stattdessen forderten etwa die USA erst einmal reguläre Wahlen, was angesichts der realen Situation in einem zweigeteilten und im Kriegszustand befindlichen Land ausgesprochen realitätsfern schien. Unterdessen verrosteten die für Malis Armee bestimmten Waffen in den westafrikanischen Hafenstädten Conakry, Dakar und Abidjan. Dabei war die Begründung aus Paris und aus Washington gelogen, der Militärputsch in Bamako unter Amadou Sanogo sei erst die Ursache für die Eroberung des Nordens durch die Djihadisten gewesen: Das war er nicht, viel eher war er eine von ihren Folgeerscheinungen.

Ob man in der Krisenregion Mali ausgerechnet auf Frankreichs militärisches Eingreifen zurückgreifen musste oder ob es Alternativen dazu gegeben hätte, ist eine Frage, die man sich stellen muss. Dafür mag vordergründig die Effizienzerwägung sprechen: Als hochgerüstete Grossmacht, die in Afrika über reichlich Kampferfahrung verfügt, konnte Frankreich zweifellos schnell eingreifen.

Blankoscheck für Putschisten

Man muss Militärputsche keineswegs bejubeln, auch wenn sie von den unteren Reihen und den weniger korrupten jungen Offizieren ausgehen. Auch wenn man nicht verkennen darf, dass im postkolonialen Afrika – wo viele junge Männer aus armen Familien oft überhaupt nur bei der Armee zu erträglichen Jobs und Bildung kommen können – oft in den unteren Rängen der Armee progressivere Kräfte existieren als in der regierenden Oligarchie. Als positivstes, tatsächlich emanzipatorisches Beispiel bleibt in ganz Westafrika der durch einen Putsch an die Regierung gekommene linke Präsident von Burkina Faso, Thomas Sankara (1983–87). Ein negatives Gegenbeispiel setzte allerdings in jüngerer Zeit Moussa Dadis Camara, der ebenfalls als junger Offizier Ende 2008 in Guinea an die Macht kam und schon im September 2009 ein Massaker an zivilen Opponenten verüben ließ. Die Ambitionen und politischen Perspektiven der jungen Offiziere in Mali lagen wohl irgendwo zwischen diesen beiden Extrempolen. Einige der Putschisten strebten vor allem danach, einen Verteidigungskrieg im Norden des Landes gegen die Djihadisten zu organisieren. Andere dagegen wiederum strebten überwiegend danach, sich selbst auf schnellere Weise als bei normalem Karrieregang zu bereichern; in öffentlichen Gebäuden in Bamako kam es in den ersten Tagen des Putschs zu Plünderungen von ihrer Seite. Und es kam auch zu Misshandlungen von politischen Gegnern der Putschisten, vor allem innerhalb der Armee, und Amnesty International zufolge zur Folterung von gegnerischen Offizieren.

Man hätte den Putschisten also keinen Blankoscheck geben dürfen, und es wäre notwendig gewesen, für eine starke politische Kontrolle von zivilen Kräften über die malische Armee zu sorgen. Zivile politische Kräfte – in Gestalt der linksnationalistischen »Bewegung des 22. März«, ein Zusammenschluss von vierzig Organisationen – begleiteten ja tatsächlich den Putsch vom 22. März 2012, in dem Viele ein kleineres Übel gegenüber der alten Oligarchie erblickten. Eine Mischung aus ziviler und militärischer Mobilisierung in Mali gegen die djihadistische Bedrohung, verbunden mit einer internationalen Beteiligung, aber unter einheimischer Kontrolle: Dies wäre eine Alternative zur Intervention unter rein französischer Kontrolle gewesen. Sie wurde mit allen Mitteln durch die Großmächte blockiert. ♦

Der Widerstand gegen den zerstörerischen Staudamm kann noch Erfolg haben

Ilısu-Staudamm: Gerichtsurteil verhängt Baustopp

Ercan Ayboğa, Initiative zur Rettung von Hasankeyf

Kaum jemand hatte es erwartet. Den Kampf gegen das Ilısu-Staudamm- und Wasserkraftwerksprojekt hielten nach dem Baubeginn 2010 und dem schwächelnden Widerstand in Türkisch-Kurdistan und in der Türkei fast alle für verloren und aussichtslos. In Heskîf (Hasankeyf), Ilısu, Elih (Batman), Istanbul, Wien und Berlin hatten viele ihren Mut und ihre Motivation verloren. So haben einige AktivistInnen sich zurückgezogen oder ihr Engagement zurückgefahren. Diejenigen, die weitermachten, hatten entweder noch den Glauben an einen Stopp oder taten es aus grundsätzlichen Gewissensgründen.

Doch die 14. Kammer des Obersten Verwaltungsgerichts der Türkei in Ankara verhängte am 7. Januar 2013 einen Baustopp für den Ilısu-Staudamm. Dieses Urteil kann zweifellos als historisch bezeichnet werden. Denn die bisherigen Gerichtsverfahren verliefen im Sande oder wurden abgelehnt. Ebenso ein wichtiges Verfahren im Jahre 2011 vor dem Verwaltungsgericht in Amed (Diyarbakır).

Widerstand gegen Ausbeutung, Unterdrückung und Zerstörung lohnt sich immer und grundsätzlich. Je besser durchdacht, vorbereitet und umgesetzt, desto mehr. So wie auch jetzt im Falle des Ilısu-Staudamms, eines der umstrittensten Talsperrenprojekte weltweit.

Das Urteil bestätigt unseren langjährigen Widerstand gegen das Projekt, das den Menschen aus 200 Dörfern die Lebensgrundlage entziehen, die 12 000 Jahre alte Stadt Heskîf (Hasankeyf) und das einzigartige Tigristal bis weit in den Süden Iraks zerstören würde.

Das Verwaltungsgericht folgte mit dem Baustopp der Klage der beiden türkischen Kammern der Architekten und Landschaftsplaner, dass bei der Planung des Projekts die Umweltgesetzgebung nicht berücksichtigt wurde. Denn es fehlt für das zwei Milliarden Euro teure Ilısu-Projekt eine Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) nach türkischem Gesetz. Wie konnte es überhaupt passieren, dass der türkische Staat diesen Staudamm über viele Jahre ohne eine UVP planen und umsetzen konnte und dies erst jetzt beanstandet wurde?

Gehen wir einen Schritt zurück. Bis zum Jahre 2011 galt in der Republik Türkei, dass alle vor dem 7. Februar 1993 beschlossenen Investitionsprojekte keine UVP benötigten. Dabei war es egal, wie teuer das Investitionsprojekt war und wie umfassend die Auswirkungen auf Natur, Mensch und Kultur waren. Dies beinhaltete die 1997 beschlossene erste umfassende Umweltgesetzgebung. So war es kein Problem, dass 2007 die türkische Regierung mit dem Ilısu-Konsortium die Verträge des Ilısu-Staudamms unterschrieb und 2010 nach der Sicherstellung einer neuen Finanzierung (im Juli 2009 wurde, wie weitgehend bekannt, die europäische Finanzierung gekippt) mit dem Bau beginnen konnte.

Im Sommer 2010 klagten die Kammern der Architekten und Landschaftsplaner gegen diese Regelung der Umweltgesetzgebung und bekamen 2011 vom Obersten Verwaltungsgericht Recht zugesprochen. Doch das Ministerium für Umwelt und Forst reagierte darauf mit einem Erlass zum Gesetz zu Umweltverträglichkeitsprüfungen, womit das Ilısu-Projekt von Umweltverträglichkeitsprüfungen ausgenommen wurde. Etwa ein Jahr später, am 4. April 2012, fasste das türkische Ministerpräsidentenamt den Beschluss, auch weitere Staudammarbeiten wie Zufahrtsstraßen zur Baustelle, Stromnetze und Steinbrüche auszunehmen.

Daraufhin haben die Kammern der Architekten und Landschaftsplaner im Mai 2012 ein neues Verfahren eingeleitet und gefordert, dass der Absatz 7 dieser von der türkischen Regierung beschlossenen Regelungen aufgehoben wird und das Ilısu-Projekt gestoppt wird. Anschließend erfolgte das jetzige Urteil.

Über dieses Urteil haben sich Millionen Menschen in der Türkei, Kurdistan und auch Europa gefreut. Denn seit langer Zeit warten sie auf einen Hoffnungsschimmer, um doch noch diesen Staudamm mit gravierenden Auswirkungen zu

stoppen. Der Anwalt der beiden klagenden Kammern, Emre Baturay Altınok, sagt dazu, dass es sehr wichtig sei, solch einen Beschluss erhalten zu haben. Denn ihm zufolge müssten alle Arbeiten rund um den Ilısu-Staudamm gestoppt werden.

Wie zu erwarten, hat die Türkei gegen diesen Beschluss geklagt. Die Bauarbeiten haben nach unseren Informationen zwar deutlich abgenommen, aber sie gehen weiter. Die verantwortliche Behörde DSI (Staatliches Wasseramt) hat in einer Erklärung diesen Gerichtsbeschluss heruntergespielt, womit die immer noch andauernden Bauarbeiten besser zu erklären sind.

Unsere Initiative wird zweifellos alles tun, damit dieser Beschluss umgesetzt wird. Die Föderation der Ingenieurs- und Architektenkammern TMMOB hat im Namen unserer Initiative eine erste Erklärung abgegeben und begonnen, die lokalen Bauaktivitäten genauer zu beobachten. Die Kläger der Kammern für Architekten und Landschaftsplaner haben auch angekündigt, dass sie von Ankara aus Druck ausüben werden. Auch andere Akteure sind aufgestanden und bemühen sich, Druck auf die türkische Regierung und das Ilısu-Konsortium aufzubauen.

Auch bei anderen Projekten wie dem Yortanlı-Staudamm, der 2011 das antike Bad Allianoi überflutete, ignorierte oder umging die Regierung zahlreiche Gerichtsurteile. Nun hat sie sieben Tage Zeit, gegen den Beschluss des Baustopps für den Ilısu-Damm Berufung einzulegen.

Was für Konsequenten hat es, wenn eine UVP fehlt?

Zunächst einmal: Das Ilısu-Konsortium hat für die europäischen Exportkreditagenturen 2005 eine sogenannte »Umweltverträglichkeitsprüfung« durchgeführt, damit die beteiligten europäischen Unternehmen bei ihren Regierungen Anträge auf Exportkredite stellen können. Diese UVP hatte erstens große Schwächen und erfüllte nicht alle Standards einer international üblichen UVP und wurde zweitens nicht nach türkischem Gesetz durchgeführt. Somit konnte niemand in der Republik Türkei dagegen klagen oder Einwände einbringen.

Wenn die türkische Regierung und das Ilısu-Konsortium korrekt und dem Gesetz entsprechend vorgehen, müssten sie nun eine neue UVP durchführen. Die Durchführung allein benötigt im Idealfall ein Jahr, mit Vorbereitung eineinhalb. Dann würde es mindestens ein Jahr für die Zeit der öffentlichen Bekanntgabe, Kommentierung und ihre Abwägung dauern. Insgesamt müsste alles im Normalfall 2–3 Jahre dauern. Es kann aber auch sehr gut sein, dass das Ilısu-Konsortium die



Bauarbeiten am Ilısu-Staudamm gehen weiter Foto: Ayboğa

»UVP«, die den europäischen Exportkreditagenturen vorgelegt wurde, nur etwas anpasst und einreicht.

Im Jahr 2009 hatten die Regierungen Deutschlands, der Schweiz und Österreichs Exportbürgschaften für das Projekt zurückgezogen, da die türkische Regierung Auflagen, die das Vorhaben mit internationalen Standards in Einklang bringen sollten, nicht erfüllte. Der österreichische Anlagenbauer Andritz und Schweizer Consultants verblieben dennoch im Projekt und treiben es weiter voran. Nach dem jetzigen Gerichtsurteil dürften die europäischen Unternehmen endgültig nicht mehr die Augen davor verschließen, dass sie sich an einem Rechtsbruch beteiligen, und müssen Konsequenzen daraus ziehen.

Neuorganisation unserer Initiative

Nachdem unsere Initiative seit dem Frühjahr 2011 schwächelt und weniger als sonst auf die Beine gestellt hat, sind wir seit September 2012 verstärkt darum bemüht, sie wiederzubeleben. Deshalb organisierten wir im September 2012 das Hasankeyf-Jugendcamp mit einer großen Beteiligung. In den folgenden Monaten setzten wir unsere Bemühungen um eine Neuorganisation der Initiative fort und kamen im Dezember 2012 zu einem Ergebnis: Die Initiative soll neu belebt und organisiert werden, indem der von der Initiative gegründete »Verein zur Rettung von Hasankeyf und dem Tigristal« (unter direkter und aktiver Einbeziehung der dirket Betroffenen) mehr ins Zentrum der Aktivitäten gerückt und gleichzeitig mehr Raum für Freiwillige geschaffen werden soll. In diesem Sinne hat eine Gruppe von Freiwilligen bereits drei Dutzend Dörfer besucht und informiert. Ziel ist es, in wenigen Monaten in vielen Regionen des betroffenen Gebiets gute Kontakte zu Direktbetroffenen aufzubauen und sie gegen Ende des Jahres in das Zentrum der Kampagne zu stellen. So können in ihnen steckende Kräfte freigesetzt werden. ♦

Ercan Ayboğa ist Mitglied der Initiative zur Rettung von Hasankeyf. Die Initiative umfasst über 80 Organisationen aus dem betroffenen Gebiet, darunter auch die Regionalverbände von TMMOB und andere Berufsorganisationen, Kommunen, verschiedene NGOs und Gewerkschaften.
Sie hat die website: www.hasankeyfgirisimi.com

Hasan N. in Zagreb (Kroatien) festgenommen

Türkische Justiz ersucht um seine Auslieferung

Azadî e. V., 3.2.2013

Am 1.1.2013 wurde Hasan N. in der Nähe von Zagreb (Kroatien) aufgrund eines Auslieferungsersuchens der türkischen Justiz festgenommen. Unmittelbar nach seiner Inhaftierung ist er in einen Hungerstreik getreten, den er nach über zwei Wochen beendet hat.

Dies ist nicht der erste Versuch der Türkei, eine Auslieferung des Kurden zu erwirken:

Mit Verbalnote vom 15.5.2007 hatte die türkische Justiz bei den deutschen Behörden um eine Auslieferung von Hasan N. zur Strafverfolgung in der Türkei ersucht.

Der Haftbefehl war vom Schwurgericht aufgrund einer Anklageschrift der leitenden Oberstaatsanwaltschaft des Staatssicherheitsgerichts in Izmir vom 21.12.1993 ausgestellt worden. Darin wird der Kurde der Mitgliedschaft in der »terroristischen« PKK beschuldigt und ihm vorgeworfen, gemeinsam mit anderen Angehörigen der Vereinigung im Sommer 1993 drei Tankstellen überfallen und beraubt zu haben. Was von den türkischen Behörden unter dem Aspekt eines Staatsschutzdeliktes nach Art. 125 des Türkischen Strafgesetzbuches (TCK) verfolgt wird.

1993 ist Hasan N. erstmals festgenommen, gefoltert und zunächst von Gerichten in Amed (Diyarbakır) und Mêrdîn (Mardin) zu 36 Jahren Freiheitsstrafe verurteilt worden. Er konnte fliehen und hat sich eigenen Angaben zufolge mit gefälschtem Pass in Istanbul versteckt gehalten. Im Jahre 2001 konnte er nach Deutschland fliehen. Auf der Grundlage einer Entscheidung des Verwaltungsgerichts (VG) Freiburg vom 13.8.2003 hat das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge dem Kurden mit Bescheid vom 9.12.2003 mitgeteilt, dass bei ihm »Abschiebungshindernisse nach § 53 Abs. 1 – 4 AuslG hinsichtlich des Herkunftsstaates« vorlägen.

OLG Karlsruhe: Kein Haftbefehl – keine Auslieferung

Vor diesem Hintergrund hat der 1. Strafsenat des Oberlandesgerichts (OLG) Karlsruhe mit Beschluss vom 8.8.2007 entschieden, den Antrag auf Erlass eines Auslieferungsbefehls wegen »derzeit vorliegender Erkenntnisse« über ein Auslieferungshindernis nach § 73 IRG (Gesetz über die internationale Rechtshilfe in Strafsachen) i. V. m. Art. 3 EMRK und Art. 1 Abs. 1 und Art. 2 Abs. 2 GG abzuweisen. Dem Auslieferungsersuchen der türkischen Justizbehörden könne nicht entsprochen werden, so dass sich die Auslieferung »als von vornherein unzulässig im Sinne des § 15 Abs. 2 IRG« erweise und der Erlass eines Auslieferungshaftbefehls »jedenfalls derzeit« ausscheide. Insbesondere bezog sich der Senat auch hier auf die Urteilsbegründung des Verwaltungsgerichts Freiburg vom August 2003.

Danach nämlich drohe Hasan N. wegen seiner Mitgliedschaft in der PKK im Falle einer Rückkehr in die Türkei »mit erheblicher Wahrscheinlichkeit menschenrechtswidrige Behandlung« und werde er der »Folter durch türkische Sicherheitskräfte ausgesetzt« sein.

Der Verfolgte habe im Übrigen im verwaltungsgerichtlichen Verfahren die Anklageschrift der leitenden Oberstaatsanwaltschaft des Staatssicherheitsgerichts in Izmir vom 21.12.1993 und die ihm dort vorgeworfenen Taten bestritten.

Dieser Auffassung schloss sich auch das OLG Karlsruhe an: »Es bestehen erhebliche Anhaltspunkte dafür, dass der Verfolgte wegen seiner Mitgliedschaft in der PKK im Falle seiner Auslieferung zumindest im Polizeigewahrsam einer menschenrechtswidrigen Behandlung und der Folter ausgesetzt sein würde.«

Außerdem stellte das Gericht fest: »Hinzu kommt vorliegend, dass dem Verfolgten eine – wenn auch grundsätzlich auslieferungsfähige – politisch motivierte Straftat vorgewor-

fen wird, bei welcher die Durchführung einer Tatverdachtsprüfung regelmäßig geboten ist, und eine solche im Falle von Auslieferungsersuchen der Türkei bislang in den meisten vom Senat entschiedenen Fällen nicht zur Annahme eines hinreichenden Tatverdachts geführt« habe.

Neuer Versuch: Rechtshilfeersuchen der türkischen Justiz

Mit Schreiben vom **20.8.2010** wandte sich das türkische Generalkonsulat Karlsruhe mit einem Rechtshilfeersuchen des 8. Schwurgerichts in Izmir (v. 24.8.2009) an das Landgericht Offenburg und beantragte die Vernehmung von Hasan N. durch die deutsche Justiz. In diesem Ersuchen war u. a. Folgendes ausgeführt:

»Der Beschuldigte gründete mit den anderen Beschuldigten **als Mitglieder der Terrororganisation PKK** eine Bande mit fünf Leuten und die verwirklichten bewaffneten Terroraktivitäten. Da ihre diese Aktivitäten durch **das türkische Strafgesetz Artikel 125** zu bewerten sind, hat man deshalb eine öffentliche Klage eröffnet.

Nach der durchgeführten Gerichtsverhandlung wurde beschlossen, dass für den Beschuldigten Hasan N., der laut der Bestimmung des Staatssicherheitsgerichts vom 24.2.1998, AZ: 1997/260, Beschlussnummer: 1998/24 vernommen werden sollte, aber **da er entflohen und es deshalb nicht durchzuführen war**, die **Anklage verschieden bzw. abgesondert verhandelt und die Gerichtsverhandlung eingestellt wurde**. Gemäß diesem Beschluss wurde die Verhandlung für ihn abgesondert behandelt und die Behandlung auf diese Basis **weitergeführt** und die **Gerichtsverhandlung wird dann am 2.9.2009** durchgeführt.

Der beschuldigte Hasan N. wird gemäß dem Beschluss unseres Gerichts gesucht, da unser Gericht in Bezug auf diese Klageakte am 19.2.2007, AZ: 1998/37 den Beschluss fasste, ihn durch ein Versäumnisurteil zu suchen. Es wird dann gemäß diesem Urteil weitergesucht. Die Verjährungszeit dieser öffentlichen Klage in Bezug auf den Beschuldigten dauert laut des türkischen Strafgesetzes Artikel 102 und 104 20 Jahre und damit wird die Verjährungszeit am 22.11.2015 ablaufen, wenn man die Zeit der Straftat so betrachtet und nach dem Versäumnisurteil kein Grund da ist, diese Verjährungszeit abzubrechen.

Damit man die in der Türkei durchgeführte Gerichtsverhandlung beenden kann, ist noch das Gesetz über das europäische gegenseitige Rechtshilfeabkommen bezüglich der Straftaten in Kraft.«

Deshalb wolle die türkische Justiz eine Vernehmung von Herrn N. durch deutsche Behörden.

Diese Beschuldigtenvernehmung fand am 2.11.2012 vor dem Amtsgericht Lahr statt. Zu diesem Termin ist Herr N. von einem Rechtsanwalt begleitet worden.

Angaben zu den Beschuldigungen hat er keine gemacht.

Hasan N. lebt mit seiner Familie in Süddeutschland. An den Folgen eines schweren Arbeitsunfalls leidet der Kurde noch heute und ist dringend auf Medikamente angewiesen.

Seine Interessen vertritt ein in Auslieferungsfragen erfahrener Rechtsanwalt in Zagreb; Hilfestellung leistet zudem eine dort ansässige Menschenrechtsorganisation.

Der Bundestagsabgeordnete der LINKEN, Andrej Hunko, hat sich in einem Schreiben an den Botschafter der Republik Kroatien in Berlin gewandt und darum gebeten, sich bei der kroatischen Regierung dafür einzusetzen, dass dem Auslieferungsersuchen der Türkei nicht entsprochen wird und Herr N. wieder in die Bundesrepublik zurückkehren kann.

Im vergangenen Jahr ist die türkischstämmige Journalistin Vicdan Şahin Özerdem aus kroatischer Haft entlassen worden, weil der Oberste Gerichtshof des Landes eine Auslieferung an die Türkei abgewiesen hat. Frau Özerdem konnte zu ihrer Familie nach Mainz zurückkehren. ♦



Hamburg, 9.2.: Demonstration zur Freilassung von Ali Ihsan Kitay. Mittlerweile ist das Urteil im § 129b-Prozess gegen ihn gesprochen worden: 2 Jahre und 6 Monate Gefängnis Foto: A. Bender

Gemeinsam gegen Angriffe und Unterdrückung

AlevitInnen als Zielscheibe

Can Çiçek, Mitarbeiter von Civaka Azad – Kurdisches Zentrum für Öffentlichkeitsarbeit e. V.

»In Deutschland gibt es Strukturen, die die Türkei konfessionell zu spalten versuchen. In dieser Hinsicht leistet Deutschland finanzielle Hilfe.«

So die Äußerung des türkischen Ministerpräsidenten Erdoğan in einem Fernsehinterview am 25. Januar 2013[1], gerichtet an die Alevitische Gemeinde in Deutschland. Wenige Tage zuvor hatte sein Partei-Vize M. Ali Şahin davor gewarnt, dass ähnliche Morde wie in Paris auch in Deutschland passieren könnten. Dass der türkische Ministerpräsident alles andere als ein Sympathisant des AlevitInnentums ist, zeigte er bereits in seinen Wahlkampfreden im vorletzten Jahr, als er sich in nahezu jeder Stadt vernehmen ließ: »Der Vorsitzende der Hauptoppositionspartei ist Alevit.« Das beantwortete die überwiegend sunnitische AnhängerInnenschaft Erdoğans mit gewaltigen Buh-Rufen. Er hat es geschafft, der alevitischen Glaubenszugehörigkeit ein Stigma der Diskriminierung zu verpassen. Doch wie sind die offenen Drohungen an die in Deutschland lebenden AlevitInnen zu deuten?

Dafür gilt es einen kurzen historischen Abriss zu skizzieren. Beim AlevitInnentum handelt es sich um eine Glaubensrichtung, die bis heute auf ihre offizielle Anerkennung wartet und seit Jahrhunderten von den Staaten, in denen AlevitInnen leben, unterdrückt wird. Religiöser Verfolgung und Massakern ausgesetzt, wie in Gurgum (Maraş) 1978 und Sêwas (Sivas) 1993, bildete sich in der Psyche der alevitischen Bevölkerung in der Türkei ein Trauma nach dem anderen. Besonders die kurdischen AlevitInnen hatten aufgrund ihrer doppelten Verfolgung, der religiösen wie der ethnischen, schwer unter dieser Situation zu leiden. Nach dem Ausrufen der »laizistischen« türkischen Republik im Jahr 1923, die auf der Doktrin »ein Land, eine Flagge, eine Nation, eine Sprache« gründete, schafften es die damaligen Eliten nicht, die Bedeutung der Religion in der Gesellschaft zu unterbinden. Dem überwiegend sunnitisch-gläubigen Teil der Gesellschaft geschuldet wurde im Jahr nach der Staatsgründung das Ministerium für religiöse Angelegenheiten konstituiert. Bestrebt, den religiösen Einfluss in der Gesellschaft zu kontrollieren und nach Möglichkeit einzudämmen, war in der Türkei nach dem Zerfall des Osmanischen Reiches ein ähnliches Vorgehen zu erkennen wie in den meisten sich neu bildenden Staaten im Mittleren Osten. Eine Minderheit begann sich als Mehrheit in der Sphäre der elitären Klasse zu etablieren. In der Realität sah es so aus, dass die Republikanische Volkspartei CHP versuchte, die AlevitInnen im damaligen Ein-Parteien-System in das einzige politische Staatsgefüge zu zwingen.

Teile und herrsche

Dafür gab es mehrere Gründe. In diesem Zusammenhang ist ein Aspekt näher zu beleuchten, nämlich die Spaltung der kurdischen Bevölkerung. Nach der Devise »divide et impera« – teile und herrsche – sollte dafür gesorgt werden, dass sich weder die alevitische noch die kurdische Bevölkerung einheitlich politisch organisieren können. Gedachte das Ministerium für religiöse Angelegenheiten, die kurdische Bevölkerung an konfessionellen Trennungslinien entlang zu spalten, so die AlevitInnen durch die Vereinnahmung eines Teils von ihnen in die herrschende türkische Nation nach ethnischen Kategorien. Exemplarisch dafür kann das Massaker von Dêrsim (Tunceli) 1938 stehen. Umgeben von den Munzur-Bergen galt das für seine alevitische und kurdische Identität bekannte Dêrsim schon zu Zeiten des Osmanischen Reiches als Widerstandshochburg. Als einzige Provinz weigerte sich Dêrsim bis zum Zerfall des Reiches, Steuern zu bezahlen und der osmanischen Armee zu dienen. Um das Widerstandspotential Dêrsims zu vernichten, verübte dort der türkische Staat einen der grausamsten Genozide. Über 80 000 Menschen wurden ermordet, ein Großteil der damaligen Bevölkerung der Provinz. Die übrige Bevölkerung wurde überwiegend zwangsdeportiert, die meisten der jüngeren Waisenkinder wurden in neu errichteten staatlichen Schulen einer Zwangsassimilation unterzogen.

Genau davor fürchtet sich die jetzige türkische Regierungspartei AKP: Die Vereinigung der alevitischen und kurdischen

1) Interview mit dem türkischen Fernsehsender Kanal 24.

Bevölkerung würde nicht nur eine quantitativ, sondern auch qualitativ starke Widerstandskraft darstellen. Dêrsim war der letzte große Aufstand bis zum Aufkommen der kurdischen Freiheitsbewegung Ende der 70er Jahre. Aus dieser Befürchtung heraus war der türkische Staat speziell in Europa bestrebt, die in der Diaspora lebenden AlevitInnen von der kurdischen Freiheitsbewegung fernzuhalten. Die türkischen Konsulate und Botschaften wurden Anfang der 90er damit beauftragt, alternative Organisationen für die AlevitInnen zu schaffen. Türkische Flagge und Mustafa-Kemal-Porträt waren symbolischer Ausdruck für die Staatsgebundenheit dieser Vereine. Mit dem Aufkommen der Partei für Gerechtigkeit und Aufschwung AKP Anfang der 2000er Jahre änderte sich die offiziell propagierte staatliche Maxime. So wurde konträr zum Laizismus der gemäßigte Islam popularisiert. Für die notwendigen Veränderungen im Mittleren Osten schrieb das hegemoniale Weltsystem der Türkei eine neue Rolle zu. Sie sollte im Zuge der neoliberalen Transformation als gemäßigter islamischer Vorzeigestaat für die Region fungieren.

Identität und Staatsmentalität der türkischen Republik

Somit verschob sich der Schwerpunkt der autoritären Direktive. In dieser Zeit wurde die wahre Gesinnung der CHP aufgedeckt. Infolge der politischen Veränderung vollzog sich ebenfalls ein gesellschaftlicher Wandel. Der »grüne Faschismus«[2] lag mit dem türkischen Nationalismus gleichauf. Infolgedessen waren immer mehr Übergriffe auf die alevitische Bevölkerung zu verzeichnen. Die CHP illustrierte aufgrund ihrer verinnerlichten Staatsmentalität, dass sie in einer solchen Situation dem nichts entgegensetzen konnte – der Staatsideologie wegen. Nur wurde dieses Mal auch offen dem »einen« Land, der »einen« Flagge und der »einen« Nation die »eine« Religion hinzugefügt. Hier gilt es, um Missverständnissen vorzubeugen, zu betonen, dass diese Mentalität schon seit Bestehen der türkischen Republik besteht, sich jedoch erst seit den letzten Jahren in der offiziellen Staatsrhetorik widerspiegelt. Die Identität des türkischen Nationalstaats beruht auf einer Synthese der türkischen Ethnizität und der sunnitischen Konfession. Trotzdem war der türkische Staat bestrebt, das monolithische StaatsbürgerInnenmodell so weit wie möglich zu verbreiten. Dafür wurde sich der Methode der Desinformation und Manipulation bedient. So wurde behauptet, das AlevitInnentum sei eine zum Islam gehörende Konfession, was dann auch von den staatlichen alevitischen Institutionen propagiert wurde. Dabei sagen nahezu sämtliche alevitischen Geistlichen und ReligionswissenschaftlerInnen offen, das AlevitInnentum stehe in keinerlei Relation zum Islam.

2) Mit »grüner Faschismus« wird das auf der islamischen Identität basierende chauvinistische Verhalten bezeichnet.

Mittlerweile haben die AlevitInnen erkannt, dass ihre Vorbehalte gegenüber der kurdischen Freiheitsbewegung der psychologischen Kriegsführung des türkischen Staates geschuldet waren. In Europa haben die alevitischen und kurdischen Institutionen angefangen, gemeinsame Aktionen und Veranstaltungen durchzuführen. So protestierten AlevitInnen und KurdInnen sowie linke Oppositionelle im März letzten Jahres gegen die Verleihung des Steiger Awards an den türkischen Ministerpräsidenten, infolgedessen zog die Jury den Preis zurück und Erdoğan musste seine Deutschlandreise absagen. Auch bei seinem letzten Deutschlandbesuch wurde Erdoğan von AlevitInnen und KurdInnen, aber auch AramäerInnen, YezidInnen und anderen Organisationen gemeinsam mit Protesten empfangen. Daraus resultierte die Plattform der »Einheit demokratischer Kräfte in Deutschland«[3], in der zahlreiche unterschiedliche Organisationen und Institutionen der Volksgruppen und Religionsgemeinschaften als auch anderer Verbände der Türkei organisiert sind.

Gemeinsames Vorgehen von AlevitInnen und KurdInnen

Ihre Solidarität zeigten auch sämtliche Organisationen der Plattform nach den Mordanschlägen in Paris. Mit weiteren hunderttausend Menschen demonstrierten sie gegen die Ermordung der drei kurdischen Politikerinnen und Frauenaktivistinnen. Şahin, der vor ähnlichen Mordfällen auch in Deutschland warnte, und Erdoğan, der kurz darauf offen die AlevitInnen ins Visier nahm, sind in diesem Zusammenhang zu deuten. Erdoğan will damit ausdrücken, dass sich die AlevitInnen möglichst von den KurdInnen fernzuhalten haben, ansonsten würde die Türkei auch gegen sie schärfer vorgehen. Er befürchtet, dass sich das gemeinsame alevitisch-kurdische Agieren in Deutschland auch auf die Türkei übertragen könnte. Und genau das ist derzeit zu beobachten. Hatten sich bei den vergangenen Parlamentswahlen viele alevitische Kreise dem Wahlblock für Arbeit, Demokratie und Freiheit verschlossen, ist seit dem Hungerstreik von 10 000 politischen kurdischen Gefangenen im letzten November eine engere Kooperation zu verzeichnen. AlevitInnen und KurdInnen machen mit 30–35 Millionen einen beachtlichen Teil der Bevölkerung der Türkei aus, was die Besorgnis der AKP-Regierung nur verstärken dürfte.

Die AlevitInnen zeigen nach außen ein immer mutigeres Erscheinungsbild. So unterstrich der Vorsitzende der Europäischen Föderation der alevitischen Gemeinden, Turgut Öker, dass sie sich den offenen Drohungen Erdoğans nicht beugen würden, und weiter: »Solange wir eine Kraft darstellen und un-

3) Im Orginal: Almanya Demokratik Güç Birliği; wurde Mitte Januar diesen Jahres gegründet.

sere Kräfte vereinen, werden sie uns nicht wie früher massakrieren können. Und das wissen sie. Der Grund für ihre Aggressivität ist, dass wir uns heute mit sämtlichen revolutionären und demokratischen Kräften, also allen Gemeinschaften, die der offiziellen Ideologie fremd gegenüberstehen, zusammengefunden haben. Das ist der Grund dafür, dass wir offen als Angriffsziel benannt werden.«

Auch der Vorsitzende der Alevitischen Gemeinde in Deutschland, Hüseyin Mat, erklärte, dass Erdoğan die AlevitInnen durch Drohungen zu kontrollieren versuche: »Sie versuchen, uns Angst einzujagen. Unsere Haltung als alevitische Bewegung zur Erklärung als Angriffsziel und den Drohungen ist eindeutig. Weder fürchten wir die AKP noch ihre Orden. (…) Ohne auch nur einen Schritt zurückzuweichen, werden wir fortsetzen, die antidemokratische Politik der AKP zu entlarven.«

Das gemeinsame Vorgehen von AlevitInnen und KurdInnen in Deutschland und Europa hat durch seine Erfolge gezeigt, wie groß ihr Potential bei einem ähnlichen Vorgehen in der Türkei sein könnte. Drohungen und Anschläge von einer Seite können nur durch Solidaritätsbekundungen von der anderen Seite abgewehrt werden. Die Gründung der Plattform der »Einheit demokratischer Kräfte in Deutschland« zeigt, dass Mann und Frau, die vom System unterdrückten Volksgruppen und Religionsgemeinschaften nur durch einen gemeinsamen Kampf ihre Freiheit erlangen können. Denn nur gemeinsam sind wir stark. ♦

Türkisch-kurdische Filmpremiere auf der diesjährigen Berlinale

»Jîn«

Elmar Millich

Nachts in den kurdischen Bergen: Eine junge Guerillaangehörige setzt sich, nachdem sie noch eine Mitkämpferin liebevoll umarmt hat, heimlich von ihrer Gruppe ab und begibt sich allein auf eine Odyssee durch die vom Krieg geprägte kurdische Natur und Gesellschaft. Die türkisch-kurdische Produktion »Jîn« war der Eröffnungsfilm der Sparte »Generation 14+« auf der diesjährigen Berlinale. Der Titel »Jîn« – auf Kurdisch »Leben« – hat eine Doppelfunktion: Zum einen als Guerillaname der Hauptfigur, zum anderen aber auch als Gegensymbol zu der von Krieg, Naturzerstörung und sexueller Gewalt geprägten Situation in der Türkei. Am Anfang lebt der Film allein von den großartigen Naturaufnahmen und der Hauptdarstellerin, die sich dort als deren Teil in symbiotischem Einklang auf ihren Weg begibt. Atemberaubend sind hier vor allem auch die Nachtaufnahmen. Dieses Idyll wird aber immer wieder jäh unterbrochen durch Bombardements und Operationen der türkischen Armee, die die lebensgefährliche Bedrohung, in der sich die junge Frau befindet, keine Sekunde vergessen lassen. Die Auswirkungen des Krieges auf die Natur werden anhand der Reaktionen der etwas magisch überzeichneten Tiere dargestellt.

In einem abgelegenen kurdischen Dorf beschafft sich Jîn in einem nur von einer bettlägerigen Großmutter bewachten Haus Zivilkleidung und wird nun zu »Leyla«, ihrer bürgerlichen Identität. Der direkten militärischen Bedrohung entronnen, sieht sie sich nun von anderen Gefahren bedroht. Bei dem Versuch, sich für eine Busfahrt weg aus der Kriegsregion Geld zu verdienen, wird sie als Frau ohne familiäre Anbindung als sexuelles Freiwild behandelt. Ein weiteres Problem stellen für sie ohne Personaldokumente die zahlreichen militärischen Straßensperren dar. Schließlich gibt sie ihr Unterfangen auf und kehrt zu ihrer vergrabenen Guerillauniform und AK-47 zurück.

Der Film des Regisseurs Reha Erdem arbeitet vor allem auf der symbolischen Ebene. Politische Hintergründe des Konflikts werden nicht behandelt, was aber gerade die Stärke der Produktion ausmacht. Bedrohungen für die Frau gehen nicht von der »Wildnis«, sondern von der männlich geprägten Zivilisation aus. Die Ausweglosigkeit von »Jîn«, sich aus dem Kriegsgeschehen entfernen zu können, steht auch für die aktuelle Perspektivlosigkeit bei der Überwindung des seit Jahrzehnten andauernden türkisch-kurdischen Konflikts. Der Film ist im besten Sinne pazifistisch und lebt vor allem von den Naturaufnahmen und der hervorragenden Leistung der Hauptdarstellerin Deniz Hasgüler in ihrer ersten größeren Rolle. Es bleibt zu wünschen, dass bald ein offizieller Kinostart in Deutschland und anderen europäischen Ländern erfolgt. ♦

Belgien

KNK - Kurdistan National Kongress | Zentrale
41 Rue Jean Stas
1060 Brüssel
Tel: (32) 2 647 30 84
E-Mail: knk@kongrakurdistan.com

KON-KURD
41 Rue Jean Stas
1060 Brüssel
Tel: (32) 2 647 99 53
E-Mail: info@kon-kurd.org

Deutschland

Civaka Azad | Kurdisches Zentrum für Öffentlichkeitsarbeit e.V.
Bornheimer Landstraße 48
60316 Frankfurt a. M.
Telefon: 069/84772084
E-Mail: info@civaka-azad.org
http://civaka-azad.org/

Ceni | Kurdisches Frauenbüro für Frieden
Corneliusstr. 125
40215 Düsseldorf
Tel: (49) 211 - 5989251
E-Mail: ceni_frauen@gmx.de

YEK-KOM
Graf-Adolf-Str. 70a
40210 Düsseldorf
Tel: (49) 211 - 17 11 451
E-Mail: yekkom@gmx.net
http://www.yekkom.com/

Internationale Initiative Freiheit für Abdullah Öcalan – Frieden in Kurdistan
Postfach 100511, D-50445 Köln
Tel: (49) 221 130 15 59
E-Mail: info@freedom-for-ocalan.com
http://www.freedom-for-ocalan.com

ISKU | Informationsstelle Kurdistan e.V. Büro für Internet und Öffentlichkeitsarbeit
Spaldingstr. 130–136; 20097 Hamburg,
Tel: 040 / 42102845
E-Mail: isku@nadir.org
http://isku.org

Kurd-Akad. | Netzwerk kurdischer AkademikerInnen e.V.
Postfach 102801, 44028 Dortmund
E-Mail: info@kurd-akad.com
http://www.kurd-akad.com

Österreich

FEY-KOM
Jurekgasse 26
1050 Wien
Tel: (43) 1 - 9718824
E-Mail: info@feykom.at

Italien

Ufficio d´Informazione del Kurdistan in Italia UIKI-Onlus
Via Gregorio VII 278, int. 18, 00165 Roma
Tel: (39) 06 - 636892
E-Mail: uiki.onlus@fastwebnet.it
http://www.uikionlus.com

Frankreich

Centre d'Information du Kurdistan
147 Rue la Fayette; 75010 Paris
Tel: (33) 1 42 81 22 71
E-Mail: knkparis@wanadoo.fr

Schweiz

KURD-CHR
15 rues des Savoises
1205 Genevre
Tel: (41) 22 32 81 984
E-Mail: kurd-chr@freesurf.ch

Niederlande

FED-KOM
Sloterkade 10
1058 HD Amsterdam NL
Tel: (31) 20 - 61 41 816
E-Mail: fedko@dds.nl
http://www.fedkom.nl

Dänemark

FEY-KURD
Victoriagade 16 c, 2 Sal, 1655 Kobenhavn
Tel: (45) 33 - 22 89 98
E-Mail: feykurd@kurder.dk
http://www.kurder.dk

Australien

Australian Kurdish Association Inc.
93 Main Street
Blacktown 2148 Sydney
Tel: (61) 2 - 96 76 72 45

Zypern

Kypriaki Epitropi Allileggyis sto Kourdistan
Tach. Thyr. 25607
1311 Lefkosia / Kypros
Tel: (357) 2 - 37 42 16
E-Mail: ernk-ky@logos.cy.net

Russländische Föderation

Mala Kurda
ul. Vilgelma Pika, d. 4/A
129 226 Moskva
Tel./Fax: (70) 95 - 18 71 200
E-Mail: kurdistan_komite@yahoo.com

Ungarn

KURDISZTÁNI INFORMÁCIÓS ÉS KULTURÁLIS EGYESÜLET
Dózsa György út 58; 1076 Budapest
(36) 30 405 8790, (36) 30 873 7521
E-Mail: info@kurdistan.hu
www.kurdistan.hu

Impressum
Der Kurdistan Report erscheint regelmäßig alle zwei Monate.

Redaktion:
W. Struwe (V.i.S.d.P.),
S. Karabulut, D. Çimen,
B. Ruprecht, E. Millich

Kontaktadresse:
Kurdistan Report
c/o ISKU – Informationsstelle Kurdistan e.V.
Spaldingstr. 130-136
20097 Hamburg
www.kurdistanreport.de
kr@nadir.org

Bankverbindung:
Dr. H. J. Schneider
Hamburger Sparkasse
Kto.Nr. 102 021 21 20
BLZ 200 505 50

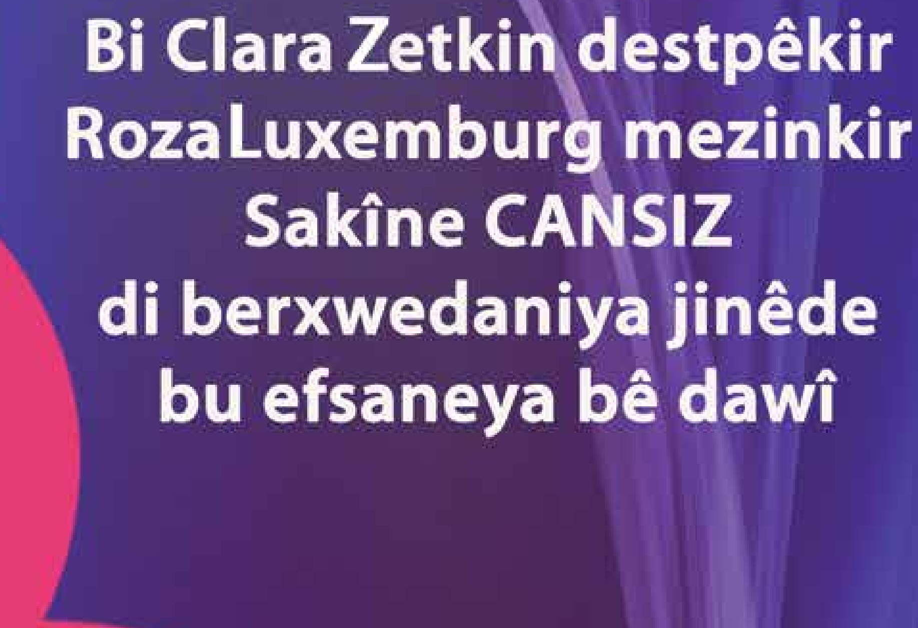
Preise:
Einzelexemplar: 3,– Euro
Jahresabonnement
6 Exemplare: 15,– Euro
plus Portokosten

Titelbild:
In Erinnerung an Sakine, Fidan und Leyla

Rückseite:
Plakat zur 8.-März-Demonstration in Paris

Namentlich gezeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.
Nachdruck – auch auszugsweise – nur mit Genehmigung der Redaktion.
Wir bedanken uns für die Unterstützung zahlreicher Freundinnen und Freunde.

Bijî 8 adarê rojâ jinên cîhanê!



Bi Clara Zetkin destpêkir
RozaLuxemburg mezinkir
Sakîne CANSIZ
di berxwedaniya jinêde
bu efsaneya bê dawî



Dem: 09.03.2013
Saet: 10:00
Cîh: 147 Rue la Fayette
75010 Paris
Bûroya Navenda Enformasyona Kurdistanê

ISSN 0935-5375